



INSTITUT
FUTUR

Freie Universität



Berlin

Übermorgen ohne Wachstum?

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
des Deutschen Bundestages als implizites Zukunftsforschungsprojekt

Frederike Strunk

iF · SCHRIFTENREIHE | 03/14

Sozialwissenschaftliche Zukunftsforschung

Impressum

Institut Futur
Freie Universität Berlin
Arnimallee 9
14195 Berlin
© 2014

Herausgeber: Gerhard de Haan
Redaktion: Sascha Dannenberg
Bernd Stegmann

ISBN: 978-3-944843-03-2

*„Durch das Erkennen des Notwendigen,
Möglichen und Gewollten wird die Zukunft mitgestaltet“
(Ossip K. Flechtheim 1980:17)*

Abstract

Die Arbeit analysiert aus Zukunftsforschungsperspektive die Tätigkeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. In dieser Kommission behandelten 17 Abgeordnete und 17 Sachverständige von Januar 2011 bis April 2013 Fragen zu neuen Wohlstandsindikatoren und nachhaltigem Wirtschaften. Die Zukunftsrelevanz dieser Themen, die systematische Arbeitsweise der Kommission sowie der gegenwärtig noch fehlende Konsens über seriöse Zukunftsforschung waren die Motivation für die Leitfrage der Arbeit: Inwiefern betreibt die sogenannte „Wachstumsenquete“ gute Zukunftsforschung?

Mit Hilfe einer Auswertung der theoretischen Literatur geht die Arbeit zunächst auf die Merkmale guter Zukunftsforschung ein. Eine Analyse zahlreicher Dokumente zur Einsetzung der Enquete-Kommission, ihrer Sitzungsprotokolle und insbesondere ihres Abschlussberichts einschließlich der umfangreichen Sondervoten zeigt ein heterogenes Bild der Enquete als hypothetischem Forschungsprojekt. Grundannahmen zur Natur der Zukunft sind widersprüchlich und es fehlt an konkreten Handlungsaufforderungen oder Visionen. Dafür liefert die Enquete – anders als viele Zukunftsstudien – für mündige Leserinnen detaillierte Informationen über einen Dissens, bei Transparenz der vertretenen Positionen. Die Kopplung von Wissen mit Gestaltungsmacht im Rahmen eines pragmatistischen Modells der Politikberatung kann der Zukunftsforschung möglicherweise wichtige Informationen über zukünftig plausible Gesetzgebung liefern. Zudem steht die Enquete als politisches Gremium bei mangelnder Repräsentativität unter Rechtfertigungsdruck. Diese ihr eigenen Merkmale können für die Objektivitätsdebatte in der Zukunftsforschung von Bedeutung sein und gegebenenfalls neue partizipativ-transdisziplinäre Forschungsdesigns inspirieren.

Zur iF· Schriftenreihe

Das **Institut Futur** ist eine Einrichtung der Freien Universität Berlin. Mit dieser Schriftenreihe veröffentlichen wir Arbeitsergebnisse und Analysen, die im Kontext des Instituts entstanden sind. Das Institut konzentriert sich auf drei Kernbereiche: 1. die sozialwissenschaftliche Zukunftsforschung, 2. das Lern- und Handlungsfeld Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und 3. die Forschung zu Transfer von Wissen und Innovationen.

Das Institut Futur hat 2010 außerdem den ersten Studiengang zur Zukunftsforschung im deutschsprachigen Raum eingerichtet. Der weiterbildende **Masterstudiengang Zukunftsforschung** vermittelt – anknüpfend an einen ersten Hochschulabschluss und die qualifizierten Berufserfahrungen der Studentinnen und Studenten – die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens in der Zukunftsforschung und stellt gleichzeitig einen starken Bezug zur Praxis her. Die überzeugenden Abschlussarbeiten von Studierenden aus dem Studienzyklus 2012 sind auch ein Anlass, diese Schriftenreihe zur sozialwissenschaftlichen Zukunftsforschung zu starten.

Die Palette der Themen ist entsprechend breit gehalten. Vieles hat explorativen Charakter. Das hat zwei Gründe: Erstens basiert die Zukunftsforschung bisher kaum auf einem konsolidierten wissenschaftlichen Fundament. Ihre Qualitäts- und Gütekriterien sind ebenso in der Diskussion wie ihre wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Implikationen. Zweitens ist ihr Gegenstand so allumfassend, dass sich das Feld kaum sortieren, geschweige denn kategorisieren lässt. Technologische Vorausschau gehört ebenso dazu wie Forschungen zum sozialen Wandel, zur Veränderung von Wirtschaftsstrukturen, zur Veränderung der Umwelt, zur Geschichte der Zukunftsvorstellungen, zur Bedeutung von Design, zu Wünschen und Bedürfnissen, zu den Forschungsmethoden und zu Fragen der Kontingenz künftiger Entwicklungen wie deren Vorhersage – um nur einige prägnante aktuelle Themenfelder zu benennen. Entsprechend offen ist das Konzept dieser Schriftenreihe. Sie bietet Facetten der Reflexion zu speziellen Themen, Analysen und Impulse für weitere Forschungsfragen, aber auch Ergebnisse aus empirischen Studien – immer mit Blick auf mögliche künftige Entwicklungen, Gestaltungsoptionen und Erwartungen.

Bei aller Offenheit und Heterogenität existiert für die Publikationen dennoch eine Rahmung. Zunächst sind einige der üblichen Kriterien von Wissenschaftlichkeit selbstverständlich Grundlage für die Beiträge: Transparenz, Nachvollziehbarkeit von Argumentationen, Zitationsmodi etc. folgen den Gepflogenheiten. Darüber orientieren sich die Beiträge erstens erkenntnis- bzw. wissenschaftstheoretisch implizit oder explizit an konstruktivistischem Denken, ohne sich auf den radikalen Konstruktivismus, sozialen Konstruktivismus, kybernetische Ansätze, den methodischen Kulturalismus oder andere Konstruktivismen festzulegen. Es scheint der Auseinandersetzung mit Zukunft generell angemessen, sie als konstruiert zu betrachten, da über sie schwerlich als Tatsache oder gar als Wirklichkeit gesprochen werden kann. Mit konstruktivistischen Ansätzen wird erkennbar, dass Wirklichkeiten geschaffen werden – das gilt schon für jegliche Gegenwartsdiagnose und für den Entwurf von Zukünften allemal. Zweitens folgen die Beiträge sozialwissen-

schaftlich in der Regel einem Verständnis von Gesellschaft, wie es im Kontext der Theorien zur zweiten oder reflexiven Moderne formuliert wird. Das bedeutet etwa, nicht mehr von eindeutigen Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft auszugehen, sondern anzuerkennen, dass wir im Anthropozän leben. Wissen und Nichtwissen werden als eng mit einander verbunden angesehen. Auch sind eindeutige Trennungen zwischen sozialen Sphären immer weniger möglich. Vielmehr ist hier den Phänomenen der Pluralisierung Rechnung zu tragen. Das bedeutet auch, wissenschaftliche Begründungsmonopole – nicht aber Begründungspflichten – aufzugeben und vor allem Ungewissheiten und Widersprüchlichkeiten anzuerkennen. Ungewissheiten, Risiken und Wagnisse und das Unerwartete werden nicht als wegzuarbeitende Phänomene, sondern als Quellen für die Zukunftsforschung akzeptiert und genutzt, um Zukunft als gestaltbar darzustellen. Ob mit der erkenntnistheoretischen Orientierung am Konstruktivismus und gesellschaftstheoretischen Orientierung an der reflexiven Moderne ein haltbarer Rahmen gefunden wird, muss sich über die Beiträge und in anderen Kontexten erst erweisen.

Diese Schriftenreihe ist im größeren Kontext der Publikationen zu sehen, die vom Institut Futur mit herausgegeben werden. Das englischsprachige [European Journal of Futures Research](#) (EJFR) erscheint seit 2013 im Springer Verlag (Berlin, Heidelberg). Diese internationale Fachzeitschrift wurde auf Initiative vom Institut Futur an der Freien Universität Berlin und dem Zentrum für Zukunftsstudien an der Fachhochschule Salzburg in Zusammenarbeit mit renommierten Expertinnen der Technischen Universität Berlin, der RWTH Aachen University und der Stiftung für Zukunftsfragen, eine Initiative von British American Tobacco, gegründet. Mit speziellem Fokus auf Europa im globalen Kontext und dem Ziel, die europäischen Ausprägungsformen der Zukunftsforschung zu betonen, schließt diese wissenschaftliche Zeitschrift eine Lücke in der Forschungslandschaft. Das Journal ist interdisziplinär ausgerichtet und wird philosophische und wissenschaftstheoretische Fragestellungen, methodische Ansätze und empirische Ergebnisse aus der Zukunftsforschung publizieren. Daneben publizieren wir ein Supplement zu dem EJFR, in dem in allen europäischen Sprachen publiziert werden kann. Hier sind Beiträge versammelt, die primär einen sehr speziellen Adressatenkreis ansprechen.

Gerhard de Haan

- Herausgeber -

Inhalt

| | | |
|------------|---|-----------|
| 1. | Einleitung | 7 |
| 1.1 | Thema und Motivation | 7 |
| 1.2 | Aufbau und Vorgehensweise | 8 |
| 1.3 | Forschungsstand, Literatur und Materiallage | 9 |
| 2. | Charakteristika von Zukunftsforschung | 10 |
| 2.1 | Annahmen über die Natur der Zukunft | 11 |
| 2.2 | Was kann Zukunftsforschung leisten? | 14 |
| 2.2.1 | Erkenntnistheoretische Grundlagen und Erkenntnisziele | 14 |
| 2.2.2 | Qualitätskriterien von Zukunftsforschung | 18 |
| 2.3 | Zur Objektivität der Forschenden | 21 |
| 2.3.1 | Das Objektivitätspostulat der Wissenschaft | 22 |
| 2.3.2 | Positionen aus der Zukunftsforschung | 24 |
| 2.4 | Methoden in der Zukunftsforschung | 27 |
| 3. | Zwischenfazit: Was ist gute Zukunftsforschung? | 30 |
| 4. | Enquete-Kommissionen zwischen Politikberatung und Zukunftsforschung ? | 32 |
| 4.1 | Modelle der Politikberatung | 32 |
| 4.2 | Relevanz für die Zukunftsforschung | 35 |
| 4.2.1 | Zukunftsforschung und Politikberatung | 36 |
| 4.2.2 | Das Beispiel TAB | 37 |
| 4.3 | Enquete-Kommissionen als Beratungsinstitutionen | 38 |
| 4.4 | Enquete-Kommissionen und Zukunftsforschung Institution der Zukunftsforschung? | 41 |
| 5.1 | Der Kontext einer selbstreflexiven Wachstumskritik | 45 |
| 5.2 | Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ als | |
| 5.2 | Die „Wohlstandsenquete“ und ihre politische Beurteilung | 48 |
| 5.3 | Zukunftsverständnis in der Enquete-Kommission | 51 |
| 5.3.1 | Vorgehensweise | 51 |
| 5.3.2 | Problematische Begriffsverwendung | 53 |
| 5.3.3 | Reflexion von Zukunftsannahmen | 55 |

Übermorgen ohne Wachstum?

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 5.4 | Die Arbeit der Wohlstandsenquete | 59 |
| 5.4.1 | Rahmenbedingungen und Erkenntnisziele | 59 |
| 5.4.2 | Ansatz und Methodik | 61 |
| 5.4.3 | Themen und Komplexität | 66 |
| 5.5 | Transparenter Dissens statt Objektivität? | 67 |
| 5.5.1 | Der Aspekt der Subjektivität | 68 |
| 5.5.2 | Der Aspekt der Repräsentativität | 70 |
| 5.5.3 | Der Aspekt der Transdisziplinarität | 72 |
| 6. | Die Arbeit der Wohlstandsenquete aus Sicht der modernen Zukunftsforschung | 75 |
| 7. | Anhang (Tabellen) | 80 |
| 8. | Literaturverzeichnis | 82 |
| 8.1 | Printmedien | 82 |
| 8.2 | Websites und online abrufbare Medien | 88 |

1. Einleitung

Was ist eigentlich Zukunftsforschung? Bei einem so jungen Forschungsbereich ist es berechtigt und sinnvoll, diese Frage immer wieder zu stellen. So gewinnt man ein klareres Bild des Forschungsbereichs, richtet aber auch die Aufmerksamkeit auf neue Bereiche und Akteure. Beiden Aufgaben widme ich¹ mich in dieser Arbeit, indem ich die Zukunftsforschung als Wissenschaft und die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ als möglichen Akteur in der Zukunftsforschung untersuche.

1.1 Thema und Motivation

Obgleich bereits 1972 der Club of Rome die Grenzen des Wirtschaftswachstums auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen thematisierte, beschwören noch heute Politiker/innen das Wirtschaftswachstum². Spätestens seit der 2007 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch mehrt sich die wissenschaftliche Literatur, die Wachstum als Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität in Frage stellt. Vor diesem Hintergrund fanden sich 2010 ausreichend Stimmen im Bundestag für die Einsetzung der Enquete-Kommission³ „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, die den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit darstellt.

Als „Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft“ (Christian Heyer/Stephan Liening 2004) diente die sogenannte „Wohlstands-enquete“⁴ der Erarbeitung von Hintergrundwissen für die Abgeordneten des Parlaments. Vom 17. Januar 2011 bis zum 15. April 2013 behandelten 17 Abgeordnete (proportional zur Fraktionsstärke im Bundestag) und 17 von den Fraktionen eingesetzte Sachverständige in fünf Projektgruppen mit Hilfe von Sachverständigengutachten und Diskussionen Fragen zu neuen Wohlstandsindikatoren und nachhaltigem Wirtschaften – alles Fragen der politischen Zukunftsgestaltung. Nach 28 Monaten wurde die Arbeit der Kommission mit einem über 800-seitigen Schlussbericht beendet.

In der wissenschaftlichen Gemeinde der Zukunftsforschung wird nicht selten⁵ die Ansicht vertreten, dass (noch) kein Konsens darüber besteht, was die Merkmale einer „guten“ (bzw. seriösen, wissenschaftlichen) Zukunftsforschung sind und wer Zukunftsforschung betreibt. Um den Blick auf bisher wenig beachtete mögliche Akteure der Zukunftsforschung zu richten, und gleichzeitig im Interesse der Vertiefung einiger Aspekte der Zukunftsforschung, soll sich diese Arbeit daher der folgenden Leitfrage widmen: Inwiefern betreibt die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gute Zukunftsforschung?

Ich untersuche also, welche Aspekte der Arbeit der „Wohlstands-enquete“ sich als Zukunfts-

1 Die Verwendung der 1. Person Singular in wissenschaftlichen Arbeiten gilt zwar als nicht üblich, aber da in der entworfenen Arbeit gerade der bewusste Umgang mit dem eigenen Ich der Forscher/innen eine Rolle spielen soll, halte ich diese Form hier für gerechtfertigt und sinnvoll.

2 Vgl. Angela Merkel (2013) oder SPD (2012).

3 Ich wähle in meiner Arbeit die eingedeutschte Schreibweise *Enquete-Kommission*. Die Schreibweise *Enquête-Kommission* wird nur von wenigen Autoren (vgl. Christian Metzger 1995) gewählt.

4 In dieser Arbeit werde ich größtenteils diese Kurzform verwenden (vgl. LdN 2013).

5 So z. B. bei Tuomo Kuosa 2009:18. (Um den Leser/innen mehr Informationen über zitierte Autor/innen zu geben, zitiere ich bei der ersten Nennung im Text immer auch den Vornamen.)

forschung einordnen lassen und wie sich die Aktivitäten der Kommission (nach den Kriterien eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts) beurteilen lassen. Anlass dazu geben nicht nur die zukunftsrelevanten Fragen der Enquete-Kommission, sondern auch Merkmale wie Systematik, Offenlegung der Methodik und ein ausreichend langer Forschungszeitraum. Damit und mit den möglichen Implikationen ihrer fehlenden Objektivität wird sich diese Arbeit auf der Grundlage wissenschafts- und erkenntnistheoretischer Überlegungen beschäftigen. Da die Subjektivität von Forscher/innen thematisiert werden soll, bildet diese Enquete-Kommission mit ihrer Problematisierung des umstrittenen Themenbereichs „Wohlstand und Wachstum“ einen interessanten Untersuchungsgegenstand. Den Sinn der Arbeit, unabhängig von ihrem Ergebnis, sehe ich dabei einer gegenseitigen Bereicherung der Arbeitsweise von Zukunftsforschung und Enquete-Kommissionen.

1.2 Aufbau und Vorgehensweise

Nach der Einleitung beschäftige ich mich im zweiten Teil meiner Arbeit mit den Merkmalen (guter) Zukunftsforschung und gehe dabei auf Grundannahmen (2.1)⁶, wissenschaftliche Leistungsfähigkeit (2.2), Objektivität (2.3) und Methoden (2.4) ein. Dann folgt ein Zwischenfazit zu (guter) Zukunftsforschung (3). Da die Besonderheit einer Enquete-Kommission in der Zusammenarbeit von Abgeordneten und Sachverständigen besteht, behandle ich im vierten Teil der Arbeit das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Politikberatung (4.1). Ich versuche, hier bereits Schlüsse für die politikberatende Zukunftsforschung zu ziehen (4.2). Dann stelle ich die Arbeit von Enquete-Kommissionen vor (4.3) und untersuche ihr Zukunftsforschungspotenzial im Allgemeinen (4.4).

Im fünften Teil wende ich mich schließlich nach einer einleitenden Vorstellung des Kontexts Wachstumskritik (5.1) der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zu. Ich stelle kurz ihre Zusammensetzung und ihre Arbeit vor (5.2) und arbeite im Folgenden mit Hilfe einer Analyse ihrer Dokumente die möglicherweise vorhandenen Charakteristika von Zukunftsforschung heraus. Diese Methode eignet sich m. E. gut, da es einen großen, aber relativ klar abgegrenzten Korpus von Texten zur Wohlstandsenquete gibt. Ich versuche, das Zukunftsverständnis der Kommissionsmitglieder anhand meiner anfangs ausgearbeiteten Grundannahmen zu beurteilen (5.3) und gehe dann auf die Arbeitsweise der Enquete ein. Mein Schwerpunkt liegt hier auf der Erkenntnissuche durch eine systematische Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft (5.4). Meine Schlüsse ziehe ich dabei weniger auf der Basis von konkreten Zukunftsbildern und exakter Methodik, sondern eher aus Strukturen und analytischer Tiefe der Enquete-Arbeit. Hinsichtlich der Objektivität des Gremiums (5.5) untersuche ich den sich in der Enquete abzeichnenden transparenten Dissens, seinen Wert für die Zukunftsforschung sowie die Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven. Es folgt ein abschließendes Fazit dazu, inwiefern eine Beurteilung der Kommission als Projekt der Zukunftsforschung möglich ist und welche Erkenntnisse sich aus meiner Arbeit für die Zukunftsforschung gewinnen lassen (6).

6 Im Folgenden beziehen sich alle solchermaßen formatierten Ziffern in Klammern auf Kapitel dieser Arbeit (vgl. Inhaltsverzeichnis).

des begrenztem Umfangs dieser Arbeit und der Tatsache, dass sie in einer Dokumentenanalyse das Thema nur anreißen kann, kann sie doch als Grundlage für Verbesserungsvorschläge innerhalb beider Bereiche – Zukunftsforschung und Enquete-Kommissionen – dienen. Weitere Arbeiten könnten sicher interessante Aspekte ergänzen, z. B. durch Interviews.

1.3 Forschungsstand, Literatur und Materiallage

Laut Reinhold Popp mangelt es der Zukunftsforschung noch an wissenschaftstheoretischen Diskursen (Popp 2012:16). Diese Arbeit soll dazu einen Beitrag leisten, indem sie Verbindungslinien zwischen den Diskursen über die Leistungsfähigkeit der Zukunftsforschung und wissenschaftliche Objektivität im Rahmen von Politikberatung zieht. Zu allgemeiner Wissenschaftstheorie sowie zum Feld der Politikberatung habe ich dazu Lexikonartikel, Monographien und Artikelsammlungen verwendet (z. B. von Jürgen Habermas und Manfred G. Schmidt).

Mittlerweile gibt es zur englisch- und deutschsprachigen Zukunftsforschung viele theoretische Werke und Zeitschriftenartikel.⁷ Wünschenswert wäre jedoch eine häufigere und ausdrückliche Verknüpfung zwischen der englischsprachigen und der deutschsprachigen Zukunftsforschung⁸ – etwas, das ich in dieser Arbeit versucht habe.

Zu Enquete-Kommissionen, ihrer Funktionsweise und Leistungsfähigkeit gibt es einige Monographien, Artikel und Zeitschriftenartikel, meist aus politikwissenschaftlicher Perspektive⁹; nur selten wird ihre potentielle Einordnung als Forschungsgremium erwähnt. Laut Ralf Altenhof (2002:344) ist allerdings die möglichst zeitnahe Befassung mit Enquete-Kommissionen durch Wissenschaftler/innen, die nicht an einer solchen beteiligt waren¹⁰, auch für eine sinnvolle Beurteilung dieses Gremiums ein Desiderat. Ebenfalls befürwortet er die Beurteilung einer Enquete-Kommission unter Einbeziehung des inhaltlichen Aspekts (Altenhof 2002:344f.). Auf beide Forderungen versucht diese Arbeit einzugehen, indem sie u. a. das Thema Wachstumskritik als Kontext der Enquete behandelt. Zum wachstumskritischen Diskurs gibt es mittlerweile ausführliche Literatur

7 Zur Literaturrecherche ist anzumerken, dass es für die Zukunftsforschung noch keine feste Bibliographie mit zu berücksichtigenden Standardwerken zu bestimmten Themen gibt. Ich bin daher von Literaturlisten des Masterstudiengangs Zukunftsforschung ausgegangen und habe in den Literaturlisten der behandelten Werke weiterrecherchiert. Ferner habe ich sciencedirect.com und die Seiten der Zukunftsforschungsjournals *Futures*, *Foresight* und *Technological Forecasting and Social Change* nach Schlagwörtern zu meinem Thema (objectivity, evaluation, enquete) durchsucht. Zudem danke ich meinen Betreuern sowie meinen Kommiliton/innen für Literaturhinweise.

8 Beispielsweise gibt es keine Verknüpfung von Grunwalds Konzept der „gegenwärtigen Zukünfte“ mit den critical futures studies (vgl. 2.2). Manche Ausführungen zu Theorieversuchen der Zukunftsforschung enthalten keine aktuellen englischsprachigen Autor/innen (vgl. Axel Zweck 2012:62f.). Bisher findet sich eine solche Verknüpfung v.a. bei Elmar Schüll (2006) und Victor Tiberius (2011).

9 Aufgrund der begrenzten Zahl der Texte zu Enquete-Kommissionen bezogen sich die von mir rezipierten Literaturverzeichnisse immer wieder aufeinander, sodass ich – ausgehend von den aktuellsten Texten (Heyer/Liening 2004) – gut die relevantesten herausfiltern konnte.

10 Bis auf Wolfgang Ismayr waren die meisten Autoren relevanter Werke zu Enquete-Kommissionen selbst einmal an einer solchen beteiligt – z. B. Heiko Braß, Wolfgang Hoffmann-Riem, Gerald Kretschmer, Christian Metzger (vgl. Altenhof 2002:343f.).

in englischer und deutscher Sprache¹¹ sowie mehrere Internet-Blogs. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ selbst wird allerdings – sicher auch aufgrund ihrer Aktualität – noch kaum in Monographien und Aufsatzsammlungen behandelt (Ausnahmen sind Reinhard Loske 2012 und Heike Leitschuh et al. 2013), sondern nur in einigen Zeitschriften- und verblüffend wenigen Zeitungsartikeln (vgl. Felix Berth 2011, vgl. Kai Kuhnhen 2013c). Ausführliche und fundierte Kritik an ihrer Arbeit übt der Blog „Enquetewatch“, ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie in Leipzig. Um die Aktualität der Arbeit zu gewährleisten, habe ich Beispiele für meine Thesen, aber auch Artikel zur Arbeit der Enquete oft aktuellen Zeitungsartikeln (z. B. Die ZEIT, Süddeutsche Zeitung) und ggf. seriösen Onlinemedien (z. B. blog.postwachstum.de) entnommen. Die Recherche zu Hintergründen der Kommissionsteilnehmer/innen erfolgte fast ausschließlich webbasiert.

Was die Materiallage betrifft, so habe ich die – sämtlich online zugänglichen – Sitzungsprotokolle der Wohlstandsenquete sowie ihren Schlussbericht, Dokumente zur Einsetzung, Plenarsitzungen des Bundestages sowie Veröffentlichungen der Teilnehmer/innen in anderen Medien (z. B. Aus Politik und Zeitgeschichte) verwendet.

2. Charakteristika von Zukunftsforschung

Dieser Teil der Arbeit (2.1 bis 2.5) beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten der Zukunftsforschung, um ein Gesamtbild davon zu schaffen, was ich unter Zukunftsforschung verstehe. Dabei muss von vornherein klar sein, dass es nicht „die“ Zukunftsforschung gibt¹² und jede Definition subjektiv ist. Die von mir behandelten Punkte geben einen Überblick über die Aspekte der Zukunftsforschung, die ich in Hinblick auf die Enquete-Kommission als möglicherweise implizite Zukunftsforschungsinstitution für bedeutsam halte.¹³

Ich untersuche dabei zunächst das Zukunftsverständnis, d. h. die Grundannahmen zur Natur der Zukunft, auf denen Zukunftsforschung mangels einer anerkannten Theorie basiert (2.1). Dann gehe ich auf die Leistungsfähigkeit von Zukunftsforschung ein – zum einen auf erkenntnistheoretische Positionen (2.2.1), dann auf die wissenschaftliche Qualität (2.2.2). Das folgende Kapitel (2.3) behandelt mit der Frage, wer Zukunftsforschung betreibt, den Umgang der Zukunftsforschung mit dem Objektivitätspostulat, dem sie sich wie jede andere Wissenschaft stellen muss. Nach einem Abschnitt über Arbeitsweise und Methoden der Zukunftsforschung (2.4) folgt dann mit Kapitel 3 mein Zwischenfazit, bei dem ich mir aus den zuvor analysierten Aspekten der Zu-

11 Eine kurze Auflistung der letzten einschlägigen deutschsprachigen Veröffentlichungen findet sich z. B. bei Loske (2012:9). Bei meiner Literaturrecherche bin ich von solchen Auflistungen in den aktuellsten Werken ausgegangen und habe zudem in Bibliothekskatalogen nach einschlägigen Autor/innen und nach Schlagwörtern gesucht.

12 Daher auch „von“ und nicht „der“ im Titel. Vgl. Kuosa (2009:12): „[...] futures research is not a solid scientific discipline or even a solid field of research. Futures research has been and still is merely a group of different methods, methodologies, interest areas and approaches which are more or less attached to different (normal) sciences or fields of knowledge.“

13 Darüber hinaus ließen sich noch viele andere Aspekte betrachten, z. B. die Etablierung der Zukunftsforschung als wissenschaftliche Disziplin, als Studiengang, ihr internationales Netzwerk und nationale Unterschiede, Machtstrukturen z. B. durch Kapital etc. etc.

kunfts-forschung ein Urteil darüber zu bilden versuche, was gute (seriöse, wissenschaftliche und nützliche) Zukunftsforschung ist.

2.1 Annahmen über die Natur der Zukunft

Was unterscheidet die Zukunftsforschung von anderen Formen der Forschung bzw. Wissenschaft? Laut Lars Gerhold et al. (2012:206) ist es ihre „Zukunftsadäquatheit“ – sie trifft „explizit Aussagen über zukünftige Sachverhalte“ und muss auf wissenschaftliche Weise die Grundlagen für diese Aussagen darlegen. Dies ist schwierig, da die Zukunftsforschung als eine aus der Praxis entstandene Disziplin bis heute über keine ihr zugrundeliegende, allgemein anerkannte Theorie verfügt (Elmar Schüll 2006:26, vgl. Axel Zweck 2012:60). Das Forschungshandeln Einzelner wird jedoch von (oft unbewusst vorhandenen und einander z. T. widersprechenden) Annahmen¹⁴ geleitet, die als „Quasi-Theorien“ als Grundlage für Zukunftsforschung ausreichen müssen (Schüll 2006:26). In diesem Kapitel bezeichne ich diese Annahmen als „Annahmen über die Natur der Zukunft“ oder „Arten von Zukunftsverständnis“.

In Anlehnung an die von Uwe Flick (2007:329) beschriebene Methode der Dokumentenanalyse erarbeite ich auf der Grundlage von bereits existierenden Argumentationen¹⁵ in der Literatur eine Auswahl von Grundannahmen zur Natur der Zukunft. Wichtig ist hier, dass die Quasi-Theorien – anders als viele explizite Theorien anderer Wissenschaften – nur schwer von Annahmen innerhalb des „Zukunftsdenkens“¹⁶ als Teil gesellschaftlicher Diskurse“ (Karlheinz Steinmüller 2012:7) zu trennen sind. Das schmälert jedoch ihre Bedeutung nicht: Wissenschaftler/innen sind immer auch Teil der Gesellschaft (Wendell Bell 1997a:191, Steinmüller 2012:7).

Wie bei Bells assumptions gilt hier, dass „[...] each assumption contributes both to the conduct of futures studies as most futurists understand the aims of the field and to the intellectual products that futurists create.“ (Bell 1997a:116). Entscheidend für wissenschaftliches Arbeiten, Theorieentwicklung und Thesengenerierung in der Zukunftsforschung ist es daher, eigene und fremde Grundannahmen explizit zu machen und zu überdenken. Der Umgang der Zukunftsforschung mit den Annahmen wird in Kapitel 2.2.1 thematisiert werden. Die folgende Liste von einander z. T. widersprechenden Annahmen soll in Kapitel 5 mit einer Dokumentenanalyse auf die Wohlfahrtsenquete angewandt werden:¹⁷

- Annahme I: „In der Zukunft sind die Dinge anders als heute.“ Dies orientiert sich an Bells (1997a:141) Aussage, die Zukunft enthalte neue Zeit und neue Dinge. Aus der komplexeren

14 Ich halte den Begriff „Annahmen“ oder „Quasi-Theorien“ hier für sinnvoll – bei Bell heißen sie *assumptions*, bei Inayatullah (2008:6) *models of social change*, bei Rescher *views*.

15 So bei Bell (1997a), Rescher (1998), Schüll (2006) und anderen.

16 Zu beachten ist hier, dass sich diese Arbeit auf den europäischen Raum bzw. die westliche Welt bezieht und nicht verallgemeinert werden kann (vgl. Lucian Hölscher 1999:9). Eine Analyse des Zukunftsverständnis in anderen Teilen der Welt wäre wichtig und wünschenswert.

17 Eine detaillierte und mit anderen Methoden (Inhaltsanalyse nach Mayring oder objektive Hermeneutik bieten sich an, vgl. Siegfried Lamnek 2010:483ff.) unterfütterte Ausarbeitung im Zuge der Theoriefindung in der Zukunftsforschung ist im begrenzten Rahmen dieser Arbeit leider nicht möglich. Das gleiche gilt für ausführliche grundlegende Überlegungen zum Charakter der Zeit – einige davon finden sich bei Bell (1997a:140) oder Steinmüller (1997:20-27).

Perspektive der Zukunftsforschung (vgl. 2.2) wird hier noch wichtig: Denkt man an eine oder mehrere mögliche Zukünfte? (Steinmüller 1997:10f.) Und betrachtet man Zukunft als etwas tatsächlich Existierendes mit einem anderen Zeitindex oder als ein Konstrukt, das nur über unsere Vorstellungskraft und Sprache zugänglich ist (vgl. Armin Grunwald 2007b:58)?

- Annahme 2: „Alle wesentlichen Dinge (Naturgesetze, die menschliche Natur) verändern sich nicht.“ Dies entspricht Nicholas Reschers stabilitarian view (Rescher 1998:203). Die Einschränkung auf „alle wesentlichen Dinge“ (nach Gernot Wersig in Schüll 2006:31, vgl. Wersig 2009:52) muss hier gemacht werden, da schon die Alltagsbeobachtung von Wachsen und Werden dem Urteil „nichts verändert sich“ widerspricht.
- Annahme 3: „Die Zukunft ist vorherbestimmt.“ (vgl. Tuomo Kuosa 2011:330) Hier ist nicht definiert, wodurch sie vorherbestimmt ist, ob durch die Natur (vgl. Margaret Meek Lange 2011 zu Kant), durch Religion oder etwas anderes. Diese Annahme entspricht der Annahme eines bestimmten Schicksals, beinhaltet aber keine Aussage darüber, wer etwas über die Vorherbestimmtheit wissen kann.
- Annahme 4: „Die Zukunft ist offen“ (vgl. Lucian Hölscher 1999:38). Diese Annahme kann allerdings nicht automatisch mit der Beeinflussbarkeit der Zukunft gleichgesetzt werden (vgl. Bell 1997a:150). Mein Fokus liegt hier auf dem Gegensatz zur Vorherbestimmtheit.
- Annahme 5: „Man kann die Zukunft beeinflussen.“ Hier soll allerdings keine Unterteilung vorgenommen werden, wer die Zukunft wie sehr beeinflussen kann (vgl. 2.2). Diese Annahme beinhaltet also alle graduellen Abstufungen der Beeinflussbarkeit (von völliger Gestaltbarkeit zu kleinen Handlungsfenstern) und schließt sich damit im Wesentlichen Bell an: „The future is not totally predetermined (Bell 1997a:150); [...] To a greater or lesser degree future outcomes can be influenced by individual and collective action (Bell 1997a:154).“
- Annahme 6: „Die Zukunft geht in eine bestimmte Richtung“. Die Annahme lässt sich unterteilen in die Vorstellung von einer zyklischen Veränderung (vgl. Rescher 1998:203) und diejenige einer linearen Veränderung (vgl. Hölscher 1999:9, Victor Tiberius 2011:108). Bei letzterer ist möglicherweise ein Ziel impliziert¹⁸. Wendet man die Annahme nur auf einzelne Aspekte an, lassen sich darunter auch die „relativ konstante[n] Phänomene“ (sogenannte Trends)¹⁹ bei Wersig (2009:52) sowie die „zumindest teilweise erkennbar[en]“ Grundstrukturen bei Ossip K. Flechtheim (1980:16f.) fassen.
- Annahme 7: „Manche Zukünfte sind besser als andere“. Hier liegt das Augenmerk auf der Möglichkeit einer Bewertung der Zukunft. Die Annahme orientiert sich an Wendell Bells key assumption „Some futures are better than others“ (Bell 1997a:157.) und ist nicht trivial. Selbst wenn es eine Antwort auf die Frage gibt, was denn „besser“ (bzw. „gut“) bedeutet²⁰ – bleibt die Frage nach dem Blickwinkel: Welche Bereiche werden betrachtet (vgl. sozialer vs.

18 Als Beispiel für diese teleologische Denkweise nennt Meek Lange (2011) Frances Fukuyamas „The End of History?“.

19 Ebenso die Konstanz in den Veränderungen, auf der Extrapolationen beruhen (vgl. Wersig 2009:52).

20 Laut Bell gibt es z. B. annähernd universelle menschliche Werte (Bell 1997b:177ff.).

technischer Fortschritt) und für wen genau ist eine bestimmte Entwicklung besser als eine andere? Ein Beispiel sind die Erwägungen in der wachstumskritischen Diskussion zu dem „Recht zu wachsen“ in Entwicklungsländern (vgl. Oliver Stengel 2011:147).

- Annahme 8: „Man kann im Voraus nichts über die Zukunft wissen.“ Diese Annahme orientiert sich an Ralf Stöckers agnostischer These – die Zukunft ist unsicher²¹ (Stöcker 2001:22, Grunwald 2009:26).
- Annahme 9: „Man kann etwas über die Zukunft wissen.“ Hier sind die entscheidenden Fragen, wer etwas wissen kann: nur „erleuchtete“ Menschen wie z. B. Propheten und Wahrsager? (vgl. Georges Minois 1998:25ff.) Oder potentiell alle, vielleicht vermittelt durch „Expert/innen“?) Wichtig ist auch, was oder wie viel man wissen kann, was wissen bedeutet (sicheres Wissen oder hohe Wahrscheinlichkeit?) und wie man an dieses Wissen gelangen kann (wird man „erleuchtet“? Kann man es „ausrechnen“?). Die Annahmen 8 und 9 betreffen Grundfragen zu Aufgaben und Leistungsfähigkeit der Zukunftsforschung und sollen daher erst in Kapitel 2.2 genauer thematisiert werden. Sie beeinflussen jedoch die übrigen Annahmen – so weist die Konsultation eines Wahrsagers darauf hin, dass man Zukunft für vorherbestimmt hält (Hölscher 1999:27ff.)– und tauchen daher in dieser Liste auf.

Auch auf diese neun Annahmen trifft Schülls Hinweis zu, dass ihre Widersprüchlichkeit den Ansprüchen an eine generelle wissenschaftliche Theorie nicht genügt (Schüll 2006:32, vgl. jedoch Zweck 2012:61 und in 2.2). Dennoch existieren alle diese Annahmen und beeinflussen unsere Sicht auf und unseren Umgang mit Zukunft (vgl. Wersig 2009:53). Selbst der Glaube an die Möglichkeit, auf magische Weise Wissen über eine vorherbestimmte Zukunft zu erlangen (Annahme 3+9), ist in der Gesellschaft – obwohl unwissenschaftlich – auch heute durchaus weit verbreitet, da er dem Bedürfnis der Menschen nach Komplexitätsreduktion entgegenkommt (Kuosa 2009:10, Minois 1998:712). Erstaunlich sind vor allem gewisse Annahmenkombinationen. So sollte man meinen, dass Menschen entweder an eine vorherbestimmte Zukunft (Annahme 1+3) glauben oder an die Kombination einer offenen, beeinflussbaren Zukunft (Annahme 1+4+5). Tatsächlich existieren aber Beispiele für die diffuse Präsenz vieler Annahmen im Alltagsdenken. So durchdringt die Idee des Fortschritts, einer stetigen Veränderung zum Besseren (Reschers progressive view, 1998:203, eine Kombination der Annahmen 1+3+6+7) unser Geschichts- und damit auch unser Zukunftsverständnis (Meek Lange 2011).²² Andererseits wird aus allen politischen Richtungen die Gestaltbarkeit der Zukunft betont, weder Parteiprogramme noch NGOs noch die Entwicklungsziele großer Unternehmen kommen ohne die Grundannahme aus, etwas verändern zu können.²³ Statt einer umfassenden Diskussion der Frage menschlicher Handlungsfreiheit (vgl. 2.2),

21 In der englischen Literatur ist die Terminologie genauer: „uncertain“. Es geht hier also nicht um die Annahme, die Zukunft sei „gefährlich“, sondern lediglich um die Unmöglichkeit, zu Faktenwissen über sie zu gelangen (vgl. Bell 1997:148f.).

22 Wersig (2009:52) äußert den Gedanken, dass die Debatte um anthropogene Schäden und natürliche Grenzen des Planeten deshalb so kontrovers ist, weil in ihr der Glaube, alles werde immer besser, hinterfragt wird (vgl. 5.1).

23 Vgl. Gerrit von Jorck (2013a-e) zum Inhalt von Parteiprogrammen.

wäre bereits ein Nachdenken über obige Grundannahmen und ihre Widersprüche zielführend. Ideal, sowohl für die Zukunftsforschung als auch für jegliches Gremium, das sich mit Zukunft befasst, wäre eine Einigung auf eine bestimmte, möglichst wenig widersprüchliche Kombination von Annahmen als Diskussionsbasis. Alternativ müssten die Annahmen „unterschiedlichen Situationen und begründbaren Voraussetzungen“ (Zweck 2012:61) zugeordnet werden. Ob dies in der Wohlstandsenquete vonnöten ist, wird Kapitel 5.3 zeigen. Das Voranschreiten des Einigungsprozesses in der Zukunftsforschung wird im folgenden Kapitel thematisiert.

2.2 Was kann Zukunftsforschung leisten?

Die intuitive Antwort eines Laien auf die Frage, was Zukunftsforschung leisten kann und soll, wäre: Zukunftsforschung sagt, was in der Zukunft geschehen wird. Ist dieser prognostische Fokus gemeint, wenn Aussagen über Zukunft getroffen werden wie bei Gerhold et al. (2012:206): Zukunftsforschung sei „die wissenschaftliche Erzeugung von Aussagen über Zukunft“; sowie bei Elmar Schüll und Heiko Berner (2012:185): Zukunftsforschung wolle „auf wissenschaftlichem Weg Erkenntnisse über zukünftige Ereignisse und Entwicklungen erlangen“? Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich mit den Möglichkeiten (2.2.1) und Qualitätsansprüchen (2.2.2) von Zukunftsforschung.

2.2.1 Erkenntnistheoretische Grundlagen und Erkenntnisziele

Kann denn die Zukunftsforschung wirklich, wie der Laie glaubt, Prognosen erstellen? Für eine erste Beantwortung dieser Frage ist eine genauere Eingrenzung der beiden Begriffe „Wissenschaft“ und „Prognose“ erforderlich. Ein sehr verbreiteter wissenschaftstheoretischer Zugang²⁴ ist der Kritische Rationalismus (begründet von Karl Popper). Wie Schüll und Berner (2012:189) zusammenfassen, ist ein wesentliches Moment der kritisch-rationalistischen wissenschaftlichen Herangehensweise die Möglichkeit der Falsifikation. Diese dient der Aussonderung fehlerhafter Theorien und damit dem Ziel des wissenschaftlichen Fortschritts – nicht allerdings der Findung von „Wahrheit“, denn verifizieren lässt sich eine Theorie nicht (Gerhard Schurz 2008:15). Eine Theorie ist innerhalb dieses wissenschaftstheoretischen Zugangs nur dann relevant, wenn sie „an der Realität scheitern“ kann (Schüll/Berner 2012:190). Hier zeigt sich, dass die Zukunftsforschung innerhalb dieses Denkmodells zunächst nicht bestehen kann: ihre Aussagen über Zukunft sind nicht falsifizierbar, da Zukunft noch nicht existiert. Und wenn Zukunft eingetroffen ist, ist sie bereits Gegenwart und die Aussagen der Zukunftsforschung sind mehr oder weniger irrelevante Aussagen über die Gegenwart.²⁵

24 In einigen Publikationen wird sogar „Wissenschaft“ komplett darauf reduziert (Schüll/Berner 2012:186 nennen Beispiele). So kann insbesondere in der Öffentlichkeit leicht der Eindruck entstehen, es gebe nur eine Art, Wissenschaft zu betreiben. Vgl. z. B. den Artikel eines beliebten Journalisten des Magazins der ZEIT, dessen verwerfende Sicht der Gender Studies offenkundig auf sein solchermaßen reduzierendes Wissenschaftsverständnis zurückgeht (Harald Martenstein 2013).

25 Vgl. bereits Hans Reichenbach (1951:91): „[...] when knowledge has become observational

Was hat es nun mit Prognosen auf sich? Innerhalb des Kritischen Rationalismus werden Prognosen aus einem wissenschaftlich allgemeingültigen Gesetz abgeleitet und sind damit prognostisch gewendete Ursachenerklärungen vor allem im naturwissenschaftlichen Kontext („Immer wenn ein Faden mit einem bestimmten Mindestgewicht belastet wird, zerreißt er“)²⁶. Studien in der Zukunftsforschung haben oder beinhalten dagegen häufig sozialwissenschaftliche Fragestellungen, ihre hohe Komplexität lässt die Ableitung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten nicht zu. Daher können ihre Prognosen mehrheitlich nur prognostisch gewendete Plausibilitätserklärungen sein (z. B. „Immer wenn 10 namhafte Astrologen eine Sonnenfinsternis voraussagen, findet eine statt – basierend darauf, dass dies in der Vergangenheit statistisch häufig der Fall war“) (Schüll 2006:51)²⁷. Die Erstellung von Prognosen im Sinne des Kritischen Rationalismus ist also in der Zukunftsforschung nicht möglich²⁸ und man muss mit Bell (1997a:148) schließen: „[...] there are no facts about the future.“

Auf welcher erkenntnistheoretischen Grundlage aber macht dann die Zukunftsforschung auf wissenschaftlichem Wege Aussagen über Zukunft? Bell (1997a:221) argumentiert dafür, den Ansatz: „[...] even if a proposition cannot be justified as being true, the belief in the truth of a proposition can be justified as being reasonable“ auch auf die Zukunftsforschung zu beziehen. Da die Zukunftsforschung einen direkten Anwendungsbezug hat, können Menschen so auf der Grundlage dessen handeln, was wahrscheinlich und/oder plausibel²⁹ ist (vgl. Bell 1997a:224). Die Zukunftsforschung der Gegenwart versucht daher weniger Prognosen zu erstellen als Wissen darüber zu erlangen, welche Ereignisse in der Zukunft wahrscheinlich und plausibel sind (Grunwald 2013:25f.) – aber auch darüber, welche lediglich möglich sind. Denn auch Ereignisse mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit, aber großem Einfluss, sogenannte Wild Cards, (Steinmüller 1997:79), sollten bedacht werden.³⁰

In Hinblick auf Kapitel 2.1 lässt sich resümieren, dass viele Zukunftsforscher/innen sich im Laufe der Geschichte der Zukunftsforschung mehr oder weniger explizit darauf geeinigt haben, die folgenden Grundannahmen zur Natur der Zukunft als wahr zu akzeptieren und auf dieser

knowledge it is no longer a knowledge of the future.“ Es sei denn, man wertet systematisch Prognosen ex-post aus, um so Theorien und Rahmenbedingungen im Sinne des kritischen Rationalismus schrittweise zu verbessern – dies wird allerdings nur sehr selten durchgeführt (Schüll/Berner 2012:196).

- 26 „Prognostisch gewendet“ weist hier darauf hin, dass eine Prognose nach Hempel und Oppenheim (1948, in Schüll 2006:47ff.) die gleiche logische Struktur wie eine Erklärung hat. Für einen Überblick über die Diskussion des Hempel-Oppenheim-Schemas siehe Schüll/Berner (2012).
- 27 Für eine genauere Diskussion siehe Schüll (2006:46-54). Das Faden-Beispiel (ursprünglich von Karl Popper) und das Sonnenfinsternis-Beispiel (ursprünglich von Wolfgang Stegmüller) sind ebenfalls diesem Abschnitt entnommen.
- 28 Zudem bei der kritisch-rationalistischen Herangehensweise eine Prognose nicht wie in der Zukunftsforschung um ihrer selbst willen erstellt wird, sondern als Hypothese dient, um Theorien auf Gültigkeit zu überprüfen (Schüll/Berner 2012:198).
- 29 „Plausible“ wird im Gegensatz zu *probable* bei schwer quantifizierbaren, aber sich durch logische Argumentation ergebenden Aussagen verwendet (vgl. Inayatullah 2008:8 und Zweck 2012:62, FN 3).
- 30 Dass Aussagen zu Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit von Medien und Öffentlichkeit oft als Prognosen interpretiert werden, ist ein anderes Problem (vgl. Grunwald 2013:26).

Grundlage zu forschen³¹:

(1) In der Zukunft sind die Dinge anders als heute.

(4) Die Zukunft ist offen.

(5) Man kann die Zukunft beeinflussen.

Da Zukunftsforschung andererseits, wie oben erwähnt, versucht, Erkenntnisse über die Zukunft zu gewinnen, muss sie sich an irgendeinem Punkt zwischen den Annahmen

(8) Man kann nichts über die Zukunft wissen

und

(9) Man kann etwas über die Zukunft wissen.

befinden.³²

Es liegt also nahe, hier Bells Wortwahl „the future is not totally predetermined“ (Bell 1997a:150) zu folgen. Dem Einwand, dass die Zukunftsforschung keine Antwort auf die Frage weiß³³, ob Menschen nun nach ihrem eigenen freien Willen handeln oder ob die Zukunft vorherbestimmt sein muss – da man ja versucht, etwas über sie herauszufinden – begegnet Bell (1997a:151) mit der Argumentation, beides sei durchaus miteinander vereinbar. Menschen trafen zwar Entscheidungen, dies jedoch immer im Kontext ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten durch historische Traditionen, politische und geographische Gegebenheiten etc.:

„Obviously, some aspects of the future are more open than others. The future from this point of view is an assemblage of different possibilities, contingencies, near certainties and uncertainties, constraints and opportunities, some more probable than others.“ (Bell 1997a:151)

Auf dieser Grundlage also bzw. auf der Einsicht, „dass es zwar eine große Zahl möglicher Zukünfte gibt, nicht jedoch beliebige“ (Rolf Kreibich 2008:9) versucht heute Zukunftsforschung, Aussagen über Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zu machen. Da sich aber trotz allem die Annahme, „die“ Zukunft sei offen und unsicher, durchgesetzt hat (Grunwald 2009:26), spricht man in der Zukunftsforschung von möglichen und wahrscheinlichen „Zukünften“ im Plural, basierend z. B. auf Bertrand de Jouvenels Konzept der *futuribles*³⁴. Der Weg zu Ergebnissen führt, so beispielsweise die Pioniere der europäischen Zukunftsforschung Ossip K. Flechtheim und Bertrand de Jouvenel, über die Unterscheidung, welche Aspekte der Zukunft „beherrschbar“ und welche „herrschend“ sind (de Jouvenel 1967:68). Innerhalb eines Rahmens zum Teil erkennbarer

31 Zur Geschichte der Zukunftsforschung genügt hier zu sagen, dass auf eine Epoche des Optimismus hinsichtlich der Berechenbarkeit von Zukunft, beispielsweise durch die Extrapolation gegenwärtiger Entwicklungen (Kuosa 2011:331), in den 50er und 60er Jahren eine Phase des Zweifelns folgte, in der gesellschaftliche, kulturelle, Macht- und Gestaltungsaspekte wieder mehr miteinbezogen wurden (vgl. Schüll 2006:16ff.) – auch beeinflusst von der damaligen Welle der Positivismuskritik (Bell 1997a:192). Gegenwärtig ist die Zukunftsforschung fragmentiert und damit Ansätze unterschiedlicher Schulen zu finden (Kuosa 2011:332f.).

32 Auf den von Grunwald beschriebenen Ansatz der „gegenwärtigen Zukünfte“ gehe ich später in diesem Kapitel ein.

33 Zudem ist dieser Vorwurf durchaus nicht nur der Zukunftsforschung zu machen – die Frage ist in der Philosophie schließlich seit Tausenden von Jahren ungeklärt (vgl. Bell 1997:151).

34 *Futuribles: états futurs possibles descendants du présent* (von der Gegenwart abstammende mögliche künftige Zustände, Steinmüller 1997:10f.).

Grundstrukturen der dynamischen Veränderungen der Welt könne Zukunft gestaltet werden (Flechtheim 1980:16f., vgl. dazu auch Bell 1997a:154ff.).

Dem Schwanken der Zukunftsforschung zwischen den Grundannahmen „Man kann nichts“ und „Man kann etwas über Zukunft wissen“ lässt sich allerdings auch auf elegantere Weise begegnen, indem man nämlich den Begriff Zukunft selbst hinterfragt. Grunwald beschreibt dazu das Konzept der zukünftigen Gegenwart und der gegenwärtigen Zukünfte. Laut ihm wird „Zukunft“ meist als „zukünftige Gegenwart“, d. h. „einen Zustand, der dem Erleben der Gegenwart entspricht, der allerdings mit einem anderen Zeitindex versehen ist“ (Grunwald 2009:27) verstanden. Diese Zukunft aber existiere noch nicht (vgl. Popp 2012:18) und biete im Gegensatz zur Vergangenheit auch keine Indizien, auf deren Basis man sie empirisch erfassen könne. Greifbar seien dagegen ausschließlich „gegenwärtige Zukünfte“ als Teil der Gegenwart, da sie gegenwärtige Konstrukte auf Basis dessen seien, was wir uns in der Gegenwart vorzustellen und sprachlich zu beschreiben vermögen³⁵ (Grunwald 2007b:58 und 2009:28).

Dieser Ansatz ist laut Eva Hideg (2002:287) Teil des neuen Paradigmas *critical futures studies*, das die Zukunft nicht als etwas behandelt „that will materialize as time passes but also as something that already exists in the present, both in peoples thoughts and emotions.“ Er bietet eine mögliche Antwort sowohl auf die fehlende empirische Überprüfbarkeit von Ergebnissen der Zukunftsforschung (Schüll), als auch auf die Frage, ob denn wirklich bestimmte Aspekte der Zukunft schon vorherbestimmt (Bell, Flechtheim) sind: es handelt sich in allen Fällen um die für uns in der Gegenwart vorstellbaren Zukünfte, um die Spielräume und Grenzen, die wir heute für möglich, wahrscheinlich oder plausibel halten.

Damit gewinnen aber auch diejenigen gegenwärtigen Zukünfte an Bedeutung, die wir uns unabhängig von ihrer Wahrscheinlichkeit als wünschenswert vorstellen. Sie sind als Vorstellungen und als Teil der Gegenwart nicht weniger „real“ als die wahrscheinlichen, möglichen und plausiblen Zukünfte und bestimmen unser Handeln (Flechtheim 1980:17) im Diskurs, in dem über konkurrierende Zukünfte verhandelt wird (Grunwald 2007b:57). Auf Basis der Grundannahme aus Kapitel 2.1 („Manche Zukünfte sind besser als andere.“) arbeitet der Bereich der Zukunftsforschung, der sich mit den wünschbaren oder erwünschten Zukünften beschäftigt, Werte explizit thematisiert und deshalb auch normativ genannt wird³⁶. Hideg (2002:284) sieht die Thematisierung von Werten allerdings als Grundlage für die Wissenschaftlichkeit von Zukunftsforschung: „If studies of futures constitute a science, it must make values explicit, i.e. it must present possible futures together with their value content.“ Diese Explizierung von Werten ist in den *critical futures studies*, zu deren wichtigsten Vertretern Richard Slaughter und Sohail Inayatullah gehören, Programm³⁷ (Tiberius 2011:104f.). In weiter gefassten Definitionen von „Zukunftsforschung“ ist

35 Grunwald leitet diese „Immanenz der Gegenwart“, das Verbleiben aller Aussagen über Zukunft in den Grenzen der Gegenwart, aus der „Immanenz der Sprache“ ab – durch den fehlenden Zugriff auf Indizien gebe es keinen Zugriff auf die Zukunft außerhalb des Mediums der Sprache. Zukunft sei so immer nur das, worüber als Zukunft gesprochen werde (Grunwald 2007b:58).

36 Allerdings nicht nur dieser Bereich – dazu mehr in Kapitel 2.4.

37 Tiberius listet als Slaughters Grundannahmen z. B. auf, dass der Begriff „Fortschritt“ nicht wertneutral sei, ebenso wenig wie Technologien es seien. Er schließt als Fazit zur kritischen Zukunftsforschung mit „Je tiefer die Analyse der konstruierten sozialen Wirklichkeit geht, desto mehr Hand-

der Bereich der wünschbaren Zukünfte mit eingeschlossen:

„Zukunftsforschung ist die wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wünschbaren und wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart.“ (Kreibich 2008:9)

Eine mehr oder weniger explizit formulierte (oder graphisch visualisierte) gegenwärtige Zukunft als Ergebnis des Nachdenkens über wahrscheinliche, mögliche, plausible, wünschenswerte gegenwärtige Zukünfte³⁸ lässt sich auch als Zukunftsbild bezeichnen (vgl. Grunwald 2007b, 2009:33). Diese Zukunftsbilder sind mit unterschiedlichen Methoden empirisch zugänglich und somit Gegenstand der Zukunftsforschung (Grunwald 2009:33, vgl. Popp 2012:18), aber auch ihre Grundlage und ihr Ergebnis: denn die Analyse und Bewertung von Zukunftsbildern geschieht ja auf Basis der Zukunftsvorstellungen der einzelnen Forscher/innen (vgl. Steinmüller 2012:7, mehr dazu in Kapitel 2.3) und erzeugt auch wieder ausformulierte Vorstellungen von Zukunft, eben Zukunftsbilder (vgl. Kreibich 2008:13). Schüll (2009:229) beschreibt den Nutzen von Zukunftsbildern so: „Der Akteur, der Erkenntnisse über mögliche und wahrscheinliche zukünftige Entwicklungen besitzt, kann die für ihn wünschenswerten Entwicklungen sehr viel leichter durchsetzen, kann die Zukunft leichter in seinem Sinne gestalten als wenn er diese Erkenntnisse nicht hätte.“ Auch laut Kreibich (2008:13 und 16f.) dienen meist kreativ erstellte Zukunftsbilder und ihre Operationalisierung dem Umgang mit Herausforderungen und Problemen. Ein Beispiel für so einen konkreten Umgang mit Zukunftsbildern ist Sohail Inayatullahs Sechs-Säulen-Ansatz der Zukunftsforschung. In seinen Vorschlägen versucht er immer wieder, Zukunftsbilder zu erfragen und nutzbar zu machen: er spricht von *used futures* bzw. *images of the future* (Inayatullah 2008:5), die sich sinngemäß als angeeignete Zukunftsbilder übersetzen lassen. Auch seine *futures questions* sollen mit Zukunftsbildern beantwortet werden (Inayatullah 2008:7), möglichen Zielen und dem Weg dahin kann man sich über *alternative futures* (Inayatullah 2008:15ff.) sowie *preferred futures* (Inayatullah 2008:18f.) annähern.

Diese Überlegungen zu Zukunftsbildern schließen den Kreis und führen wieder zurück zu der eingangs zitierten Quasi-Definition, Zukunftsforschung sei „die wissenschaftliche Erzeugung von Aussagen über Zukunft“ (Gerhold et al. 2012:206). Es bleibt die Frage, wie wissenschaftlich Zukunftsforschung dabei sein kann.

2.2.2 Qualitätskriterien von Zukunftsforschung

Kriterien der Wissenschaftlichkeit sind immer das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses. Dieser findet in einer sogenannten Forschungsgemeinde (*scientific community*) statt (Schmidt 2004c:804, vgl. Gerhold et al. 2012:205), was die Problematik solcher Qualitätskriterien in der Zukunftsforschung deutlich macht. Denn Zukunftsforschung ist bis heute nur ansatzweise in Universitäten des deutschsprachigen Raumes etabliert (Popp 2012:17f., Zweck 2012:68).³⁹ Dies

lungsoptionen werden eröffnet, weil so erkennbar wird, dass viele Grundannahmen kontingent sind“ (Tiberius 2011:104f.).

38 Alle Kommata sind hier als „und/oder“-Verbindung zu verstehen.

39 Dies lässt sich anhand von Lehrstühlen und Forschungsprojekten konkret untersuchen. Die Aus-

lässt sich z. T. immer noch – in Anlehnung an Kreibichs (1991:60f.) über 20 Jahre altes Urteil – mit einigen ihrer immanenten Eigenschaften begründen. Ihre Arbeitsweise ist interdisziplinär (Tiberius 2011:61ff.), während dagegen in der deutschen Wissenschaftstradition Forschung streng nach Disziplinen gegliedert ist. Ihre Anerkennung im deutschen Wissenschaftssystem wird ferner durch ihren engen Handlungs- und Gestaltungsbezug sowie die ihr innewohnenden spekulativen Elemente erschwert. Gerade wenn Kriterien der Wissenschaftlichkeit sich nur an den Naturwissenschaften und deren Forderungen nach Distanz zum Objekt orientieren, sinken die Chancen der Zukunftsforschung, als „richtige“ Wissenschaft anerkannt zu werden. Steigen können diese Chancen dagegen durch einen Prozess der Verwissenschaftlichung, der von Schüll (2006:96) ausdrücklich gefordert wird, um der Zukunftsforschung, die ihre „faktische Leistungsfähigkeit“ gezeigt habe, zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Herausforderung eines solchen Prozesses liegt darin, trotz der Diversität der Ergebnisse und der Unmöglichkeit der Überprüfbarkeit in der Zukunftsforschung Standards zu garantieren, nach denen die Zukunftsforschung arbeitet (Grunwald 2013:26). Auf internationaler Ebene wurden bereits Evaluationsmöglichkeiten von Zukunftsforschungsprozessen entwickelt (Kalle Piirainen et al. 2012, Luke Georghiou/Michael Keenan 2006). In Deutschland bilden die vom Netzwerk Zukunftsforschung entworfenen Leitprinzipien zur Beurteilung der Qualität von Zukunftsforschung (Gerhold et al. 2012:206)⁴⁰ eine Grundlage für weiter auszuführende Standards. Dem ersten Leitprinzip der Zukunftsadäquatheit entspricht dabei z. B. die Reflexion und Explikation der in Kapitel 2.1 genannten Grundannahmen über die Natur der Zukunft (vgl. Grunwald 2013:27).

Im Zusammenhang mit der Zukunftsadäquatheit von Fragestellung und Arbeitsweise kann allerdings die moderne Arbeitsform des wissenschaftlichen „Projekts“ problematisch sein. Denn laut Cristina Besio besteht hier ein Widerspruch:

„Projekte müssen innovativ sein; da aber zu hohe Unsicherheit die Planung erschwert, bleibt die Innovation häufig begrenzt. [...] Explorative Forschungstätigkeiten [...] oder gewagte Spekulationen finden in Projekte ebenso schwer Eingang wie die Behandlung von Problemen, deren Ergebnisse extrem ungewiss sind und die mehrfache Lösungen zulassen. Universal angelegte, langfristige Studien, neue, komplexe und veränderbare Phänomene, für die bislang weder fundierte Theorien noch experimentelle Grundlagen vorhanden sind, markieren die Grenzen von Projekten.“ (Besio 2009:404)

Diese systemtheoretische Analyse der „Inkompatibilität von Planung und Neuheit“ (Torsten Kah-

sage, Zukunftsforschung verfüge im deutschsprachigen Raum bisher noch über gar keine richtige wissenschaftliche Gemeinschaft (Zweck 2012:59) ist dagegen schwerer nachweisbar, denn die erschienenen Artikel und Bücher zeigen doch ein Netzwerk und einen Austausch. Auch dem beklagten Mangel an Fachzeitschriften (Zweck 2012:68) wird gegenwärtig durch zwei neue, in Deutschland herausgegebene wissenschaftliche Zeitschriften begegnet: dem englischsprachigen *European Journal of Futures Research* (EJFR 2013) und der deutschsprachigen *Zeitschrift für Zukunftsforschung* (ZfZ 2013).

40 Für den deutschsprachigen Raum versucht das Netzwerk Zukunftsforschung gegenwärtig, Qualitätsstandards für die Zukunftsforschung zu erarbeiten. Das geplante Handbuch zu diesen Gütekriterien und Standards war bei Abgabedatum dieser Arbeit leider noch nicht veröffentlicht und auch nicht als Entwurf zugänglich, ein ankündigender Beitrag gibt jedoch einen Überblick über die Leitprinzipien, anhand derer diese Standards geordnet sind (Gerhold et al. 2012:206).

lert 2011) lässt sich auf die Zukunftsforschung direkt anwenden und wirft Fragen nach einer geeigneten Arbeitsform auf.

Das zweite Leitprinzip des Netzwerks Zukunftsforschung besagt, dass Zukunftsforschung auf wissenschaftliche Weise zu ihren Ergebnissen gelangen muss. Bezogen auf Prozess, Ergebnisse und Dokumentation gelten hier Standards der theoretischen Fundierung, der Datenqualität und der Methodenwahl. Laut Schüll (2006:59) gibt es keine verbindliche Auflistung wissenschaftlicher Qualitätskriterien für alle Arten von Wissenschaft. Er zieht jedoch die Bilanz, dass es, abgesehen vom Kriterium der empirischen Überprüfbarkeit, bei den meisten anerkannten Kriterien der Wissenschaftlichkeit (wie z. B. Transparenz, Einfachheit, terminologische Klarheit etc.), „keinen Grund für die Annahme eines prinzipiellen Unvermögens seitens der Zukunftsforschung [gibt]“ (Schüll 2006:94).

Nimmt man mit Grunwald (2007) und Hideg (2002) an, dass Zukünfte nur als Teil der Gegenwart existieren, kann auch die Geltung von Aussagen über Zukunft nur nach Kriterien der Gegenwart bemessen werden, denn Wissen aus einer Zukunft im Sinne einer zukünftigen Gegenwart ist noch nicht verfügbar (Grunwald 2007a:955). Für die Wissenschaftlichkeit einer Aussage über Zukunft ist es dann nicht von Bedeutung, ob ihr Ergebnis eintritt, sondern ob es mit einer nachvollziehbaren konditionalen Aussage⁴¹ begründet wird (Grunwald 2013:23). Dies sei es, was wissenschaftliche Zukunftsaussagen im Gegensatz zu literarisch oder esoterisch erstellten Zukunftsaussagen wertvoll mache: sie seien „über eine diskursive und intersubjektiv nachvollziehbare Prüfung ihres Zustandekommens [...] als Entscheidungsgrundlagen legitimierbar“, könnten Thema einer „transparente[n] demokratische[n] Debatte“ sein, ermöglichten ein „systematisches Lernen“ und zudem eine transparente Herausarbeitung von Dissensen und ihren Gründen [Hervorhebungen im Original] (Grunwald 2013:31). Insbesondere die Diversität von Ergebnissen als „Spiegelbild der gesellschaftlichen Konflikte“ (Grunwald 2007b:57) ist für Grunwald ein konstitutives Merkmal, aber auch ein Wert der Zukunftsforschung – andernfalls würden Zukünfte wieder auf Prognosen reduziert:

„[Durch die erwähnten Spezifika wissenschaftlicher Zukünfte] wird zwar die genannte Diversität nicht im Sinne einer Konvergenz in Bezug auf die eine ‚richtige‘ wissenschaftliche Zukunft reduziert. Es ist jedoch die kognitive und normative Basis bereitet, um Handlungsalternativen aufstellen und diese in Relation zu den unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen setzen zu können. Damit ist, auch wenn nach wie vor das naive „Ableiten“ von Orientierung aus Zukunftsaussagen nicht gelingt, der Wert *wissenschaftlicher* Zukunftsaussagen klar erwiesen: er liegt letztlich darin, dass Zukünfte in transparenter und nachvollziehbarer Weise strukturiert werden können [Hervorhebungen im Original].“ (Grunwald 2013:31)

Zukunftsaussagen selbst wissenschaftlicher Institute, deren Zustandekommen nicht transparent gemacht wird und nicht rekonstruierbar ist, verweigert Grunwald (2013:31f.) jede Anerkennung als wissenschaftlich.

Auch wenn es umstritten ist, ob und inwiefern Wissenschaft nützlich sein kann und muss (vgl.

41 D.h. einer Wenn-Dann-Aussage: wenn die Grundannahmen gelten und alles Notwendige berücksichtigt wurde etc.

Frank Uekötter/Christine Pieper 2010:7ff.), möchte ich auf das dritte Leitprinzip des Netzwerk Zukunftsforschung eingehen: Durch ihren starken Handlungsbezug sei die Effektivität von Zukunftsstudien ein Maß ihrer Qualität (Gerhold et al. 2012:207). Wichtige Qualitätskriterien beziehen sich hier beispielsweise auf die „Einbindung in zukunftsbezogene Forschungs- und Beratungsprozesse oder auch [...] auf einen möglichst optimalen Ergebnistransfer und das Aufzeigen von Handlungsperspektiven“ (Gerhold et al. 2012:207). In Anlehnung an Grunwald (2007a:954) hat die Zukunftsforschung hier zwei eine Doppelfunktion: Einerseits löst sie bisher Unhinterfragtes auf und zeigt damit neue Handlungsmöglichkeiten. Andererseits aber reduziert sie Kontingenzen, indem sie normativ darauf hinwirkt, dass durch Prozesse der Einigung auf Ziele und Werte neue Grenzen geschaffen werden. Nicht zu unterschätzen hinsichtlich der Effektivität von Zukunftsstudien wäre in reflexiver Hinsicht ihre Auswirkung auf das Feld der Zukunftsforschung selbst (vgl. Uekötter/Pieper 2010:8).

Bei der Beurteilung der Effektivität eines Zukunftsforschungsprojekts ist zu beachten, dass anfängliche Erwartungen nicht immer explizit formuliert werden („hidden agenda“) und auch Ergebnisse nicht nur tangible Produkte eines Forschungsprozesses sind. Auch intangible Produkte gehören dazu und sind ggf. sogar wichtiger (vgl. Uekötter/Pieper 2010:8, vgl. Besio 2009:196ff.).⁴² Zu ihnen sind auch die von Popp (2012:19) genannten Aufgaben von Zukunftsforschung zu zählen: zum einen solle sie „an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis“ die Diskurse über Zukunft vermehren und verbessern, zum anderen solle sie Praktiker/innen dabei helfen, in Menschen und Institutionen die Fähigkeiten „zur flexiblen Reaktion auf überraschende Herausforderungen zu stärken“.

2.3 Zur Objektivität der Forschenden

Die Fragen, ob es eine objektive Wahrheit oder eine objektiv erkennbare Realität gibt und inwiefern Wissenschaft mit Werturteilen verbunden ist, gehören zu den sehr allgemeinen Fragen der Wissenschaftstheorie (Schurz 2008:11). Nach dem sich Kapitel 2.2 folgerichtig mit der Problematik des Zugriffs auf Zukunft beschäftigt hat, untersucht dieses Kapitel, inwiefern die Person der Forschenden und damit die Subjektivität in Prozess und Ergebnisse der Wissenschaft (2.3.1) und insbesondere der Zukunftsforschung (2.3.2) miteinbezogen werden darf, kann oder muss.

2.3.1 Das Objektivitätspostulat der Wissenschaft

Laut Max Weber ist Objektivität in der Wissenschaft nur über eine klare Trennung zwischen ihren deskriptiven Aussagen und ihren Werteinstellungen erreichbar, denn Werte seien nicht logisch begründbar, sondern subjektiv (Schurz 2008:39). Dieses Wertfreiheitspostulat wurde von

42 Tangible Produkte sind beispielsweise Berichte, formulierte Zukunftsbilder, Artikel, Handlungsempfehlungen und Normen. Beispiele für intangible Produkte sind genommene Ängste, ein besseres Problembewusstsein, die Veränderung der Organisationskultur und die Explizierung impliziter Annahmen sowie Antworten auf die „hidden agenda“ (für die Beispiele danke ich den Teilnehmer/innen eines Seminars im M. A. Zukunftsforschung am 11.04.2013 und insbesondere der Leitung Kerstin Cuhls).

Weber insofern differenziert, dass ein Wissenschaftler sich durchaus deskriptiv mit Werten beschäftigen und sogar Empfehlungen aussprechen könne – nur müsse er sich dabei einer eigenen Wertung enthalten (Schurz 40f.). Das Objektivitätspostulat ist v.a. in den Geistes- und Sozialwissenschaften mittlerweile von der Forderung nach Intersubjektivität ersetzt worden: eine Aussage mit Wahrheitsanspruch muss von jeder hinreichend kompetenten Person nach Kenntnisnahme der Daten geteilt werden können (vgl. Schurz 2008:27).

Im empirisch-analytischen Wissenschaftsparadigma (so z. B. bei Schurz 2008:41ff.) wird gefordert, dass Wissenschaftler/innen beim Aussprechen von Empfehlungen ihre eigenen grundlegenden Wertannahmen explizieren müssen. Schurz nimmt dabei wissenschaftsinterne Werte, also z. B. die Suche nach allgemeinen Wahrheiten als Erkenntnisziel, vom Wertneutralitätspostulat aus. Zudem beschränkt er es auf die Phase des Forschungsprozesses, in der Hypothesen generiert und mit Daten überprüft werden (Schurz 2008:45). Zu fragen ist hier, ob eine Explizitmachung der eigenen Werte in nur einer Phase (soweit möglich) denn die Behauptung von Objektivität (oder Intersubjektivität) rechtfertigt, wenn die bedeutsame Phase der Entstehung der Forschungsfragen und der Verwertung der Ergebnisse von Werten beeinflusst werden dürfen (vgl. Heinz Moser 1995:28f.).

Bei der Forderung, die eigenen Werte explizit zu machen, sie aber die eigene Forschung nicht beeinflussen zu lassen, wird zudem vorausgesetzt, dass sich Wissenschaftler/innen ihrer Wertannahmen bewusst sind und deren Einfluss auf ihre Forschungsergebnisse realistisch einschätzen können (vgl. dazu Moser 1995:20). Dies wird spätestens seit den 1960er Jahren von verschiedenen Seiten öffentlich bezweifelt:

Die Vertreter/innen der Kritischen Theorie unterstreichen den Einfluss gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse auf den Forschungsprozess und stellen damit in Frage, dass Wissenschaft zu wertneutralen Erkenntnissen gelangen kann (Habermas 2008:253f.). Dabei gehe es nicht (nur) um wissenschaftsexterne Einschränkungen durch Auftragsforschung, sondern um das „fundamentale, Wissenschaft allererst konstituierende Interesse“ (Elisabeth Ströker 1992:119, vgl. Schüll 2009:229). Habermas verweist gleichzeitig auf das Unvermögen der Wissenschaft, diese Einschränkung selbst zu sehen⁴³, und zwar gerade durch die Abwehr externer Interessen:

„Weil sich die Wissenschaft die Objektivität ihrer Aussagen gegen den Druck und die Verführung partikularer Interessen erst erringen muss, täuscht sie sich andererseits über die fundamentalen Interessen hinweg, denen sie nicht nur ihren Antrieb, sondern die Bedingungen möglicher Objektivität selber verdankt [Hervorhebung im Original].“ (Habermas 1969b:160)⁴⁴

Pierre Bourdieu betont einen anderen Aspekt, nämlich „dass der Raum des Spiels und die geschichtlich konstituierten Stellungen im Inneren dieses Raums die politischen und intellektuel-

43 Ein gutes Beispiel ist hier Schurz, der das „wissenschaftsintern[e] Erkenntnisziel, [die] Suche nach möglichst allgemeinen und gehaltvollen Wahrheiten“ nicht als relevantes Erkenntnisinteresse wertet (Schurz 2008:42).

44 Ströker (1992:126) kritisiert, dass Habermas diese These nicht ausreichend belegt. Nach meinem Verständnis könnte man als ein Beispiel die Bevorzugung gelungener Experimente und Bestätigung von Thesen gegenüber misslungenen Experimenten aufgreifen.

len Stellungnahmen steuern" (Bourdieu 1992b:91). Er kritisiert das Unvermögen oder gar die Weigerung Intellektueller, diese Beeinflussung zu sehen und liefert Beispiele für „hinsichtlich des eigenen Ausgangspunktes blinde [...] Perspektiven" (Bourdieu 1992b:90f.).

Feministische Kritiker/innen haben viele Punkte der Beeinflussung sozial- und auch naturwissenschaftlicher Forschungsergebnisse durch das Geschlecht bzw. insbesondere die einseitige Orientierung an der männlichen Perspektive in der Wissenschaft der letzten Jahrhunderte identifiziert.⁴⁵ So nennt Sandra Harding für die Soziologie eine unzulässige Verallgemeinerung traditionell männlicher Lebenswelten für alle Menschen und auch eine männlich geprägte Begriffsstruktur – z. B. die Dichotomie von „Arbeit" und „Freizeit", die auf (lange Zeit vorwiegend weibliche) Lebenszusammenhänge mit Hausarbeit und Kindererziehung nicht so eindeutig anzuwenden ist (Harding 1990:91 ff.).⁴⁶ Londa Schiebinger argumentiert ebenfalls mit Beispielen für Auswirkungen des Geschlechts in der Wissenschaft: so bestimme es u. a. Prioritätensetzungen, die Organisation wissenschaftlicher Strukturen, die Sprache als Medium und schließlich die Kriterien dessen, was überhaupt als Wissenschaft gilt (Schiebinger 2000:248-253)⁴⁷.

Auch andere Wissenschaftler/innen erforschen den Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen Ergebnissen und der Stellung der Forschenden in der Welt, z. B. der Zuordnung zu einer ethnischen Gruppe. So kritisiert Karam Khella (1999:89f.) u.a. die „geschlossenen hermeneutischen Zirkel" einer eurozentristischen Wissenschaft, durch die sie unfähig sei, zu einem komplexen und dynamischen Weltbild zu kommen. Edward Said fasst die Problematik folgendermaßen zusammen:

„What I am interested in doing now is suggesting how the general liberal consensus that 'true' knowledge is fundamentally non-political (and, conversely, that overtly political knowledge is not 'true' knowledge) obscures the highly if obscurely organized political circumstances obtaining when knowledge is produced.“(Said 1978:10)

Für die Relevanz von Macht bei der Wissensproduktion lassen sich viele aktuelle Beispiele finden. So urteilt Cristina Besio (2009:406), dass die Netzwerke einzelner Forscher/innen Projekteigenschaften und damit z. B. Arbeitsweise und Mittel der Forschung beeinflussen. Stefan Schmitt (2013:43) erwähnt aktuelle Kritik, die (z. T. versuchte) Einflussnahme von Politik und Verbänden auf Forschungsergebnisse (hier des IPCC) moniert und die Bedeutung von Forscherpersönlichkeiten hervorhebt.

45 Selbstkritisch muss ich sagen, dass auch diese Arbeit vorwiegend männliche, westlich geprägte Autoren berücksichtigt – dies ist unbefriedigend (vgl. dazu Kharam Khella 1999). Ich habe daher zumindest versucht, die Autorinnen durch Nennung ihrer vollen Namen im Text sichtbar zu machen.

46 Gerade an diesem Beispiel lässt sich gut sehen, dass Wissenschaft nicht im leeren Raum existiert. Denn diese Dichotomie hat weitreichende und existenzielle Folgen, indem sie z. B. politische Entscheidungen zu staatlicher Existenzsicherung beeinflusst (vgl. Harding 1990:92f.). So sind in Deutschland Erwerbstätige sozial besser abgesichert als Menschen, die Familienarbeit geleistet haben (BUND und Brot für die Welt 2008:263).

47 Barbara Holland-Cunz (2005:120f.) berichtet von Studien, die Ausschlussmechanismen der Wissenschaft dokumentieren. Sie zitiert als eine der daraus gezogenen und an Pierre Bourdieu anknüpfenden Schlussfolgerungen die Empfehlung, den „Glauben an die wissenschaftliche Persönlichkeit" zu dekonstruieren und so die Wissenschaft durch eine symbolische Revolution zu verändern (Holland-Cunz 2005:121).

Schließlich sollte jedoch ein wichtiger Einwand gegen die erwähnte Kritik am Objektivitätspostulat nicht vergessen werden: die Warnung vor einem Relativismus in der Wissenschaft. Er wird auch von den Kritiker/innen selbst diskutiert. So hält Harding (1990:146) einen Rückzug auf die subjektivistische Annahme, „keine wertbezogene Forschung könne objektiv sein und von daher seien alle Forschungsrichtungen gleichermaßen begründbar“ nicht für sinnvoll.

2.3.2 Positionen aus der Zukunftsforschung

Wie geht nun die Zukunftsforschung – als eine Disziplin, die noch um Anerkennung bemüht ist – mit Herausforderungen und Wertfreiheitspostulaten um, auf die auch andere Wissenschaften keine endgültige Antwort haben? Es scheint diesbezüglich noch keine Einigung zu geben, ich möchte daher einige interessante Positionen aus der deutschen und internationalen Zukunftsforschung vorstellen und ggf. mit der bereits genannten Kritik an der Wissenschaft verknüpfen.

Popp vertritt generell ein (str)enges Verständnis von Zukunftsforschung und beklagt den fehlenden wissenschaftstheoretischen Diskurs (Popp 2012:16). Er spricht sich für eine grundsätzliche Trennung zwischen dem Forschungsanteil und dem Praxisanteil aus (Popp 2012:8). Gerade partizipatives Arbeiten könne sich nur als Forschung bezeichnen, wenn eine Verknüpfung mit den Diskursen der Handlungsforschung bestünde und ein nachvollziehbarer Bezug zur scientific community gegeben wäre (Popp 2012:10). Er kritisiert, dass die Ergebnisse unternehmensinterner Forschung meist nicht veröffentlicht würden und so eine „kritische Auseinandersetzung mit den Prozessen und Produkten von Corporate Foresight“ (Popp 2012:9) nicht möglich sei. Die in Deutschland sehr häufig in der Privatwirtschaft stattfindende Zukunftsforschung wird auch von Schüll (2006:97) als normativ und intransparent beurteilt.

Gleichzeitig ist auch für Popp (2012:20) die Person des Forschenden keineswegs irrelevant, schon allein aufgrund der jeweils disziplinären Ausbildung. Er regt zudem an, besser zu erforschen, wie die eigenen Zukunftsängste der Forschenden ihre Arbeit beeinflussen. Dabei seien Überlegungen von Devereux nützlich, der die „Austreibung [des] subjektiven Faktors aus der Wissenschaft und die zwanghafte Herstellung von quasi objektiven Forschungssettings [...] als neurotischen Versuch der Angstabwehr“ betrachte (Popp 2012:16f., Hervorhebungen im Original). Popp verweist zudem auf Habermas, laut dem die forschungsmethodische Relevanz der Selbstreflexion in fast allen Wissenschaften unterschätzt werde (Popp 2012:16, vgl. Habermas 2008:255ff.).

An anderer Stelle wird auf die Kulturgebundenheit von wünschbaren Zukünften (Gerhard de Haan 2000:180), Zukunftsforscher/innen selbst (Edgar Göll 2009:349f.) und ihren Annahmen (Tiberius 2011:108) hingewiesen. Die Zukunftsforschung müsse daher laut Göll (2009:345) „per se interkulturell“ sein, da es bei ihr gerade darum gehe, „„Anderes“ für möglich zu halten“ (Göll 2009:352).

Von den deutschsprachigen Zukunftsforschern [sic] bisher wenig explizit behandelt wird die Präsenz von weiblichen Perspektiven, sei es als Forscher/innen oder als Forschungsgegenstand, in der Zukunftsforschung.⁴⁸

48 Diesen Schluss ziehe ich u.a. aus der überproportionalen Präsenz männlicher Autoren in den Literaturlisten der deutschsprachigen Zukunftsforschung (vgl. Steinmüller 1997, Schüll 2006). Als ein

Elmar Schüll (2009:233f.) warnt in seinen umfassenden Ausführungen zu den unterschiedlichen Forschungslogiken explorativer und normativer Zukunftsforschung⁴⁹ vor einer unreflektierten Vermischung, v.a. da dadurch die Ergebnisoffenheit explorativer Studien gefährdet sei. Er sieht bei explorativen Fallstudien die Zukunftsforscher als „wertneutral Suchend[e]“ bzw. bei explorativ-partizipativen Fallstudien als „wertneutral[e], die wissenschaftliche Fundierung sicherstellend[e] Begleiter oder Initiator[en]“ (Schüll 2009:226). In der normativen Zukunftsforschung sei die Rolle des Forschenden in Projekten dagegen „die eines Grenzgängers, der sowohl praktischen als auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügen muss“, außerhalb von Projekten die des „wertend Suchenden“ (Schüll 2009:228). Schüll (2009:228f.) sieht hier durchaus Konfliktpotenzial, denn der Zukunftsforschung sei eine „Nähe zur Normativität“ inhärent: sie finde oft im Rahmen von Zukunftsgestaltungsprozessen wertegeleiteter Akteure statt, die viel Energie auf den für sie hochinteressanten Raum der Zukunft verwendeten; und sie könne sich insgesamt kaum von einem Verwertungszusammenhang lösen (vgl. auch Schüll 2009:225: „Zukunft ist immer die Zukunft von etwas“). Eine Kombination explorativer und normativer Ansätze hält Schüll (2009:233) – bis auf die Einschränkung der „Offenheit für [...] Neuland“ – für möglich und sinnvoll, solange eine Distanzierung von der Perspektive der Auftraggeber (2009:229) und ein gezieltes Reflektieren der Nähe zu wertenden Kontexten erfolge. Schüll (2009:230ff.) sieht (wie oben Schurz) die Rolle von Werten in den dem Forschungsprozess vorgelagerten Phasen als unproblematisch, solange diese explizit reflektiert würden.

Ähnlich ist das Fazit von Wendell Bell, der in Bezug auf die Zukunftsforschung grundlegend sagt::

„Science, of course, like any other human activity does not exist in a social vacuum. It is a part of the larger society within which it takes place and the members of its various communities, *both social and natural scientists*, are also members of families, neighborhoods, towns and cities, and nations and states. Thus, science is partly shaped by the larger currents of belief and change in its social environment [Hervorhebung der Autorin].“ (Bell 1997a:191)

Dem könne Wissenschaft nur durch eine Explizierung der Werte, auf denen sie und damit ihre Ergebnisse gründet und mit denen sie in einer Wechselbeziehung steht, begegnen:

„In any event, today there is precious little value-free science and few, if any, science-free values. All ethical arguments directly or indirectly relate to some more or less accurate common knowledge of the day – and today that knowledge is infused with science. Thus, the task is to make such knowledge explicit, open to critical social deliberation, and as sound as possible. For no one’s value judgements are better than another’s except insofar as the reasons for them are better grounded in logic, scientific theory, or empirical fact.“ (Bell 1997b:111)

Was das Reflektieren von Werten und die Forschung allgemein angeht, zeigt allerdings Hideg (2002:289) das Problem auf, dass die Zukunftsforschung allzu sehr davon ausgehe, Menschen

Ansatz für die Beschäftigung mit weiblichen Perspektiven als Forschungsgegenstand kann eventuell das Projekt „Wunschforschung“ am Institut Futur gelten (Gerhard de Haan in ntv 2011).

49 In Kapitel 2.3 werden Beispiele für die unterschiedlichen Typen von Studien genannt.

würden rationale Entscheidungen treffen. Das tun sie erwiesenermaßen nicht⁵⁰. Bell (1997a:201) zeigt, dass die Person der Forschenden, ob man nun Werte oder „Rationalität“ als ihre Entscheidungsbasis annimmt⁵¹, in ihrem Einfluss auf die Zukunftsforschung nicht vernachlässigt werden darf.

Dennoch dürfe Forschung laut Bell nicht relativistisch argumentieren, es dürfe nicht nur „a multitude of competing fictions“ statt Wissen geben (Weimer in Bell 1997a:203), denn – und Bell gibt einige sehr eindrückliche Beispiele für die existenziellen Folgen von (fehlerhafter oder manipulativer) Wissensproduktion – „distortions of the truth matter“ (Bell 1997a:216ff.).

Laut Kreibich (2008:10f.) muss sich die Zukunftsforschung zwar an allen einschlägigen Qualitätskriterien der Wissenschaft messen lassen, ihre Besonderheit liege aber dennoch in der Nutzung kreativer, normativer und spekulativer Elemente und einer holistischen Vorgehensweise. In der Zukunftsforschung würden „alte Leitbilder, Theorien und Daten unbekümmerter als in anderen Wissenschaften relativiert oder aufgegeben“ und die direkte oder indirekte Einbindung von „Betroffenen und Beteiligten, [...] Entscheidern und Akteuren“ sei eines ihrer besonderen Merkmale (Kreibich 2008:11). Auch Kreibich (2008:17f.) trennt zwischen explorativem, normativem und partizipativem Vorgehen und fordert eine Explikation der Prämissen und Randbedingungen.

Als Beispiel für eine Explizitmachung von Werten (aber auch die Frage nach der von Schüll problematisierten „Offenheit für Neuland“ aufwerfend) sei die Selbstreflexion deutscher Forschungsinstitute auf ihren Homepages genannt⁵²:

„Wichtige Zielorientierungen unserer Forschungsarbeiten und unserer Bemühungen um eine langfristig zukunftsorientierte Gestaltung von Technik, Wirtschaft und Politik bilden die Leitperspektiven der Nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität.“ (IZT 2013)

„Alle Forschungsvorhaben und Projekte am Institut Futur fühlen sich dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet und sehen ihre zentrale Aufgabe darin, durch wissenschaftliche Tätigkeit zu einer Gesellschaft beizutragen, die allen Menschen ein gutes, selbstbestimmtes Leben ermöglicht.“ (Institut Futur 2013)

„Das Wuppertal-Institut erforscht und entwickelt Leitbilder, Strategien und Instrumente für Übergänge zu einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.“ (Wuppertal-Institut 2013)

Einer der jungen Denker in der Zukunftsforschung mit internationaler Perspektive ist Tuomo Kuosa, der in diesem Kontext eher deskriptiv als präskriptiv arbeitet. Er ordnet den Umgang mit Werten in die einander ablösenden Paradigmen⁵³ der Zukunftsforschung und innerhalb dieser in

50 So weisen sowohl Daniel Kahneman (2012:270ff.) als auch Richard Thaler und Cass Sunstein (2008:118f.) darauf hin, wie stark Entscheidungen durch Emotionen beeinflusst werden.

51 Ganz zu schweigen davon, ob dies überhaupt zwei Gegensätze sind.

52 Falls meine eigene Wertereflexion aus dem Inhalt der Arbeit noch nicht klar geworden ist: ich würde mich selbst als wachstumskritisch und feministisch einordnen, muss aber sicherlich kritisch mit meinem Eurozentrismus umgehen.

53 Dies folgt einem die Wissenschaftstheorie revolutionierenden Ansatz von Kuhn, nach dem in der Wissenschaftsgeschichte unterschiedliche Paradigmen (d.h. Netzwerke von Regeln und Weltanschauungen)

unterschiedliche Schulen⁵⁴ ein. Zum gegenwärtig geltenden, zweiten Paradigma gehöre zumindest in bestimmten Bereichen ein reflektierter Umgang mit Neutralitätsbestrebungen:

„Third, futures research is value-rational, unlike normal sciences. It takes its stance on different alternatives and describes its own desired futures images, instead of aiming to value neutralism. It attempts to explicate the possible prospects and consequences of different decisions in order to question or promote certain values or procedures. It claims that even values can be rationally discussed and studied. Yet, control based foresight and technological assessment, as the other rival macro-level branch of futures studies, tend not to be so value-rational.“ (Kuosa 2011:331)

Seiner Ansicht nach beinhaltet das dritte, sich gerade entwickelnde Paradigma der Zukunftsforschung die Diskussion der Forscher/innen über bisherige Verirrungen, zu welchen neben dem westlich geprägten Streben nach Kontrolle auch der Versuch gehöre, durch das Ausschalten von Voreingenommenheit zu Objektivität zu gelangen (Kuosa 2011:334, vgl. Khella 1999:79f.).

2.4 Methoden in der Zukunftsforschung

Lässt sich Zukunftsforschung an ihren Methoden erkennen? Diese Frage ist in der Forschungsgemeinde umstritten (vgl. Roy Amara 1991:647). Oft werden sogenannte „Toolkoffer“ im Sinne von eigenständigen Methodenrepertoires (Schwarz bei Popp 2012:21) zusammengestellt und Methoden nach ihrem jeweiligen Anwendungsbereich klassifiziert (vgl. Steinmüller 1997, Jerome Glenn 2003). Auch Kreibich (2008:10) gesteht der Zukunftsforschung „einen spezifischen Methodenkanon“ zu. Popp vertritt dagegen die Ansicht, die Zukunftsforschung verfüge nicht über eigene Methoden. Zum einen stammen ihre Methoden aus anderen Disziplinen (vgl. auch Steinmüller 1997:28), zum anderen dürfe sich ohnehin keine Wissenschaft exklusiv Methoden aneignen (Popp 2012:21f.).

Unabhängig davon, welcher Ansicht man sich anschließt oder ob man sich in der Mitte positioniert (wie Amara 1991:647, vgl. auch Gerhold 2012:171), müssen für eine Prüfung der wissenschaftlichen Arbeit einer Institution immer auch die dabei verwendeten Methoden geprüft werden. Eine solche Prüfung des Prinzips der „Wissenschaftlichkeit“ ist auch nach Gerhold et al. (2012:206) unerlässlich, um einen Unterschied zwischen Zukunftsforschung und anderen Akteuren, die sich mit Zukunft befassen zu machen. Der wenige Raum, den diese Arbeit den Methoden der Zukunftsforschung widmen kann, soll vor allem der Beleuchtung ihrer Forschungslogiken und

ten, in die wissenschaftliche Tätigkeit eingebunden sei) aufeinanderfolgend dominieren (Moser 1995:24ff.). Die Umsetzung dessen durch Kuosa (2011:331, aber auch andere Forscher/innen) beinhaltet das erste Paradigma der Zukunftsforschung (nach dem die Zukunft vorherbestimmt und nur bestimmten, magisch befähigten Menschen zugänglich war), das zweite, aktuell dominierende Paradigma der Zukunftsforschung (nach dem die Zukunft offen ist und die Zukunftsforschung Wahrscheinliches und Wünschbares erforscht) und das sich gerade entwickelnde dritte Paradigma (das mehr Dynamik und Komplexität beinhaltet und versucht, alte Fehler und Vereinfachungen zu überwinden).

54 Im Englischen wird, mehr als im Deutschen, eine Unterscheidung zwischen „futures studies“ und „futures research“ vorgenommen (dazu auch Hideg 2002:283).

Grundprinzipien dienen.

Neben der sozialwissenschaftlichen Unterscheidung in quantitative und qualitative Methoden kategorisieren viele Autoren ihre Methodenaufstellungen mit Hilfe der Begriffe explorativ, normativ und partizipativ.⁵⁵ Insbesondere die ersten beiden dürfen jedoch nicht als einander ausschließende Gegensätze verstanden werden, sondern sind für die Forscher/innen mit unterschiedlichen „Forschungslogiken und Spielregeln“ verbunden, die durchgängig reflektiert werden sollen (Schüll 2009:224f.).

Durch exploratives Vorgehen wird versucht, zukunftsorientiert neues Wissen über wahrscheinliche und mögliche Ereignisse, Entwicklungen oder Zusammenhänge zu gewinnen. Dabei streben die Forscher/innen eine Distanz zum Forschungsgegenstand an und nutzen quantitative und qualitative Methoden (Kreibich 2006:11, Schüll 2009:225). Dagegen orientiert sich normatives Vorgehen an Wünschen und Zielvorstellungen, die auf Werten basieren. Diese Soll-Annahmen sind gleichzeitig Grundlage, aber auch Analysegegenstand normativer Zukunftsstudien, die häufig auch die dafür notwendigen Maßnahmen zu erarbeiten versuchen (Schüll 2009:227).

Partizipative Zukunftsforschung schließlich beruht auf der Teilnahme von thematisch Betroffenen. Dies wird von zwei unterschiedlichen Richtungen begründet: die partizipativ-transdisziplinäre⁵⁶ Richtung bezieht außerwissenschaftliche Akteure mit ein, da diese über spezifisches Wissen, v.a. Handlungs- und Verfahrenswissen, verfügen und so das Ergebnis der Studie verbessern (vgl. Popp 2009:133). Die partizipativ-aktivistische Richtung mit Robert Jungk als einem Hauptvertreter dagegen bindet außerwissenschaftliche Akteure ein, weil sie es als ethisch geboten ansieht – das Schlagwort ist hier, Betroffene zu Beteiligten zu machen (Tiberius 2011:106).

Normativen und partizipativen Methoden werden häufig in der Gefahr gesehen, Forschungs- und Gestaltungs- bzw. Praxisaspekte zu vermischen (so bei Popp 2012:8ff.). Bisweilen wird ihnen gar die Klassifikation als Forschung abgesprochen (so bei Popp 2012:10), sofern es sich z. B. bei partizipativen Methoden nicht um Handlungsforschung⁵⁷ handle (Popp 2009:136). Dagegen zeigen Hannah Kosow und Robert Gaßner (Kosow/Gaßner 2008:24) am Beispiel von Szenarien auf, dass viele explorative Methoden implizit normativ sind, dies im Gegensatz zu explizit normativen Ansätzen jedoch nicht reflektieren. Die Dreier-Kategorisierung kann also kritisch gesehen werden (vgl. Tiberius 2011:60).

Ein erstes Grundprinzip v.a. explorativer Methoden ist die Nutzung von Expertenwissen. Expert/innen verfügen über Sachkenntnisse eines bestimmten Gebietes, insbesondere kennen sie idealerweise den aktuellen Forschungsstand. Problematisch ist ggf. ihre Auswahl, da große Me-

55 Für eine Reihe von Beispielen für Methodensystematisierung siehe Steinmüller (1997:30-40).

56 Beide Begriffsbildungen stammen in Ermangelung besserer oder bereits etablierter Termini von meiner Kommilitonin Josefa Kny und mir aus einem gemeinsamen Vortrag zu partizipativer Zukunftsforschung an der FU Berlin am 13.12.2011. Ich führe sie hier in der Hoffnung auf mehr terminologische Klarheit ein, da ich es für forschungsethisch geboten halte, die leitenden Motive hinter Forschungsansätzen in Termini zu explizieren.

57 Aus der Aktionsforschung der 1970er Jahre mit politisch-emanzipatorischem Anspruch hat sich die Praxisforschung entwickelt, bei der sich die Forscher an Kriterien qualitativer Forschung orientieren und sich ihrer Wirkung auf die Beforschten bewusst zu sein versuchen (vgl. Moser 1995:15f., 61f.).

dienpräsenz über ihre tatsächliche Sachkenntnis nicht immer viel aussagt (Popp 2012:13f.) und Repräsentativität in einer Expertenumfrage in kaum einer Hinsicht möglich ist (vgl. Kerstin Cuhls 2009:212f., Steinmüller 1997:76). Als ein weiteres Problem wird oft mangelnde Objektivität gesehen (vgl. Michael Häder 2009:94, siehe dazu Kapitel 2.3).

Eine besondere Rolle in der Zukunftsforschung spielen Expert/innen bei der Delphi-Methode. Hier werden vom Forschungsteam nach Recherchen zunächst relevante Themenbereiche identifiziert und daraus konkrete Fragen erarbeitet (Steinmüller 1997:76). In einer ersten Runde beantworten dann ausgewählte Expert/innen diese Fragen, ihre Antworten werden vom Forschungsteam ausgewertet und aufbereitet. In einer zweiten Runde, der „Rückkopplungsrunde“ beurteilen die Expert/innen dann die in Runde I anonymisiert zusammengestellten Antworten (Häder 2009:24). Aus ihren Antworten und der „Rückkopplung“ zieht das Forschungsteam Schlüsse. Qualitativ angelegte Delphis mit offenen Fragen dienen meist der Ideenaggregation, quantitativ angelegte mit geschlossenen Fragen der Findung eines Konsens (Häder 2009:36) – dies kann auch ein Konsens über einen Dissens sein, gerade dieser gilt als besonders wertvoll (Cuhls 2012:151). Gemischt wird beides, wenn es um die Bestimmung eines Sachverhalts (z. B. einer Vorhersage) oder von Expertenmeinungen geht (Häder 2009:36).⁵⁸ Studien belegen, dass die Delphistudien eigene Rückkopplung tatsächlich Umfrageergebnisse verbessert, die Methoden jedoch nach Zielen auszuwählen sind (Häder 2009:191ff., Cuhls 2012:150).

Ein anderes Grundprinzip in explorativen und normativen Vorgehensweisen ist die Einsicht in die Vernetztheit der Realität. Daraus und aus der Grundannahme einer offenen Zukunft (vgl. 2.1) ergibt sich die Erarbeitung von alternativen Zukünften statt einer Prognose. Beide Prinzipien liegen in der Zukunftsforschung der Szenario-Methodik⁵⁹ zugrunde. Bei dieser Methodik (die oft auch in partizipativ-transdisziplinärer Weise Auftraggeber/innen einbindet, vgl. Kosow/Gaßner 2008:15) werden die Faktoren, die ein bestimmtes Problem/Thema beeinflussen, gesammelt. Die darauffolgende Verknüpfung meist besonders wichtiger und unsicherer Schlüsselfaktoren soll der Vernetztheit der Realität Rechnung tragen und sie gleichzeitig annähernd bearbeitbar machen (vgl. Kosow/Gaßner 2008:15). Dabei werden unterschiedliche Ausprägungen von Schlüsselfaktoren informations- und diskussionsbasiert so miteinander verbunden, dass in sich konsistente Szenarien konstruiert und ggf. kreativ ausformuliert werden können (Steinmüller 1997:61ff., Kosow/Gaßner 2008:21). Diese enthalten nicht notwendig Aussagen zu ihrer jeweiligen Wahrscheinlichkeit, sondern sollen dabei helfen, sich auf unterschiedlichste Entwicklungsmöglichkeiten vorzubereiten (Glenn 2003:4).

Nicht zu unterschätzen ist das normativen Prozessen zugrundeliegende Prinzip der Visionen (vgl. Leitschuh et al. 2013:9f.). Diese spielen in Zukunftswerkstätten eine große Rolle. Hier werden

58 Häder nimmt in seinem Buch eine ausführliche Systematisierung und Bewertung von Delphis vor und nennt auch Beispiele für unterschiedliche Typen von Delphistudien (vgl. v.a. Häder 2009:30-37).

59 Die Begriffe Szenario-Methode, Szenario-Technik, Szenario-Prozess werden in der Zukunftsforschung nebeneinander verwendet (vgl. Steinmüller 1997:59), ich schließe mich mit dem Begriff „Szenario-Methodik“, der deutlich macht, dass es unterschiedlichste Methoden gibt, Kosow und Gaßner (2008) an.

die Teilnehmer/innen dazu angeregt, zu einem spezifischen Thema zunächst die aktuelle Situation zu kritisieren, dann kreativ Utopien und Visionen zur Problemlösung zu formulieren und in einer dritten Phase schließlich über eine realistische Umsetzung dieser Visionen zu reflektieren (Norbert R. Müllert 2009:270). Zukunftswerkstätten sind partizipativ angelegt, beziehen also Betroffene mit ein (Tiberius 2011:101). Ihr kleiner Rahmen macht sie leichter anwendbar als die ebenfalls ähnlich angelegten Zukunftskonferenzen, bei denen die angestrebte Repräsentativität eine große Zahl von Teilnehmer(gruppen) mit sich bringt (vgl. Kreibich 2008:11).

Der oben angesprochene Streit um die Methoden in der Zukunftsforschung wird nicht einfach zu lösen sein, denn selbstverständlich spielt methodenbasiertes Vorgehen für die Nachvollziehbarkeit und Transparenz und damit für die Wissenschaftlichkeit von Zukunftsforschung eine wichtige Rolle. Insbesondere sinnvolle Methodenkombinationen werden in der Zukunftsforschung empfohlen (Gerhold 2012:177f.). Mein Fazit dieses Kapitels ist jedoch, dass für eine Beurteilung zukunftsorientierter Aktivitäten die bewusste Arbeit auf der Basis der oben dargestellten Grundprinzipien mindestens ebenso wichtig ist wie die Auswahl spezifischer Methoden. Denn die Grundprinzipien repräsentieren die Reflexion über Zukunft.

3. Zwischenfazit: Was ist gute Zukunftsforschung?

In den bisherigen Kapiteln dieser Arbeit habe ich versucht, Grundlagen, Arbeitsweise und Leistungsfähigkeit von Zukunftsforschung zu betrachten. Das Ergebnis ist mein derzeitiges Verständnis davon, was gute, d. h. seriöse, wissenschaftliche und nützliche Zukunftsforschung ist.

Eine meiner ersten Schlussfolgerungen aus der Erarbeitung der obigen Kapitel ist, dass innerhalb und außerhalb der Zukunftsforschung der Wert des Diskurses zu preisen ist. Der Austausch vieler Stimmen und vieler Arten von Wissen sowie die Anknüpfung an den Erkenntnisbestand wissenschaftlicher Disziplinen ist eine wichtige Basis für wissenschaftliche Arbeiten. Nur so kann es außerdem zu Aushandlungen von Annahmen und zur Einigung auf Regeln kommen. Auf dieser Grundlage ausgehandelter Annahmen und Regeln operiert die Zukunftsforschung. Einige davon sind für sie konstitutiv – z. B. ergibt es nur dann Sinn, über Handlungsmöglichkeiten zu forschen, wenn man annimmt, dass die Zukunft offen und gestaltbar ist.

Meines Erachtens gehört jedoch zu den wichtigsten Forderungen an die Zukunftsforschung, eine kritische Haltung nicht nur den Annahmen anderer, sondern auch den eigenen Annahmen gegenüber zu pflegen. Nur so kann die Zukunftsforschung ihre Aufgabe erfüllen, bisher nicht erkannte Möglichkeitsräume sichtbar zu machen.

Wenn die Zukunftsforschung sich ihrer zweiten wichtigen Aufgabe widmet, indem sie nämlich bisher unerkannte Grenzen aufzeigt und so letztlich Orientierungswissen bereitstellt, muss sie gleichzeitig ihre Rezipient/innen ehrlich mit Unsicherheit konfrontieren: denn wirklich wissen kann niemand etwas über zukünftige Gegenwarten. Gleichzeitig ist alles, was man zu wissen glaubt, von der eigenen Position in der Welt und den eigenen Werten geprägt. Dies gilt, wie oben beschrieben, nicht nur für die Zukunftsforschung, sondern für Wissenschaft an sich. Allein der Wunsch, nützen zu wollen, ja sogar der bloße Wunsch nach Erkenntnis sind eine Wertentschei-

dung.

Dies anzuerkennen und Werte nicht zu verleugnen ist ein Anspruch, dem die Zukunftsforschung sich stellen sollte. Zukunftsforscher/innen sollten ihren Rezipient/innen also ihre eigene Person zumuten. Sie sollten mit ihrem Publikum in jeder Hinsicht anständig umgehen – dazu gehört auch, darüber Rechenschaft abzulegen, wie man an das präsentierte Wissen gelangt ist. Dabei zählen nicht nur Techniken: Zukunftsforschung sollte sich die Anerkennung in der Forschungsgemeinde meines Erachtens nicht nur über Methodenkataloge zu erarbeiten versuchen, sondern vielmehr anhand der bewussten und in Wissenschaft und Gesellschaft notwendigen, viele Perspektiven und Akteure vereinigenden Reflexion über Zukunft.

Die vielen kommunizierenden und kooperierenden Perspektiven sind ein weiteres Schlagwort. Schon die Gegenwart lässt sich aus vielerlei Blickwinkeln betrachten, um so mehr muss das für eine Zukunft mit vielen Menschen, die jetzt noch nicht leben, gelten. Es muss in der Zukunftsforschung daher auch darum gehen, viele Stimmen laut werden zu lassen und daher vielen Menschen den Zugang zu Wissen und zu Wissensproduktion zu gewähren. Letztere Forderung führt dieses Kapitel mit einem Lob des vielstimmigen Diskurses wieder an seinen Anfang.

Zusammengefasst möchte ich die oben gestellte Frage also so beantworten:

Was ist gute Zukunftsforschung?

Sie erarbeitet Orientierungswissen für die Zukunft, d.h. zeigt bisher unerkannte Grenzen und unerkannte Freiräume auf, mit dem Ziel, besseres Handeln als ohne Zukunftsforschung zu ermöglichen. Im Prozess des Erkenntnisgewinns gilt:

Sie reflektiert (eigene und fremde) Grundannahmen über Zukunft (z. B. „Ist sie determiniert oder offen?“).

Sie thematisiert Subjektivität inklusive Wertorientierungen, statt am Objektivitätspostulat zu scheitern.

Sie arbeitet nachvollziehbar, transparent und öffentlich (gute Zukunftsforschung muss gut kommuniziert werden).

Sie schließt kein Wissen von vornherein aus (d.h. arbeitet inter- und transdisziplinär) und thematisiert die Personen, die zu dem Wissen beigetragen haben.

4. Enquete-Kommissionen zwischen Politikberatung und Zukunftsforschung ?

In diesem Teil der Arbeit werden Enquete-Kommissionen im Kontext der Politikberatung⁶⁰ dargestellt und als potentielles Zukunftsforschungsprojekt überprüft. Dafür werden in Kapitel 4.1 die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft thematisiert. Die Relevanz dieser Analyse für Zukunftsforschung wird dann in Kapitel 4.2 gezeigt, unter anderem anhand eines Beispiels für Zukunftsforschung als Politikberatung, des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag. Kapitel 4.3 verortet Enquete-Kommissionen, ihre Rolle und Arbeitsweise in der politischen Landschaft der Bundesrepublik; Kapitel 4.4 behandelt ihr Potenzial als Zukunftsforschungsinstitutionen.

4.1 Modelle der Politikberatung

Laut Manfred G. Schmidt (2004b:539) bezeichnet Politikberatung „alle Institutionen und Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen verantwortlich Beteiligten, insb[esondere] die Entscheidungsträger, durch Bereitstellung und Bewertung von Informationen zu beraten.“ Schmidt diagnostiziert v.a. bei der wissenschaftlichen Politikberatung eine Arbeit im Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Welten⁶¹ Wissenschaft und Politik (Schmidt 2004b:540). In einer ersten, groben Unterscheidung lassen sich diesen beiden Welten verschiedene Antriebe zuordnen: Das Interesse der Politiker/innen ist die Macht (vgl. Weber 1999:19), die ihnen hilft, ihre eigenen Positionen durchzusetzen. Das Interesse der Wissenschaftler/innen dagegen bezieht sich auf die Wahrheit, nach der sie suchen (vgl. Altenhof 2002:55). Das schwierige Verhältnis von Wissenschaft und Politik lässt sich mit Hilfe dreier von Jürgen Habermas ausgeführter Modelle der Politikberatung analysieren.

Habermas (1969a:121f.) behandelt zunächst das dezisionistische Modell der Politikberatung⁶², das er auf Max Weber zurückführt. In seinem Vortrag „Politik als Beruf“ stellte Weber 1919 das unparteiische Handeln von (Fach)beamten dem auf Parteinahme und Leidenschaft gründenden Handeln politischer Führungspersönlichkeiten gegenüber (Weber 1999:41). Habermas beschreibt auf dieser Grundlage ein Modell, in dem das Fachwissen der Experten die rationale Wahl der (technischen) Mittel bestimmt, während die Politiker/innen praktische Entscheidungen treffen, die sich „in letzter Instanz [...] nicht rational begründen“ lassen, sondern auf Wertordnungen

60 Im Folgenden ist mit Politikberatung nicht kommunikative Politikberatung für z. B. Wahlkampfkampagnen gemeint, sondern stets wissenschaftliche Politikberatung, vgl. Manfred G. Schmidts (2004b:539f.) Dreiteilung der Gegenstände von Politikberatung.

61 Altenhof (2002:54f.) spricht in seiner einschlägigen Dissertation zu Enquete-Kommissionen von zwei *Welten* oder zwei *Kulturen* mit unterschiedlichen Funktionsmechanismen und Bezugspunkten. Petermann (2012:17) schreibt von zwei *Ethnien*. Niklas Luhmann bezeichnet Wissenschaft als ein *System* mit dem „Kommunikationsmedium“ Wahrheit (Luhmann 1992:273, vgl. Peter Strohschneider 2012:66).

62 Im Original verwendet Habermas zunächst nicht den Terminus *Politikberatung*, sondern spricht von den unterschiedlichen Modellen der „Bestimmung des Verhältnisses von Fachwissen und politischer Praxis“ (z. B. Habermas 1969:122).

beruhen (Habermas 1969a:121).

Beratung erfolgt in diesem Modell nicht kontinuierlich, sondern eher nach politischem Bedarf (Christian Metzger 1995:128f.,Altenhof 2002:60).Am Modell wird die Gefahr einer „politisierten Wissenschaft“, die schlechtestenfalls zur Rechtfertigung vorhandener Positionen mit Studien beauftragt wird⁶³, kritisiert (Thurid Hustedt et al. 2010:18, vgl. Ottmar Edenhofer 2013:61 und 64). Das dezisionistische Modell setzt die Möglichkeit einer strikten Trennung von Fachurteilen und Werturteilen voraus (Altenhof 2002:59).Allerdings ist, wie bereits in Kapitel 2.3 oben ausgeführt, die Wertfreiheit der Wissenschaft umstritten. Zudem sieht Habermas (1969a:127f.) in dem Modell keinen Raum für die Abstimmung einer demokratischen Öffentlichkeit über die Richtlinien der Entscheidungen.

Dem gegenüber stellt Habermas (1969a:122) das technokratische Modell der Politikberatung.⁶⁴ In diesem bestimmen über die Umsetzung von Wissen nicht politische Entscheidungen, sondern der von Fachleuten ermittelte Sachzwang des Wissens selbst. Politiker/innen würden so „zum Vollzugsorgan einer wissenschaftlichen Intelligenz“ (Habermas 1969a:122).Altenhof (2002:57f.) fasst dies als ein Verschwinden der Demokratie und den Übergang zu einer „Technokratie“ oder „Expertokratie“ zusammen. Dem Modell wohne eine Unterschätzung demokratischer Werte und politischer Prozesse bei einer völligen Überschätzung der Wissenschaft als Entdeckerin der „einzig wahre[n] Lösung“ inne (Altenhof 2002:57f., vgl. Peter Strohschneider 2012:72).

Einzig das pragmatistische Modell der Politikberatung bedarf laut Habermas (1969a:126f.) notwendig der Demokratie als Grundlage. Denn dieses Modell lebt von einer Wechselbeziehung und vom Dialog:

„Vielmehr scheint eine wechselseitige Kommunikation derart möglich und nötig zu sein, dass⁶⁵ einerseits wissenschaftliche Experten die Entscheidung fällenden Instanzen ‚beraten‘ und umgekehrt die Politiker die Wissenschaftler nach Bedürfnissen der Praxis ‚beauftragen‘. Dabei wird einerseits die Entwicklung neuer Techniken und Strategien aus einem explizit gemachten Horizont von Bedürfnissen und den geschichtlich bestimmten Interpretationen dieser Bedürfnisse, von Wertsystemen also, gesteuert; andererseits werden diese in Wertsystemen gespiegelten gesellschaftlichen Interessen ihrerseits durch Prüfung an technischen Möglichkeiten und strategischen Mitteln ihrer Befriedigung kontrolliert. So werden sie teil bestätigt, teils abgewiesen, werden sie artikuliert und neu formuliert oder aber ihres ideologisch verklärten und verpflichtenden Charakters entblößt.“ (Habermas

63 Strohschneider (2012:63) beklagt: „Für praktisch jede Position – und auch für jede Gegenposition – kann man sich eine „wissenschaftliche“ Begründung besorgen.“ Aktuelle Beispiele für diese Gefährdung des Wertes von Wissenschaft durch Politik, aber insbesondere große Unternehmen als Auftraggeber finden sich z. B. bei Kerstin Kohlenberg und Yassin Musharbash (2013:13ff.).

64 Habermas (1969a:122) schreibt diesem Modell vor dem Hintergrund der 1960er Jahre bereits wachsende Dominanz zu. Einiges spricht dafür, dass seine Bedeutung weiterhin hoch ist, so klagt Strohschneider 2012:67f.): „Es gibt nur noch wenige politische Bereiche, in denen ohne Berücksichtigung wissenschaftlichen Wissens Entscheidungen getroffen werden könnten. [...] Moralische Bewertungen des Guten oder Schlechten sowie normative Ordnungen des Ge- und Verbotenen werden vielfach für ersetzbar gehalten durch die Wahr-Falsch-Unterscheidungen der Wissenschaft.“

65 Ich habe dieses und weitere ältere Zitate behutsam an die neue Rechtschreibung angepasst, um nicht durch ständiges „sic“ den Lesefluss zu stören.

1969a:127)

Der Erfolg politischer Strategien bemisst sich daran, wie gut sie an die „Wertorientierungen einer gegebenen sozialen Lebenswelt“ anknüpfen – damit fußt der Dialog von Wissenschaft und Politik auf dem gegebenenfalls institutionalisierten Diskurs der Öffentlichkeit (Habermas 1969a:129). Habermas fordert eine öffentlichen Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Fragen, die von Wissenschaftler/innen in ihrer politischen Rolle als Staatsbürger angestoßen wird und einer demokratischen, mündigen Gesellschaft dient (Habermas 1969a:143f.).

Mit Hilfe der drei Modelle lässt sich zeigen, dass unterschiedliche Perspektiven auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik möglich sind.

Die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik sind also nicht automatisch klar definiert, sondern müssen immer wieder neu gezogen werden. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass beide Bereiche voneinander abhängig sind: vereinfacht gesagt suchen Politiker/innen bei der Wissenschaft Legitimation, Wissenschaftler/innen bei der Politik hingegen Zugang zu Ressourcen und Durchsetzung ihrer Deutungen (Strohschneider 2012:66).

Diese Sichtweise verdeutlicht auch, dass beide Seiten Eigeninteressen verfolgen – eine Kritik an den Modellen ist ihre Reduktion der Ziele beider Akteursseiten aufs Gemeinwohl (Martin Thunert 2004:394). Aber gerade im Rahmen des technokratischen Modells ist eine Wissenschaft mit großem Interesse an Macht und Einfluss vorstellbar (und insbesondere in einer Gegenwart der Finanzkrise und „alternativer“ politischer Entscheidungen tatsächlich relevant).⁶⁶ Damit darf stark bezweifelt werden, dass man der von Altenhof (2002:55) als idealtypisch handlungsleitend beschriebenen Aussage „Der Wissenschaftler fällt seine Entscheidung danach, was richtig und was falsch ist“ wörtlich folgen kann. Wenn eine angepasste Aussage lauten könnte „Wissenschaftler/innen fällen ihre Entscheidungen danach, was aus ihrer Sicht richtig und falsch ist“⁶⁷, ist diese Handlungs- und Entscheidungslogik nicht mehr weit von der des Politikers entfernt, der laut Altenhof (2002:55) eher ein Interesse daran hat „ob ein Lösungsansatz nützlich erscheint“ – nützlich, um „die eigenen politischen Positionen durchzusetzen“ (vgl. Thomas Petermann 2012:19). Auf der anderen Seite wird die „Verwissenschaftlichung der Politik“ (Habermas 1969a:120) insofern Realität, als Abgeordnete mit zunehmender Professionalisierung zu Experten in ihrem Fach-

66 Uwe Jean Heuser (2011:35) beklagt den Glauben, Fachleute könnten politische Probleme besser lösen als Berufspolitiker. Politische Entscheidungen wurden in den letzten Jahren häufig als „alternativlos“ mit Fachwissen begründet (Sandra Schulz 2009). Edenhofer (2013:64) liefert weitere Beispiele für „die Gefahr, dass die entscheidenden Aushandlungsprozesse in den vopolitischen [und damit vordemokratischen, Anm. der Autorin] Raum der Wissenschaft verlagert werden“.

67 Dies kann durchaus auch mit ihren Eigeninteressen wie Reputation und Folgeaufträgen zusammenhängen (Thunert 2004:394). Strohschneider betont den Einfluss von gesellschaftlichen Debatten auf die Wissenschaft: „Mit der gesellschaftlichen Konfliktaufladung von Problemen wächst die Vielstimmigkeit der Wissenschaft. Wenn es wirklich strittig wird, dann ist die Fiktion eines *politisch* friedensstiftenden *wissenschaftlichen* Konsenses allein noch durch die Zusammensetzung der Gutachtergruppen aufrechtzuerhalten – oder aber dadurch, dass der Wissenschaftsbegriff selbst hinreichend eng gefasst wird (also etwa als *science* [...]): Hilflöse Scheinlösungen so oder so!“ (Strohschneider 2012:72, Hervorhebungen im Original).

gebiet werden (Altenhof 2002:57, vgl. Michael Edinger 2009:209).⁶⁸

Es gibt daher die Ansicht, dass Habermas' drei Modelle und die These von der Unterschiedlichkeit der Handlungslogiken überholt seien. Aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit beider Sphären voneinander sei ein viertes Modell angebracht, das sogenannte rekursive Modell der Politikberatung von Peter Weingart (Hustedt et al. 2010:18). Da es in meiner Arbeit jedoch nur am Rande um Abhängigkeiten gehen soll und die Trennung zwischen Wissenschaft und Politik mit verschiedenen Handlungslogiken gerade in den Theoriewerken der Zukunftsforschung noch sehr präsent ist (vgl. Popp 2009:136), möchte ich auf dieses Modell hier nicht im Detail eingehen.

Vor dem Hintergrund, dass das in Politikberatung produzierte Wissen also von beiden Seiten durch Wertvorstellungen und materielle Interessen beeinflusst ist, hält Thunert die Aushandlungsprozesse des pragmatistischen Modells für die einzig realistische Variante der Politikberatung (Thunert 2004:394f.). Dennoch warnt Strohschneider (2012:70f.) vor einer allzu umstandslosen Verwischung beider Bereiche und argumentiert für eine grundsätzliche Anerkennung des Wertes von Dissens an Stelle des „Schleier[s] von nichttragfähigen Konsensfiktionen“:

„Insofern geht es um eine Anerkennung des Sachverhalts, dass Konfrontation im demokratischen Verfassungsstaat nicht Abweichung, sondern Regelfall politischer Auseinandersetzung ist [...] und dass es eine ihr übergeordnete Schlichtungsebene nicht gibt. Selbst nicht die Wissenschaft.“ (Strohschneider 2012:71)

Er warnt hinsichtlich des pragmatistischen Modells zwar vor einer „diskursethische[n] Überspielung der Differenzen von Wissenschafts- und Politiksystem“, sieht aber dennoch kontinuierliche und die Differenz thematisierende „Grenzverhandlungen“ als bestmögliche Lösung (Strohschneider 2012:73f., vgl. Barbara Holland-Cunz 2005:56).

4.2 Relevanz für die Zukunftsforschung

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Zukunftsforschung als Politikberatung und der Relevanz der oben dargestellten Modelle für die Zukunftsforschung. Abschließend wird das Verhältnis zwischen Fachwissen und politischer Praxis noch einmal an einem Beispiel aus der Technikfolgenabschätzung gezeigt.⁶⁹

68 Dabei darf nicht unterschätzt werden, dass dieses Einarbeiten in ein Fachgebiet durch Zeitmangel und schnell voranschreitende Entwicklungen immer schwieriger wird, sodass viele Politiker sich auf Wissenschaftler verlassen können wollen. Dies gibt Raum für Lobbyismus (so von einem Praktiker ausgeführt, Carsten Schneider 2012:59) und begünstigt das technokratische Modell.

69 Es gibt in der Forschungsgemeinde einen Diskurs über das Verhältnis von Technikfolgenabschätzung (TA) und Zukunftsforschung. Popp (2012:15f.) sieht sie als zwei verwandte Forschungsansätze mit bisher ungeklärten Schnittmengen. Zweck (2012:59) behandelt Technikfolgenabschätzung als eine „Perspektive“ oder „Säule“ der Zukunftsforschung, wobei letztere der übergeordnete Begriff ist, der TA mit Technologiefrüherkennung und Foresight integriert. In dieser Arbeit gehe ich davon aus, dass Zukunftsforschung mit TA Herangehensweisen und Grundannahmen teilt, jedoch v.a. über ihre Bearbeitung nicht technologiebezogener Fragestellungen mehr umfasst als nur Zwecks „drei Säulen“ (wie er selbst anspricht, vgl. Zweck 2012:73).

4.2.1 Zukunftsforschung und Politikberatung

Das sich verändernde Verhältnis des Staates zur Zukunftsforschung charakterisiert Christoph Zöpel durch den Übergang vom „hinterfragten Staat“ der 1980er Jahre (von dem z. B. die Kontrolle von Risikotechnologien erwartet wird) zum „fragenden Staat“, der Interesse an einer neuen Kommunikation mit der Wissenschaft und auch der Gesellschaft über Zukunftsgestaltung hat (Zöpel 1991:11ff.).

Petermann (2012:21ff.) verweist auf spezifische Probleme der politikberatenden Zukunftsforschung. Eines davon ist die Offenheit ihrer Aussagen: entgegen der Erwartung von Politiker/innen, von der Zukunftsforschung Sicherheit zu bekommen, ist das wissenschaftliche Wissen unsicher und nicht konsensual. Akzeptanz solcher Studien ist von der Politik nur zu erwarten, wenn diese über die Problematik und mangelnde Seriosität eindeutiger Prognosen und den Nutzen der strukturierenden Analysen der Zukunftsforschung aufgeklärt ist. Ein weiterer Konfliktbereich seien die unterschiedlichen Zeithorizonte, mit denen Politiker/innen und Wissenschaftler/innen operieren.

Alle drei Modelle der Politikberatung haben Überschneidungs- und Konfliktpunkte mit der Zukunftsforschung. So unterstellt beispielsweise das technokratische Modell einen „immanenten Zwang des technischen Fortschritts“ (Habermas 1969a:123), der durch andauernde Falsifizierung aus allen potenziellen Lösungsmöglichkeiten am Ende die eine, „richtige“ herausfinde (Altenhof 2002:57). Dies steht im Widerspruch zu Grundannahmen der Zukunftsforschung wie „Die Zukunft ist offen“ (vgl. 2.1 und 2.2). Auch Habermas verweist dagegen auf den Zusammenhang sozialer Wertorientierungen und technischer Entwicklungsschritte und sieht als Akteur hier die Zukunftsforschung:

„Die mit Forschungspolitik befassten Beratungsgremien veranlassen einen neuen Typus von interdisziplinär verflochtener Zukunftsforschung, die den immanenten Entwicklungsstand und die sozialen Voraussetzungen des technischen Fortschritts zusammen mit dem Bildungsniveau der Gesamtgesellschaft klären und insofern von naturwüchsigen Interessenlagen zunächst einmal abheben soll.“ (Habermas 1969a:135)

In Zwecks Warnung vor einer Gleichsetzung von Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung lässt sich eine Ablehnung des technokratischen Modells erkennen, in seinen darauffolgenden Ausführungen eine Einordnung der Aufgaben von Zukunftsforschung ins dezisionistische Modell (Zweck 2012:76). Das dezisionistische Modell wirft allerdings die oben angeführten Fragen nach einer Trennung von Wissenschaft und Werten auf, die in der Zukunftsforschung als sehr umkämpfte Disziplin (vgl. Schüll 2009:229) besonders schwierig ist.

Im pragmatistischen Modell besteht ein ständiger Bedarf an Übersetzung praktischer Fragen in wissenschaftliche Fragestellungen und umgekehrt; daher ist eine stetige Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Öffentlichkeit gefordert, die dem Rechnung trägt (Habermas 1969a:132ff. und 140ff.). Wenn Zukunft, wie von Grunwald und den critical futures studies (vgl. 2.2) verstanden, nur als sprachlich greifbare Zukunft in unserer gegenwärtigen Vorstellungskraft existiert, lässt sich diese Dauerkommunikation auch als stetiger Ver- und Abgleich von Zukunftsbildern begreifen.

4.2.2 Das Beispiel TAB

Eine Institution der Zukunftsforschung, an der sich konkret die Relevanz der unterschiedlichen Modelle der Politikberatung zeigen lässt, ist das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB).

Das Büro wurde 1990 nach einer über 15-jährigen Debatte⁷⁰ über die Institutionalisierung von Politikberatung gegründet. Das politische Steuerungsgremium ist der Ausschuss für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, betrieben wird das TAB vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das dafür in bestimmten Bereichen mit anderen Forschungsinstituten zusammenarbeitet (TAB 2013b). Das Büro analysiert die Chancen, Rahmenbedingungen und Auswirkungen neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen insbesondere in ihrem Frühstadium, zudem steht es im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren. Durch eine darauffolgende Auslotung der politischen Gestaltungsoptionen soll der Bundestag eine Informationsgrundlage für Entscheidungen erhalten (TAB 2013a). Der langjährige stellvertretende Leiter des TAB Thomas Petermann ordnet das TAB in das dezisionistische Modell der Politikberatung ein, da eine ausdrückliche Trennung zwischen dem nur mit Politiker/innen besetzten Steuerungsgremium (dem Ausschuss) und dem externen Forschungsinstitut von Anfang an gewünscht war, um „sowohl die Autonomie der Politik als auch die Unabhängigkeit der Wissenschaft zu gewährleisten“ (Petermann 2012:29f.). Allerdings werden die Studien des TAB mit dem Beratungsbedarf der Adressaten abgestimmt: nach Diskussionen zu Themenvorschlägen der Fraktionen und anderer Fachausschüsse obliegt die Entscheidung für ein Untersuchungsthema letztlich dem Ausschuss. Werteorientierungen, Problemwahrnehmungen und Zielvorstellungen (also letztlich auch Zukunftsbilder) spielen in Diskussion und Entscheidung eine Rolle (Petermann 2012:30f.). Dieser Aushandlungsprozess spricht mehr für das pragmatistische Modell der Politikberatung.

Für eine letztliche Einordnung in ein Modell spielen auch die handelnden Akteure und ihr Verhältnis zueinander eine Rolle. Ein Problem der kontinuierlichen und institutionalisierten Politikberatung, das auch auf das TAB zutrifft, ist die Asymmetrie der Beziehung zwischen Berater/innen und Politiker/innen. Petermann (2012:26f.) attestiert Expert/innen typischerweise eine „missionarische“ Haltung, da ihnen eine höhere Kompetenz zugeschrieben werde. Obwohl Politiker/innen letztlich die Entscheidungen trafen, nahmen sie diese Beratung dann oftmals als störenden, „fremdbestimmte[n] Prozess“ wahr. Beide Seiten kämpfen um die Deutungshoheit, sei es als Hüter der „Erkenntnis“ oder als Kenner des „wirklichen Lebens“ (vgl. Strohschneider 2012:65). Eine mögliche Art, mit diesem „Umstand konkurrierender Autoritäten“ umzugehen, ist es, offene Konfrontationen zu vermeiden (Petermann 2012:28).

Petermann weist auf die bisweilen „symbolische“ Nutzung der TAB-Studien hin, bei denen es um die langfristige Beeinflussung der Perspektive geht: „Beratung wirkt ohnehin oftmals erst zeitlich versetzt und kommt eher einem Sickerseffekt als einem kurzfristigen Ursache-Wirkungs-Mecha-

70 Dazu gehörte insbesondere auch eine Enquete-Kommission zu Technikfolgenabschätzung 1985, die in einem überraschend einstimmigen Bericht die Einrichtung einer permanenten Beratungsinstitution empfahl (Ismayr 2012:429).

nismus gleich" (Petermann 2012:32). Er argumentiert dafür, „dass der eigentliche Transport der Beratungsergebnisse in die Politik von Parlament und Exekutive durch deren Akteure erfolgt" (Petermann 2012:33). Während diese Beurteilung der geteilten Verantwortlichkeiten wieder auf das dezisionistische Modell verweist, ordnet Wolfgang Ismayr die Institution, auch mit zunehmend früherer Einbeziehung von Abgeordneten, ins pragmatistische Modell ein (Ismayr 2012:431 und 436). Trotz Strohschneiders Kritik an diesem Modell (vgl. 4.1.1.) spricht auch sein Urteil für diese Einordnung: Er sieht das TAB als einen Ort der institutionalisierten Aushandlung der Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft und damit als ein besonderes Instrument gegen eine Grenzverwischung (Strohschneider 2012:74f.).

4.3 Enquete-Kommissionen als Beratungsinstitutionen

Im Sinne eines Ausgleiches der beiden Gewalten Exekutive und Legislative⁷¹ unterstützen Enquete-Kommissionen⁷² ein Parlament⁷³ durch eigenständige, unabhängige Informationsbeschaffung zur Beratung und meist auch zur Vorbereitung der Gesetzgebung. Im Gegensatz zu Untersuchungsausschüssen, die sich mit Skandalen und Missständen befassen (Heyer/Liening 2004:9), sollten Enquete-Kommissionen den Bedarf nach allgemeiner Information zu Fachthemen erfüllen (Heiko Braß 1990:67). Enquete-Kommissionen sind seit 1969 (Schmidt 2004a:192) in Paragraph 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verankert, der „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe" (BT 2012) die Einsetzung einer Enquete-Kommission vorsieht.⁷⁴ Bisher gab es Enquete-Kommissionen zu 24 Themenkomplexen (Ismayr 2012:414). Enquete-Kommissionen sind insofern ein Ausdruck des parlamentarischen Minderheitenrechts, als der Bundestag auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ihrer Einsetzung zustimmen muss (Altenhof 2002:51).⁷⁵

Die Besonderheit einer Enquete-Kommission gegenüber anderen Gremien besteht darin, dass sie zur Hälfte mit Abgeordneten entsprechend der Stärke der Fraktionen im Bundestag und zur anderen Hälfte⁷⁶ mit externen Sachverständigen (größtenteils Wissenschaftler/innen)⁷⁷, die die

71 Der Gedanke dahinter ist, dass sich durch die Teilnahme aller Parteien an der Beratung der Informationsvorsprung der Regierung verkleinert (Braß 1990:66f., Thunert 2004:398).

72 Von frz. *enquête* Untersuchung, Erhebung (Schmidt 2004a:192).

73 Diese Arbeit befasst sich ausschließlich mit der Arbeit von Enquete-Kommissionen auf Bundesebene. Auf Ebene der Bundesländer gibt es darüber hinaus auch Enquete-Kommissionen (Altenhof 2002:19).

74 Rechtliche Grundlage der Kommissionen ist damit nicht unmittelbar das Grundgesetz. Laut Altenhof (2002:332) weist dies darauf hin, dass Enquete-Kommissionen als „stumpfe Waffe" zu werten sind. Diese Verankerung hat weitreichende Folgen, so sind beispielsweise Enquete-Kommissionen im Gegensatz zu Untersuchungsausschüssen nicht befugt, Auskunft von Behörden und Privaten durchzusetzen (Ismayr 2012:422). Allerdings sind die Enquete-Kommissionen finanziell durch Mittel des Bundestags im Haushaltsplan abgesichert (Metzger 1995:30f.).

75 Altenhof (2002:53) und Ismayr (2012:423) betonen allerdings, dass dies nur bei der Einsetzung eine Rolle spielt – im Verfahren gilt wieder das Mehrheitsprinzip.

76 Diese paritätische Verteilung ist eine Konvention (seit 1991 waren die Enquete-Kommissionen mit Ausnahme von zweien stets paritätisch, vgl. Ismayr 2012:417ff.), die ein Überstimmen der Parlamentarier verhindern soll.

77 Bei den Sachverständigen handelt es sich um vom öffentlichen Dienst unabhängige Expert/in-

Fraktionen entsenden, besetzt wird (Heyer/Liening 2004:11f.). Über die Anzahl und Benennung der sachverständigen Kommissionsmitglieder sollen sich die Fraktionen einigen, in der Praxis erfolgt ihre Benennung jedoch immer in Fraktionsstärke (Ismayr 1996:32). Faktisch zeigen die Fraktionen verstärkt Bemühungen, Sachverständige zu benennen, deren Argumentation die politische Position der Fraktion unterstützt – jedoch lassen sich Sachverständige nicht zwingend von diesen Positionen vereinnahmen (Ismayr 2012:420). Abgeordnete und sachverständige Kommissionsmitglieder haben in der Kommission grundsätzlich den gleichen Mitgliedsstatus (Ismayr 2009:38, Braß 1990:70).⁷⁸ Dennoch spricht das Urteil der Literatur (vgl. Braß 1990:70f., Altenhof 2002:336, Heyer/Liening 2004:14ff.) von einem faktisch ungleichen Kräfteverhältnis zugunsten der Parlamentarier/innen, das die Machtverhältnisse bewusst steuerbar halten soll.⁷⁹

Zu Beginn ihrer Arbeit legt die Kommission anhand des Einsetzungsbeschlusses ein Programm ihrer Arbeitsschritte fest (Heyer/Liening 2004:17). Dann nutzt die Kommission den internen Sachverstand der Kommissionsmitglieder zur Beantwortung ihrer Fragen. Unterstützt wird sie dabei u. a. vom Kommissionssekretariat (Metzger 1995:113f.). Hinzu kommt externer Sachverstand, der durch öffentliche und nichtöffentliche Anhörungen von „Sachverständigen, Interessenvertretern und sonstigen Auskunftspersonen, [so auch] von der Thematik Betroffenen“ (Heyer/Liening 2004:18) erlangt wird, aber auch über schriftliche Stellungnahmen, Gutachten und Forschungsaufträge (Metzger 1995:115ff.). Die gesammelten Informationen werden in den Sitzungen der Kommission diskutiert und beurteilt. Dies kann in Arbeitsgruppen geschehen, in denen jede Fraktion mit mindestens einem Mitglied vertreten sein muss (Heyer/Liening 2004:19f.).

Auf Grundlage der Ergebnisprotokolle der Sitzungen und auch von den Sachverständigen selbst verfasster Texte schreiben die Mitarbeiter/innen der Kommission Berichtsentwürfe, die dann nach erneuter Diskussion in der Kommission mit Mehrheitsbeschluss in einen Schlussbericht umgesetzt werden (Heyer/Liening 2004:20f.). Dieser Schlussbericht muss zu einem Zeitpunkt vorgelegt werden, der innerhalb der Legislaturperiode eine Aussprache im Bundestag ermöglicht (BT 2012). Aus den im Bericht erläuterten Arbeitsergebnissen werden meist konkrete Hand-

nen, die über Sachkenntnis, Erfahrung und Ansehen auf dem Aufgabenfeld der Kommission verfügen (Heyer/Liening 2004:12f.). Bisher kamen sie größtenteils aus der Wissenschaft (Altenhof 2002:184). Ihre Einbindung ermöglicht es laut Urteil von Altenhof (2002:341) der Enquete-Kommission, auf dem neuesten Stand der Forschung zu operieren.

78 Ausnahmen sind lediglich das exklusive Recht der Abgeordneten, Sitzungen zu leiten und an Delegationsreisen teilzunehmen (Heyer/Liening 2004:14).

79 Dies spiegelt sich z. B. in der Rolle der/des Kommissionsvorsitzenden. Den Vorsitz einer Enquete-Kommission erhält ein/e Abgeordnete/r, die/der von einer Fraktion benannt und von den anderen Mitgliedern gewählt wird und einen starken Einfluss auf die Arbeit der Kommission hat (Metzger 1995:29 und 135). Ständige Übung und pragmatische Erwägungen bestimmen, dass diese Position stets von Abgeordneten und nicht von Sachverständigen gefüllt wird (Braß 1990:71-74, Metzger 1995:29). In der ersten Enquete-Kommission, die in einer Legislaturperiode eingesetzt wird, ist dies ein/e Abgeordnete/r der stärksten Fraktion, in weiteren eingesetzten Kommissionen kommen Abgeordnete der anderen Fraktionen (nach Stärke geordnet) an die Reihe (Heyer/Liening 2004:14). So erhielt in der ersten vom 17. BT eingesetzten Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ die CDU den Vorsitz, in der zweiten, der Wohlstandsenquete, dann die SPD. Bisher wurde der Vorsitz ausschließlich an die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD vergeben (Ismayr 2012:418f.). Diese Vergabepaxis wird von den Parteien durchaus strategisch genutzt (Altenhof 2002:335).

lungsempfehlungen, zuweilen aber auch verschiedene Handlungsoptionen als Arbeitsgrundlage für den Bundestag destilliert (Altenhof 2002:339). Eine Besonderheit dieses Schlussberichts ist die Möglichkeit von Minderheiten- oder Sondervoten: obwohl Empfehlungen des Berichts, die durch die Kommissionsmehrheit unterstützt werden, größeres politisches Gewicht erhalten und somit Konsens angestrebt wird, können Kommissionsmitglieder abweichende Auffassungen zum ganzen Bericht oder einzelnen Teilen anfügen.⁸⁰ Dies dient der umfassenden Information des Bundestags als Auftraggeber zur Entscheidungsvorbereitung gerade bei komplexen und umstrittenen Themen (Heyer/Liening 2004:22)⁸¹.

Der Bericht wird sodann der/dem Bundestagspräsidentin/en überreicht und als Bundestagsdrucksache veröffentlicht. Nach einer Aussprache im Plenum wird der Bericht dann entweder nur zur Kenntnis genommen oder an die zuständigen Fachausschüsse weitergeleitet (Altenhof 2002:341).

Es gibt unterschiedliche Ansichten zur Bewertung der Wirkungen von Enquete-Kommissionen. Ihre Empfehlungen werden selten direkt umgesetzt (Altenhof 2002:341). Laut Heyer und Liening (2004:23) wirke jedoch manche Enquete-Kommission „weit in die Zukunft hinein“, da der Bundestag ihre Empfehlungen in folgenden Legislaturperioden wieder aufgreife. Wolfgang Hoffmann-Riem (1988:81) dagegen sieht die von ihm unterstützte Enquete-Kommission als „Schleichweg zur Nicht-Entscheidung“, da sie nicht auf aktive politische Gestaltung hinauslief. Ismayr (2009:38) schreibt ihnen eine nicht gering zu schätzende „kommunikative, bewusstseinsbildende Funktion“ und damit längerfristige Wirkungen auf Wissenschaft, Öffentlichkeit und Institutionen zu (2012:427f., vgl. auch Gerald Kretschmer 1983:265). Altenhof sieht sie an ihrem Arbeitsauftrag gemessen eher als „stumpfe Waffe“ (Altenhof 2002:331), v.a. da bei ihrer Themenwahl wirklich kontroverse Fragen von großer Tragweite stets ausgespart worden seien (Altenhof 2002:334).

Laut Altenhof bietet das technokratische Modell keine geeignete Perspektive für eine Enquete-Kommission, denn in diesem finde kaum noch Interaktion statt (Altenhof 2002:58).⁸²

Obwohl im dezisionistischen Modell keine kontinuierliche Beratung vorgesehen ist (vgl. Altenhof 2002:60) sieht Metzger (1995:129f.) in Enquete-Kommissionen dezisionistische Elemente, v.a. da die Empfehlungen der Enquete-Kommission rechtlich nicht direkt als Beschlussempfehlungen in den Bundestag eingehen. Ismayr sieht eine politische Vereinnahmung der Sachverständigen als Gefahr, da so wissenschaftliche Informationen nur noch zur Legitimation politischer Informationen diene (Ismayr 1996:37). Er beschreibt, dass sich eine Enquete-Kommission hauptsächlich zu

80 Sind wiederum andere Mitglieder der Kommission der Ansicht, dass der Inhalt des Sondervotums nicht zutreffe, können sie ihm eine sogenannte *Replik* hinzufügen (Heyer/Liening 2004:22).

81 Ein fruchtbarer Dissens statt einer „Front vereinbarter Meinungen“ wird von Abgeordneten z. T. explizit gewünscht (vgl. Lohmar in Petermann 1990:8, FN 2). Auch Ismayr (1996:39) ist der Ansicht, dass ein Scheinkonsens, der kontroverse Positionen verdeckt, dazu beiträgt, „den Erkenntnishorizont einzuengen sowie Gestaltungsalternativen auszublenden“.

82 Allerdings wird auch in Bezug auf Enquete-Kommissionen die Furcht vor der Expertendemokratie häufig ausgesprochen: einige Sachverständige missverstünden – zum Leidwesen der Abgeordneten – ihre Expertisen als verpflichtenden Auftrag an die Politik (Braß 1990:75f.). Hinsichtlich des oben behandelten Machtgefälles zugunsten der Abgeordneten ist dies wohl keine ernstzunehmende Befürchtung – zumindest nicht in einer Enquete-Kommission.

Beginn ihrer Arbeit der sachorientierten Informationssammlung widme. Je mehr dann Entscheidungen für oder gegen Berichtteile oder Handlungsempfehlungen fallen müssen, desto eher gehe es in den Kommunikationsprozessen um politische Positionen – und dies wiederum verstärkt in Wahlkampfzeiten (von Thienen nach Braß 1990:78, Ismayr 1996:39). Insgesamt sieht Ismayr (1996:32) allerdings in Enquete-Kommissionen eine deutliche Annäherung an das pragmatistische Modell der Politikberatung.

4.4 Enquete-Kommissionen und Zukunftsforschung

Gibt es Stimmen, die eine Einordnung von Enquete-Kommissionen als „Forschung“ oder gar „Zukunftsforschung“ vornehmen? Und in welchem Verhältnis stünde jede dieser beiden Einordnungen jeweils zu den drei Modellen der Politikberatung?

Obwohl die meisten Autoren Enquete-Kommissionen als politisches Gremium einordnen, kritisiert z. B. Altenhof die – von ihm so beurteilte – gelegentliche Aufgabenverfehlung gewisser Enquetes⁸³, indem sie nahezu Forschungsprojekte durchführten (vgl. z. B. Altenhof 2002:335,338,342). Metzger (1995:180f.) kritisiert ebenfalls, dass Enquete-Kommissionen an ihrer eigentlichen Aufgabe vorbei „die neuesten Forschungsergebnisse [...] sammeln oder erstellen [...] lassen“. Braß urteilt zwar für ein politisches Gremium:

„Die Dominanz der Abgeordneten führt in der Regel dazu, dass in der Interaktion die Problemlösungsstrategien der Wissenschaft oder die Erwartungen der Wissenschaftler nicht gegen den Willen der Abgeordneten durchsetzbar sind.“ (Braß 1990:74)

Er erkennt jedoch, dass auch die Sachverständigen mithilfe von Sondervoten ihrer Ansicht Gehör verschaffen (Braß 1990:74, vgl. Kretschmer 1983:267).

Enquete-Kommissionen werden feste Rahmenbedingungen ähnlich wie in einer Versuchsanordnung zugeschrieben (Braß 1990:76). Sprachbarrieren – exakte Fachtermini der Wissenschaft versus klar verständliche Positionierungsaussagen der Politiker/innen (vgl. Altenhof 2002:55) – sieht Hoffmann-Riem (1988:75) bereits vor über 20 Jahren als in Teilen überbrückt (vgl. dazu auch 5.3). Auch die Folgen von Enquete-Kommissionen in der Wissenschaft sind nicht zu unterschätzen: auf ihre Veröffentlichungen reagierten die jeweiligen Disziplinen deutlich und z. T. mit weiteren Publikationen, einige ihrer Materialien wurden gar zu grundlegender Literatur für bestimmte Themen (Altenhof 2002:342).

Die drei Modelle der Politikberatung haben gezeigt, dass das Verhältnis von Politik und Wissenschaft von der gewählten Perspektive abhängt. Zudem können Konkurrenz, Macht, Einfluss, aber auch erkenntnisorientierte Analyse der Realität für Wissenschaftler/innen und Politiker/innen wichtige Bezugspunkte darstellen (vgl. Metzger 1995:133f., Braß 1990:67). Diese verschwimmenden Handlungslogiken und „Grenzüberschreitungen“ sind in Enquete-Kommissionen besonders deutlich, da hier die Akteure in engem und lang andauerndem Kontakt stehen. Dieser sorgt al-

83 Er nennt hier zwei: die Enquete-Kommission „SED-Diktatur“ und die Enquete-Kommission „Erdatmosphäre“ (Altenhof 2002:338). Der Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages sah sich 1995 dazu gezwungen, eine Forschungsfunktion von Enquete-Kommissionen zu verneinen (Altenhof 2002:342).

lerdings auch für eine Balance, und viele Autoren ordnen daher die Enquete-Kommission in das pragmatistische Modell der Politikberatung ein. Dieses Modell wird gleichzeitig in der Literatur als sinnvoll betrachtet, da hier die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft und der jeweilige Einfluss stetig miteinander verhandelt werden können.

Ich will mir in dieser Arbeit nicht anmaßen, eine grundsätzliche Antwort auf die Frage zu geben, ob Enquete-Kommissionen nur Politikberatung oder unter Umständen (z. B. transdisziplinäre) Forschung betreiben. Wohl aber lassen sich einige Argumente zugunsten einer spezifischen Forschung, nämlich der Zukunftsforschung, finden – zunächst hinsichtlich Fragestellungen und Leistungsfähigkeit: Laut Ismayr befassen sich Enquete-Kommissionen ausdrücklich mit „längerfristigen Querschnittsproblemen“, der Erfassung „komplexe[r] Entwicklungen“ und der Erarbeitung „zukunftsgerichtete[r] Gestaltungsvorschläge“ (2012:414f.). Auch Göll (2004:75) sieht in Enquete-Kommissionen „wirksame temporäre Gremien für die Bearbeitung von Querschnitts- und Langfristfragen“. Altenhof urteilt lobend, dass Enquete-Kommissionen sich mit gesellschaftlich zukünftig relevanten Fragestellungen bereits frühzeitig auseinandergesetzt und so oftmals das öffentliche Problembewusstsein verstärkt hätten (Altenhof 2002:335).⁸⁴

Die interdisziplinäre Zukunftsforschung lebt von der gegenseitigen Bewusstmachung unterschiedlicher Wahrnehmung. Für Enquete-Kommissionen weist Kretschmer (1983:273, vgl. auch Metzger 1995:133) insbesondere auf Lerngewinn hinsichtlich der „Denkgewohnheiten [...] der anderen Mitgliedergruppen“ hin.

Die in Kapitel 2.4 aufgelisteten Methoden der Zukunftsforschung haben gezeigt, dass neben dem Einbeziehen von vielfältigem Fachwissen, der Einbindung von Beteiligten (s.o.) und dem dadurch verbesserten direkten Anwendungsbezug⁸⁵ auch das Erarbeiten von mehreren Alternativen in der Zukunftsforschung als anerkannt und erfolgreich gelten. Enquete-Kommissionen beschäftigen sich mit stark „vernetzte[n] Systemzusammenhänge[n]“, die eine Herausforderung für Sachverständige wie Abgeordnete darstellen (Ismayr 1996:38). Angesichts dieser Komplexität und Unsicherheit haben Enquete-Kommissionen, die Problematik von Prognosen anerkennend⁸⁶, auch schon szenarienartige Handlungsoptionen für die nächsten 50 Jahre erarbeitet (Ismayr 1996:38f.). Dies war allerdings laut Ismayr (1996:39) immer nur bei einer ergebnisoffenen Ausgangslage möglich.

Ein Vergleich der Enquete-Kommissionen mit dem TAB wäre eine längere Untersuchung wert, hier bleibt jedoch nur Raum für wenige kurze Feststellungen: Ähnlich wie das TAB behandeln

84 Dies gleicht möglicherweise Ismayrs Urteil aus, dass Enquete-Kommissionen dem Parlament nicht ermöglichen könnten, „frühzeitig die komplexen Folgen technischer Entwicklungen zu erkennen und beizeiten politische Handlungsoptionen zu entwickeln und umzusetzen“, da ihr befristeter Charakter langfristige Analysen erschwere (Ismayr 2012:428, Hervorhebung im Original).

85 Diese Anwendungsorientiertheit wird von Politiker/innen auch in Enquete-Kommissionen ausdrücklich gefordert (Braß 1990:75). Metzger erwähnt den unterschiedlichen Umgang mit Informationen durch Abgeordnete und Sachverständige (Metzger 1995:132f.).

86 Hier mag ein Lernprozess in Richtung der Zukunftsforschung statgefunden haben: Hoffmann-Riem (1988:75) warf den Politikern noch vor, unfähig zu sein, mit der Unsicherheit in Prognosen richtig umzugehen und sie stattdessen nach Gutdünken zu instrumentalisieren.

sie in Abstimmung mit dem Bedarf ihres Auftraggebers wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklungen. Sie versuchen, Gestaltungsoptionen zu erkunden und Empfehlungen zu geben, die jedoch, wie beim TAB, oftmals nur durch „Sickereffekte“ Wirkung zeigen. Der größte Unterschied zum TAB besteht darin, dass bei Enquete-Kommissionen nicht Distanz und formal streng getrennte Verantwortlichkeiten Programm sind, sondern Interaktion und Dialog auf annähernd gleicher Ebene. Diese größere Symmetrie der Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik (vgl. Petermann 2012:26f.) lässt Herrschaftskonflikte zwar nicht verschwinden, aber in Konfrontation explizit machen. Die Wahrnehmung von Politikberatung als Einmischung und Fremdbestimmung dürfte so deutlich geringer sein.

Eine besondere Qualität der Arbeit und Ergebnisse von Enquete-Kommissionen ergibt sich schließlich jedoch bei einer Betrachtung der drei Modelle der Politikberatung aus einer zukunfts-forscherischen Perspektive auf Wissen.

Wissen⁸⁷ ist nicht deshalb wahr, weil es mächtig (d.h. weit verbreitet und einflussreich) ist. Es ist allerdings auch nicht mächtig, weil es wahr ist – viele Forschungsergebnisse werden z. B. von der Politik erst nach langer Zeit des Ignorierens widergespiegelt.⁸⁸ Man kann nun an die drei Modelle der Politikberatung die zukunfts-forscherische Frage stellen, welche Forschungsergebnisse bzw. welche Aussagen eine Chance haben, von Politiker/innen umgesetzt zu werden (z. B. in konkrete Gesetze).

Im technokratischen Modell wäre die Annahme, dass diejenigen wissenschaftlichen Aussagen umgesetzt werden, die von der Wissenschaft als „wahr“ erkannt wurden (vgl. 4.1). Anders im dezi-sionistischen Modell: hier fiele Politiker/innen die letztgültige Entscheidung zu, welche Aussagen der Wissenschaft sie für eine Umsetzung auswählen. Sie orientieren sich bei dieser Entscheidung nicht unbedingt daran, ob diese Aussagen „wahr“ sind (Hustedt et al. 2010:17). Hinsichtlich des pragmatistischen Modells schließlich lässt sich annehmen, dass Politiker/innen – allerdings in en-gem Dialog mit Wissenschaftler/innen und der Öffentlichkeit – entscheiden, welche Aussagen umgesetzt werden sollen.

Das Besondere an einer Enquete-Kommission ist nun, dass ihr Schlussbericht Aufschluss über ähnlich ablaufende Prozesse im Rahmen eines anerkannt pragmatistischen Modells geben. Der Bericht zeugt damit nicht nur von einem klaren Dissens (vgl. 5.5), sondern liefert – so meine These – als Mehrwert Informationen darüber, welche wissenschaftlichen Aussagen bei welcher Regierungskonstellation (z. B. Schwarz-Gelb) größere Chancen auf Umsetzung haben. Denn der Abschlussbericht enthält eben nicht nur die von der Mehrheit gestützten Aussagen, sondern auch Aussagen, denen eine Minderheit zustimmt. Die Information zur Koppelung von Aussagen

87 Wissen verwende ich hier im Sinne von Aussagen, die wahr sind, geglaubt werden und nicht nur zufällig stimmen (vgl. Stöcker 2001:3 und 7ff.). Meine Arbeit kann die Themen Wissen und Wahr-heit leider nur anreißen, obwohl eine längere Diskussion hier nützlich wäre.

88 Ein Beispiel ist der Rebound-Effekt bei effizienzorientierter Arbeit, der in der Wohlstandsenquete mittlerweile anerkannt wird. Im Gegensatz zu Effizienz wird Suffizienz dagegen auch in den aktu-ellen Wahlprogrammen noch nicht ausführlich behandelt (von Jorck 2013a-e, vgl. 5.1).

an Fraktionen⁸⁹ wird von den beteiligten Politiker/innen selbst geliefert. Sie lassen sich in diesem Kontext nicht nur als zu Beratende betrachten, sondern auch als wissenschaftsexterne Akteure in einem transdisziplinären Forschungsdesign. Dieses Forschungsdesign lässt sich insofern als Zukunftsforschung einordnen, als es annähernde Antworten auf die oben gestellte Frage „Welches Wissen hat eine Chance auf politische Umsetzung?“ geben kann.⁹⁰ In Kapitel 5.5.3 werde ich diese These anhand eines konkreten Falls, der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, weiter untersuchen.

89 Die Frage, ob dieses Wissen denn nicht den jeweiligen Wahlprogrammen zu entnehmen ist, behandle ich in Kapitel 5.5.3.

90 Dies wäre in der Zukunftsforschung ein komplexer, akteurszentrierter Forschungsansatz. Es wäre sinnvoll, dafür politikwissenschaftliche Theorien und Modelle aus der Governanceanalyse zu rezipieren wie beispielsweise Harald Lasswells *policy cycle* (Volker von Prittwitz 2007:204f.) oder Theorien zum Agenda-setting.

5. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ als Institution der Zukunftsforschung?

Dieser Teil der Arbeit nimmt die Analyse der Wohlstandsenquete nach den Maßstäben eines Projekts der Zukunftsforschung vor. In Kapitel 5.1 wird dafür zunächst auf den Kontext der Enquete-Kommission, die Wachstumskritik, eingegangen. Kapitel 5.2 gibt dann einen Überblick über die Wohlstandsenquete, ihre Einsetzung, Zusammensetzung und Ergebnisse. Die folgenden Kapitel analysieren die Leistungsfähigkeit der Enquete aus Sicht der Zukunftsforschung: das Zukunftsverständnis der Mitglieder (5.3), die Arbeitsweise der Kommission (5.4) und schließlich die Probleme und Chancen hinsichtlich ihrer (Nicht-)Objektivität (5.5).

5.1 Der Kontext einer selbstreflexiven Wachstumskritik

Die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ lässt sich in den Kontext der reflexiven oder Zweiten Moderne einordnen. Dieser von Ulrich Beck geprägte Begriff verweist auf den Übergang in eine „Risikogesellschaft“, innerhalb derer die wissenschaftlich-technische Modernisierung reflexiv, d.h. „sich selbst zum Thema und Problem“ (Beck 1986:26) werde. Die moderne Gesellschaft und Wissenschaft werde mit den von ihr selbst geschaffenen und nun unausweichlichen (da verselbständigten) Risiken konfrontiert (Ute Volkmann 2007:24f.). Erst wenn sich die Wissenschaft mit den von ihr mit verursachten latenten Modernisierungsprozessen beschäftige, erst wenn gesellschaftliche, durch Wissen mündige Akteure⁹¹ öffentliche Kritik anstoßen, komme es zu einer Politisierung der Bürger/innen als einziger Chance (Volkmann 2007:25 und 38f.).

Als einer dieser verselbständigten Modernisierungsprozesse kann die faktische oder so wahrgenommene Abhängigkeit der Gesellschaft vom Wirtschaftswachstum mit ihren ökologischen, politischen und gesellschaftlichen Folgen gelten (vgl. Irmi Seidl/Angelika Zahrnt 2010:24, Meinhard Miegel 2010:55ff.). Das Wirtschaftswachstum bezieht sich auf die Zunahme der im Bruttoinlandsprodukt monetär erfassten Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft (Seidl/Zahrnt 2010:24)⁹². In diese Wirtschaftsleistung geht beispielsweise industrielle Güterproduktion ein, ehrenamtliche oder Familienarbeit jedoch nicht (vgl. Barbara Muraca 2012:1f.). Die Bedeutung des Wachstums drückt sich z. B. im 1967 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus (StabG 1967).

Auf die Problematik des Wachstums wies mit großer Einschlagskraft 1972 der Bericht des Club of Rome „The Limits to Growth“ hin. In dieser Studie hatten Wissenschaftler/innen um Donella und Dennis Meadows versucht, mit Hilfe von Computersimulationen den Ressourcenverbrauch

91 Die Rede ist hier, verkürzt, davon, dass in einer Risikogesellschaft, in der eine ausdifferenzierte Wissenschaft keine eindeutige Antwort auf große Unsicherheiten geben kann, alle selbst zu Expert/innen werden müssen und so Akteure „mit Wissenschaft von Wissenschaft unabhängig“ werden (Beck 1986:287 – Hervorhebung im Original, Volkmann 2007:38).

92 Mit „Wachstum des BIP“ ist, genauer gesagt, keine absolute Zahl gemeint, sondern die Wachstumsrate in Prozent hinsichtlich des Vorjahres (Muraca 2012:1f.). Die scheinbar geringen Zahlen machen so nicht immer deutlich, dass auch geringe Zuwachsraten bei einem hohen BIP sehr hohe absolute Zuwächse bedeuten (Seidl/Zahrnt 2010:24).

der kommenden Jahrzehnte zu modellieren (Tim Jackson 2009:7f.). Ihr Fazit:

„If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production, and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within the next one hundred years.“ (Meadows et al. 1973:23)⁹³

Wachstumskritik überschneidet sich – kann jedoch nicht gleichgesetzt werden⁹⁴ – mit dem Streben nach Nachhaltigkeit, das seit Ende der 1980er Jahre und v.a durch die Konferenz von Rio de Janeiro 1992 auch ein politischer Schlüsselbegriff ist (Göll 2004:69)⁹⁵. Anlass für Wachstumskritik bietet aktuell die 2007 einsetzende Finanz-, Banken-, Wirtschafts- und mittlerweile Staatsschuldenkrise, zu deren entscheidenden Ursachen laut Jackson (2009:30) das Wachstumsstreben gehört. Im Folgenden sollen kurz einige der wichtigsten Argumente von Wachstumsbefürworter/innen und -kritiker/innen behandelt werden.

Wachstum wird in modernen Volkswirtschaften u. a. deshalb für zwingend gehalten, da es ein dem kapitalistischen System inhärentes Prinzip ist: nur bei Hoffnung auf Gewinn werde investiert, daher werden für Geldverleih Zinsen verlangt (vgl. Seidl/Zahrnt 2010:24). Von Wachstum hängen so ferner auch soziale Sicherungssysteme ab (vgl. Hans Holzinger 2010:30f.). Diesem Argument begegnen Wachstumskritiker/innen z.B. mit Plänen zu ökologischer Steuerreform, Geldschöpfungsreform etc. (vgl. Seidl/Zahrnt 2012:10f.). Ein weiterer Wachstumszwang bestehe laut Befürworter/innen in der sinkenden Zahl von Arbeitsplätzen auf Grund einer – durch technologische Innovationen erhöhten – Arbeitsproduktivität (Holzinger 2010:38ff.). Beschäftigung ist allerdings nicht nur vom Wachstum abhängig (Eugen Spitznagel 2007:68ff.). Wachstumskritiker/innen halten stattdessen z. B. andere Arbeitszeitmodelle für sinnvoll (vgl. Jill Jäger 2007:173ff.).

Zudem wird argumentiert, dass Wachstum dem Wohlstand aller diene und zudem für Umweltschutz notwendig sei: je mehr Wachstum, desto mehr sei auch an alle Menschen zu verteilen und desto mehr Geld sei für Umweltschutzmaßnahmen übrig (Seidl/Zahrnt 2010:32, Stengel 2011:162). Dem setzen die Wachstumskritiker Zahlen entgegen, nach denen der größer werdende Kuchen keineswegs allen Menschen auf der Welt zugute kommt, selbst in den reichsten Ländern der Erde nicht (Richard Wilkinson/Kate Pickett 2009:15ff., 215f.). Ebenso sprechen die Fakten für mehr statt weniger Umweltzerstörung (vgl. Jäger 2007:66f., Stengel 2011:70). Jeder Ressourcenabbau und sogar viele Umweltkatastrophen steigern dabei die Produktion und so das BIP-Wachstum. Das BIP wird daher von den Kritiker/innen nicht als geeigneter Indikator für Wohlstand gesehen und eine Vielzahl alternativer Indikatoren entwickelt (Christian Kroll 2012:28). Die häufig geäußerte Hoffnung, wirtschaftliches Wachstum ließe sich von Ressourcenverbrauch entkoppeln, wird

93 Auch wenn die Studie immer wieder kritisiert wurde (vgl. Popp 2012:6f. zur Methodik), ändern doch die Neuberechnungen nichts an ihren wesentlichen Schlussfolgerungen (Graham Turner 2008:37f.). Donella und Dennis Meadows selbst erkannten Grenzen ihres Modells bereits an: „The model we have constructed is, like every other model, imperfect, oversimplified, and unfinished“ (Meadows et al. 1973:21).

94 Die Unterschiede betreffen die Gewichtung der Nachhaltigkeitsdimension Ökonomie (neben den Dimensionen Ökologie und Soziales, Seidl/Zahrnt 2010:25, vgl. Muraca 2012:2).

95 Obwohl die Erfolge eher pessimistisch einzuschätzen sind – laut Edgar Göll und Sie Liang Thio sind politische Nachhaltigkeitsstrategien bis jetzt „weit weniger erfolgreich als erwartet“ (Göll/Thio 2013:179, vgl. Göll 2004:80).

(so von Jackson 2009:67ff.) als „Mythos“ betrachtet. Einer Entkopplung stehen Rebound-Effekte entgegen, nach denen mehr Verbrauch trotz (oder auf Grund von⁹⁶) Effizienzgewinnen Ressourceneinsparungen verunmöglicht (Manfred Linz/Kora Kristof 2007:177f.).

Eine der umstrittensten Fragen ist die, ob Wachstum die Grundlage für Lebensqualität sei. Viele Autoren und einige Studien widersprechen (vgl. Jackson 2009:35, Jäger 2007:162ff.). So machten laut Matthias Binswanger (in Linz/Kristof 2007:179) die „Tretmühlen des Glücks“ im alltäglichen Streben nach Mehr viele Menschen eher unglücklich als glücklich. Laut Wilkinson und Pickett (2009:6ff.) ist nicht Wachstum, sondern möglichst gleich verteilter Wohlstand der Schlüssel zu Lebensqualität. Gerade Gerechtigkeitserwägungen zeigen allerdings, wie schwer Lebensqualität zu messen und zu beurteilen ist – insbesondere, wenn es um die Lebensqualität zukünftiger Generationen geht (Muraca 2012:29, vgl. de Haan et al 2008:61).⁹⁷

Die Kritiker/innen des Wachstums sind sich allerdings über die Konsequenzen nicht einig. Eine Reihe von Denker/innen und Bewegungen bietet Lösungsvorschläge an, die sich z. B. in ihrer Sicht auf den Staat bzw. die Bürger/innen als entscheidende Akteure fokussieren (vgl. Meinhard Miegel 2010, Friederike Habermann 2009).⁹⁸ Neben ökonomischen und geldtheoretischen Modellen, die vor allem die Abhängigkeit vom Wachstum verändern wollen, wird von anderer Seite Schrumpfung als ohnehin unvermeidbare Entwicklung wahrgenommen, die man wahlweise als Katastrophe oder Chance auf Wandel sieht (Muraca 2012:6, vgl. Niko Paech 2011). Andere Strömungen zielen auf aktive Schrumpfung (z. B. die *Décroissance*/Degrowth-Bewegung) und sehen als Weg dorthin u.a. Suffizienz als Empfehlung der Genügsamkeit und des rechten Maßes beim Ressourcenverbrauch (vgl. Linz 2013:44f.).

In politischen Maßnahmen wird Wachstumskritik noch nicht widerspiegelt. So beklagen Seidl und Zahrnt (2010:28), dass selbst „Nachhaltige Entwicklung [...] als nachhaltiges Wachstum vereinnahmt“ werde⁹⁹. Göll verweist auf die Herausforderungen des Umsteuerns, insbesondere für Parlamente:

„Die absehbaren sozio-ökonomischen Schrumpfungsprozesse dürften speziell für gewähl-

96 So beschreibt Stengel (2011:134f.), wie Effizienzgewinne zu mehr Verbrauch führen (weil man z. B. mit einem Auto, das wenig Benzin verbraucht, mehr fährt) oder durch Effizienzgewinne freigesetztes Kapital in wiederum ressourcenschädigende Tätigkeiten in anderen Feldern umgesetzt werden kann. Eine der genannten Lösungen ist das „Wegsteuern“ von Effizienzgewinnen, sodass sie nicht zu Kosteneinsparungen für Individuen führen.

97 Muraca (2012:4ff. und 27ff.) weist zudem auf die Gefahr hin, Glück als Ziel der Politik zu verstehen – dies grenze an Totalitarismus, da es keine diskursive Einigung auf Maßstäbe des Glücks geben könne, insbesondere nicht unter Teilnahme künftiger Generationen. Ziel politischer Maßnahmen müsse vielmehr substantielle Freiheit (im Sinne des *capability approach* von Martha Nussbaum (vgl. Nussbaum 2007:76ff.) sein und damit auch ein Recht auf Unglücklichsein.

98 Ein Überblick über verschiedene Strömungen findet sich z. B. bei Seidl und Zahrnt 2012:5ff. oder 2012:2, FN 1).

99 Eine wachstumskritikorientierte Analyse der Wahlprogramme deutscher Parteien von 2013 zeigte, dass zwar mittlerweile außer der FDP alle Parteien Wachstum und Wohlstand nicht mehr gleichsetzen, es jedoch auch bei der CDU/CSU immer noch eine zentrale Rolle spielt. Kulturelle sowie ggf. suffizienzfördernde Wandlungsprozesse werden noch nicht ausreichend aufgegriffen (von Jorck 2013a-e).

te Volksvertreter sehr schwer zu bewältigen sein. Unabdingbar [für Menschen und Institutionen] ist eine vorbehaltlose 'Selbstreflexion' über die Folgen ihres Handelns und Nichthandelns.“ (Göll 2004:68f.)

Innerhalb dieses Problemfelds lässt sich, ohne an dieser Stelle schon auf die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einzugehen (dies tut Kapitel 5.2), bereits Folgendes konstatieren: Das aktuell unter Beschuss stehende Theoriegebäude des Wachstums zeigt auch, wie zeitgebunden Wissenschaft ist.¹⁰⁰ Wachstumskritik kann als Teil einer reflexiven Moderne gelten, die sich mit von ihr selbst geschaffenen Problemen auseinandersetzt. Die Tatsache, dass politische Akteure in diesem Kontext der Unsicherheit nicht auf einer Position beharren, sondern ein Gremium zur Hinterfragung eigener Positionen einsetzen, lässt sich als Schritt zur Überwindung der Latenz der Zweiten Moderne sowie als Hinwendung zu der von Beck geforderten Politisierung der Gesellschaft betrachten.

5.2 Die „Wohlstandsenquete“ und ihre politische Beurteilung

Obwohl die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ insgesamt inhaltlich an vorherige Enquete-Kommissionen anschloss¹⁰¹, wurde ihre Einsetzung erstmals 2009 öffentlich gefordert (Enquetewatch 2013b, vgl. Loske 2009:10). Am 01.12.2010 vom Bundestag eingesetzt, sollte sie sich im weitesten Sinne mit dem Wohlstandsverständnis und den Wohlstandsperspektiven Deutschlands – insbesondere bei fehlenden Wachstumsraten und in Hinblick auf Wachstumsgrenzen – auseinandersetzen, Alternativen für nachhaltiges Wirtschaften untersuchen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten (LdN 2013, Bundestag 2010b:2ff., vgl. Aufgaben der Projektgruppen unten). Der ursprünglich von der SPD und Bündnis90/DieGrünen vorgelegte Antrag auf Einsetzung der Enquete wurde damit laut Urteil mehrerer Kritiker (Steffen Lange 2012a, Enquetewatch 2013b, vgl. Norbert Reuter 2012) „entschärft“, indem man dem ursprünglichen Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ noch den Zusatz „in der Sozialen Marktwirtschaft“ hinzufügte (vgl. BT 2010a:1 und 2010b:1). Mit weiteren inhaltlichen Änderungen¹⁰² wurde der Antrag schließlich auch von der CDU/CSU und der FDP unterstützt, nicht jedoch von der Partei Die Linke (Lange 2012a, Enquetewatch 2013b).

100 Als Erklärungsvorschläge dafür, dass viele Wissenschaftler/innen dennoch an ihren alten Theorien festhalten bzw. neue Erkenntnisse lediglich in diese einbauen, führen de Haan et al. (2008:77) neben Kuhns Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (vgl. 2.3) auch Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz an sowie die Annahme, Wissenschaftler/innen wollten eine Entwertung ihres „akkumulierten Wissenskaptals“ vermeiden.

101 So nennt Göll (2004:71) als impulsgebend in der parlamentarischen Nachhaltigkeitspolitik die Enquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1992-1998) sowie „Schutz der Erdatmosphäre“ (1987-1994).

102 Im Ursprungsantrag wurde Bezug auf die ökologische Krise genommen und die Wachstumsorientierung bereits verurteilt, während der Einsetzungsbeschluss jetzt Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nimmt, Wachstumswänge nicht behandelt und z. T. keine konkreten Handlungsempfehlungen fordert (Enquetewatch 2013b, vgl. BT 2010a und b).

Die Enquete war damit von einer Mehrheit der Fraktionen gestützt¹⁰³ und mit 34 Mitgliedern eine der größten bisher eingesetzten Enquete-Kommissionen des Bundestags (vgl. Ismayr 2012:416ff.). Vorsitzende der Enquete war Daniela Kolbe (SPD), stellvertretender Vorsitzender Matthias Zimmer (CDU/CSU). Mit den sechs von der CDU/CSU und drei von der FDP entsandten parlamentarischen Mitgliedern (sowie deren Stellvertretern) spiegelte sich in der Kommission das – für Abstimmungen relevante – Übergewicht der Regierungskoalition (vgl. Petra Pinzler 2013). Die SPD entsandte vier Mitglieder, die Parteien Die Linke und Bündnis90/Die Grünen jeweils zwei (BT 2013a, vgl. Tabelle 1). Zu den sachverständigen Mitgliedern zählten namhafte und in den Medien präzente Volkswirt/innen, Betriebswirte, Politikwissenschaftler/innen u.a., vgl. Tabelle 2). Öffentliche Kritik wurde jedoch daran geübt, dass die Gruppe der Sachverständigen zunächst ausschließlich mit Männern besetzt worden war (Berth 2011, vgl. 5.4).

Die Wohlstandsenquete nahm ihre Arbeit am 17.01.2011 auf (1. Sitzung:1). Sie arbeitete in fünf Projektgruppen, denen je ein Abgeordneter einer Fraktion vorsah (Schlussbericht 811ff.). Projektgruppe 1 unter Vorsitz der FDP beschäftigte sich mit dem Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft. Projektgruppe 2 unter Vorsitz der CDU/CSU war beauftragt mit der Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators. In Projektgruppe 3 unter Vorsitz von Bündnis90/DieGrünen sollte es um Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischen Fortschritt, insbesondere um die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung gehen. Projektgruppe 4 untersuchte unter Vorsitz der SPD nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik, Projektgruppe 5 schließlich behandelte unter Vorsitz der Partei Die Linke das Thema Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile. (LdN 2013, SB 811ff.¹⁰⁴).

Die Enquete behandelte ihre Themen in 31 meist öffentlichen Gesamtsitzungen und weiteren 136 nichtöffentlichen Treffen der Projektgruppen (SB 39f.). Sie gab 10 externe Gutachten in Auftrag (SB 821f.) und veranstaltete 12 öffentliche und 24 nichtöffentliche Anhörungen von insgesamt über 60 Expert/innen (SB 823ff.).¹⁰⁵ Zusätzlich waren über 50 Mitarbeiter/innen für organisatorische Belange und wissenschaftliche Zuarbeit zuständig (SB 41 und 816ff., vgl. Altenhof 2002:239). Die anfänglichen Erwartungen an die Enquete waren gemischt. Die Tatsache, dass das Thema überhaupt in der Politik behandelt wird, noch dazu auf Ebene des Parlaments, war manchen Autor/innen ein Zeichen für „Aufgeschlossenheit“ (Loske 2012:11) und einen hohen „Stellenwert“ des Themas (Kroll 2012:28). Einige Wachstumskritiker/innen verbanden mit der Enquete als „zahnlosem Tiger“ allerdings nicht allzu hohe Erwartungen (Enquetewatch 2013b). Während der Arbeit der Kommission war die Medienberichterstattung überraschend spärlich (Johannes Schneeweiss 2012).

Am 15.04.2013 wurde der Schlussbericht von der Kommission angenommen (31.Sitzung:25). Er

103 Dennoch hätte mit den ursprünglichen Antragsfraktionen auch eine Minderheitenenquete eingesetzt werden können, von der man sich jedoch weniger Durchschlagskraft versprach (Enquetewatch 2013b).

104 Im Folgenden kürze ich „Schlussbericht“ in den Belegen stets als „SB“ ab.

105 Darunter namhafte Wissenschaftler/innen von teils internationalem Ruf wie Prof. Jutta Allmendinger, Prof. Dennis Meadows und Prof. Martha Nussbaum (SB 823ff.).

umfasst in der endgültigen Fassung 844 Seiten und beinhaltet neben mit Mehrheit angenommenen Berichten und Handlungsempfehlungen der Projektgruppen¹⁰⁶ 60 Sondervoten¹⁰⁷ von Gruppen oder einzelnen Sachverständigen (SB 832ff., vgl. Kuhnenn 2013c). Sie schließen im Text jeweils direkt an die Berichtsteile an, die sie ergänzen oder kritisieren, und sind dort durch ihre Kursivschreibweise deutlich sichtbar gemacht. In der Plenardebatte im Bundestag zum Schlussbericht am 06.06.2013 waren die Positionen polemischer und polarisierter als während der Kommissionsarbeit (Karl Otto Sattler 2013), so beurteilte nur ein Vertreter der Regierungskoalition veränderte Denkweisen und Politikstrategien als nötig (BT 2013c:30791ff., vgl. Kuhnenn 2013b).

Mediale und wissenschaftliche Urteile über die Enquete-Kommission zeugen überwiegend von Enttäuschung. Hauptkritikpunkt ist dabei, dass viele Mitglieder an wachstumsfreundlichen Denkmustern festhalten (Felix Kersting 2013a, Kuhnenn 2013c, Pinzler 2013). Die Enquete analysiere daher Ursachen und Auswirkungen des Wirtschaftswachstums nicht tiefgehend (Sebastian Kerlach 2012, Kersting 2013a) und der Schlussbericht enthalte trotz vieler guter Analysen keine „übergreifende[n] Visionen“ einer vom Wachstum unabhängigen Gesellschaft – geschweige denn konkrete Handlungsempfehlungen für den Weg dahin (VÖW/KNÖ 2013:2). Die Enquete bleibe damit hinter dem aktuellen Stand des wachstumskritischen Diskurses in Wissenschaft und Gesellschaft zurück (VÖW/KNÖ 2013:3)

Projektgruppe 1 wurde überwiegend negativ beurteilt, da sie zu keinem gemeinsamen Verständnis von Wachstum gekommen sei (Schneeweiss 2012). Sie habe es verfehlt, Wachstum zu hinterfragen und spreche unreflektiert vom „nachhaltigen“ und fälschlich¹⁰⁸ vom nur noch „qualitativen“ Wachstum (Ferdinand Knauß 2013). Projektgruppe 2 habe einen für die Öffentlichkeit schwer verständlichen Indikator¹⁰⁹ erarbeitet, der dadurch das BIP kaum ergänzen, geschweige denn ersetzen könne (Knauß 2013). Projektgruppe 3 sei es zwar gelungen, mit einer Mehrheit einen klaren Bericht zu Entkopplung und der Notwendigkeit einer „absoluten Reduktion“ (Pinzler 2013, Carsten Brönstrup 2013) zu verabschieden, dies habe aber nicht zu konkreten, mehrheitsgestützten Handlungsempfehlungen geführt (Kuhnenn 2013c, Pinzler 2013). Letzteres ist auch die Kritik an Projektgruppe 4, während Projektgruppe 5 immerhin zugestanden wird, dass sie die Wichtigkeit sozialer Innovationen gegenüber technologischen erkannt habe (Kuhnenn 2013c). Es werden viele „blinde Flecken“ der Kommission kritisiert, so die fehlende Bezugnahme auf die

106 Für ein Verständnis der folgenden Kapitel sei nochmals ins Gedächtnis gerufen, dass die Regierungskoalition in der Enquete und auch in jeder Projektgruppe eine Mehrheit hatte (vgl. Schlussbericht 40). Der Hauptteil des Berichts darf demnach größtenteils als von ihr unterstützt gelten, die Sondervoten sind dagegen vor allem der Opposition zuzuordnen (SB 832ff., vgl. Heyer/Liening 2004:14 zum ungleichen Kräfteverhältnis in Enquete-Kommissionen).

107 Fußnoten und Repliken sind hier mit eingerechnet, daher der Unterschied zu Kuhnenn, der 23 Sondervoten zählt (Kuhnenn 2013c) – Sattler nennt dagegen ebenfalls 60 (Sattler 2013).

108 Zur Widerlegung führt Knauß (2013) z. B. den täglichen Flächenverbrauch in Deutschland an (vgl. Gerhard de Haan/Jana Huck/Tobias Schröder 2009:50).

109 Er besteht aus 10 „Leitindikatoren“, 9 „Warnlampen“ und einer „Hinweislampe“, die nicht zu einer einzigen Zahl zusammengerechnet werden. Gleichzeitig liefert der Indikator trotz seiner Komplexität weniger Informationen als der schon existierende Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ (Kuhnenn 2013c).

Eurokrise (Kuhnhen 2013c) und die Vernachlässigung feministischer Perspektiven, insbesondere auf Care-Arbeit (Kuhnhen 2013a, Lena Kirschenmann 2012).¹¹⁰

Für diese Unzulänglichkeit der Arbeit der Enquete führen die Kritikerinnen mehrheitlich drei Ursachen an: Erstens sehe die Mehrheit der Regierungskoalition keinen Anlass für grundsätzliche Veränderungen, sondern höchstens für ein paar Korrekturen (Pinzler 2013, Kuhnhen 2013b). Zweitens habe der Einfluss der Parteipolitik stetig zugenommen – und damit positionale statt diskursive Arbeit zwecks gemeinsamer schlagkräftiger Handlungsempfehlungen (vgl. Loske 2013), v.a. mit näher rückendem Wahlkampf (Pinzler 2013, vgl. 5.5). Drittens habe auch die Umgebungssituation eine Rolle gespielt: so sieht Pinzler die Enquete zwar als aus der ökologischen Krise und der Finanzkrise geboren, gegen Ende jedoch seien in der deutschen Öffentlichkeit und im Bundestag „die Krisenangst und damit der Leidensdruck [...] verblasst“ (Pinzler 2013).

Die Stimmen von innerhalb der Enquete sind – sicher auch aufgrund ihrer Eingebundenheit – etwas differenzierter und verhalten positiver. So äußert der grüne Abgeordnete Hermann E. Ott (in Pinzler 2013), aufgrund der Enquete sei kein „naives“ Reden von Wachstum mehr möglich – und immerhin nehme der gemeinsame Bericht Abstand von Wachstum als Ziel statt Mittel (Ott 2013:245). Laut dem Sachverständigen Wagner (in Brönstrup 2013) hebe das neue Indikatorenmodell Ökologie endlich auf eine Ebene mit Wachstum und Sozialen.

Aber auch unter Abgeordneten und Sachverständigen gibt es viel Kritik. Der Projektgruppe 1 wird „regelrechte Arbeitsverweigerung“ vorgeworfen, Projektgruppe 3 habe in Bezug auf klare Handlungsempfehlungen „versagt“ (Ott 2013:243). Reuter sieht ein Übergewicht der „wachstumsoptimistischen“ Strömung in der Enquete und beklagt, dass der Umgang mit zukünftig gleichbleibenden oder gar sinkenden Wachstumsraten nicht thematisiert werde (Reuter 2012). Karl-Heinz Paqué (2012:19) kritisiert dagegen, dass statt „pragmatische[r] Argumente“ in der Enquete „sozialphilosophisch[e] Grundpositionen“ eine zu große Rolle spielten.

5.3 Zukunftsverständnis in der Enquete-Kommission

In diesem Kapitel sollen die Grundannahmen zur Natur der Zukunft untersucht werden, wie sie sich in den von der Wohlstandsenquete produzierten Texten manifestieren. Sie werden mit den in der Zukunftsforschung reflektierten Grundannahmen verglichen, Bezug genommen wird hier auf Kapitel 2.1, 2.2 und 2.4.

5.3.1 Vorgehensweise

Meine Vorgehensweise der Dokumentenanalyse ist darin begründet, dass es keinen außersprachlichen Zugriff auf Zukunft gibt (Grunwald), man sich Zukunftsbildern und Zukunftsverständnis also über die Analyse sprachlicher Äußerungen nähern kann. Gleichzeitig wird im Sinne des Konstruktivismus durch Sprache Wirklichkeit erzeugt. Es ist also nicht gleichgültig, wer in welcher Weise über Zukunft spricht, da dadurch ein Beitrag zur Aushandlung dominierender gegen-

110 Allerdings wird im Enquete-Schlussbericht selbst in mehreren Sondervoten auf diese „blinden Flecken“ hingewiesen (vgl. z. B. Schlussbericht 791ff. und 796 ff.).

wärtiger Zukünfte im Diskurs geleistet wird (vgl. de Haan 2000:164f.). Im Kontext dieser Arbeit ist insbesondere die sprachliche Macht von Bedeutung, die von wissenschaftlichen Institutionen über ihre Autorität als Hüter des Wissens und von politischen Institutionen über Sprache als Mittel der Überzeugung und Gruppenbildung ausgeübt wird.¹¹¹

Materialgrundlage dieses Kapitels sind vor allem der Schlussbericht der Wohlstandsenquete, zudem ausgewählte Sitzungsprotokolle¹¹² und Äußerungen von Kommissionsmitgliedern in den Medien. Es handelt sich um eine qualitative Untersuchung, bei der ich versuche, eine größere Anzahl von Äußerungen sinnvoll in meine oben (2.1) erarbeiteten Annahmen einzuordnen und daraus Schlüsse zu ziehen. Diese Schlüsse sind nicht überzubewerten, da selbstverständlich von einer Äußerung einer Person nicht auf deren gesamtes Weltbild (und schon gar nicht auf das ihrer Partei oder Institution) geschlossen werden kann.¹¹³ Gleichzeitig sind sie aber auch nicht unterzubewerten, denn es handelt sich um einen Gedankenanstoß in möglichst transparenter Vorgehensweise und einen Vorschlag zur Klassifizierung von Zukunftsannahmen, der bei der Stärkung von Zukunftsbewusstsein helfen kann.

Zur Vorgehensweise: Für einen machbaren Umgang mit den großen Textmengen habe ich zunächst ausgewählte Sitzungsprotokolle, den Schlussbericht sowie Aussagen von Kommissionsmitgliedern in anderen Medien¹¹⁴ nach Abschnitten durchsucht, die für das Zukunftsverständnis relevant sind, insbesondere mit Hilfe der Suche nach insgesamt neun Schlagwörtern. Viele Ergebnisse gab es dabei zu drei allgemeinen Termini wie Zukunft bzw. zukünftig, Wahrscheinlichkeit und Variationen von wünsch-. Die theoretischen Termini der Zukunftsforschung Zukünfte, Unsicherheit und offen bzw. Offenheit tauchten dagegen nicht so häufig auf. Häufig verwendet wurden dagegen wieder die drei technisch-methodischen Termini Szenario, Prognose und Trend bzw. Megatrend. Dann habe ich die Absätze, in denen diese Termini benutzt wurden¹¹⁵, mit Hilfe der folgenden

111 Bourdieu (1992a:81) bezeichnet die Wissenschaftssprache als „Geheimsprache“ und damit als ein sprachliches Machtmonopol. Macht durch Sprache in der Politik wird von ihm über ihre obengenannte Funktion der Konstruktion von Wirklichkeit verortet: „Wenn die politische Arbeit im Wesentlichen eine Arbeit vermittelt durch Worten ist, heißt das, dass die Worte dazu beitragen, die soziale Welt zu erzeugen“ (Bourdieu 1992a:84).

112 Ich habe mich aus inhaltlichen und technischen Gründen (so konnten Protokolle ohne PDF-Suchfunktion nur in begrenzter Zahl durchgesehen werden) für die Protokolle der 1., 5., 11., 18., 22. und 31. Sitzung entschieden. Damit wollte ich Dokumente zu Einstieg und Abschluss der Kommission untersuchen sowie die aus meiner Sicht für die Zukunftsforschung relevanten Tagesordnungspunkte „Stellenwert des Wachstums in der Moderne“, „Anhörung von Dennis Meadows“ „Symposium mit Norbert Lammert und Mathias Binswanger inkl. Podiumsdiskussion“ sowie „Zukunft der Arbeit“ (vgl. 1.-31.Sitzung).

113 Zudem existiert sozusagen ein dreifacher Filter zwischen der „Wirklichkeit“ und meiner Interpretation: (1) Personen machen Äußerungen im vollen Bewusstsein dessen, dass diese öffentlich sind und sie daran und ggf. an ihrer Parteidisziplin gemessen werden, (2) diese Äußerungen werden von selbst denkenden Personen protokolliert oder zusammengefasst und (3) diese Äußerungen werden von mir mit meiner eigenen Wahrnehmung und meiner eigenen Voreingenommenheit interpretiert.

114 Meine Überlegungen zielten dabei auf ein ausgewogenes Bild: ich nahm an, dass sich in den Sitzungsprotokollen am ehesten spontane Äußerungen finden ließen, während die Aussagen des Schlussberichts abgestimmt sind und Äußerungen in anderen Medien noch einmal die persönliche Meinung der Kommissionsmitglieder darstellen.

115 Ich zitiere im Folgenden direkt aus den Dokumenten und so kurz wie möglich – häufig ist allerdings

Fragen analysiert:

- (1) Auf welche Weise wird der Begriff verwendet?
- (2) Welches Zukunftsverständnis spricht aus dem Absatz?
- (3) Von wem stammt die Äußerung? (Person / Gruppe)

Mit den Ergebnissen der Analyse beschäftigen sich die nächsten beiden Abschnitte.

5.3.2 Problematische Begriffsverwendung

In einigen Absätzen, die sich mit Zukunft beschäftigen, finden sich Anklänge an die Grundannahmen der Vorherbestimmtheit, der Richtung und auch an den Gedanken, man könne zu sicherem Wissen über Zukunft gelangen.

Der Begriff der offenen Zukunft als Terminus taucht im Schlussbericht nicht auf. Offen wird einige wenige Male im Sinne von unsicher verwendet und einmal als „zukunfts offen“ (SB 2013:648) im Sinne von Popp's flexibler Reaktionsfähigkeit – dazu jedoch später.

Auffällig ist, dass oft mit Wahrscheinlichkeit argumentiert wird, auch in Bereichen, in denen die Zukunftsforschung eher von Plausibilität sprechen würde, da es weniger um quantifizierbare und abzuwägende (Eintritts-)Wahrscheinlichkeiten geht als um argumentativ belegte Zusammenhänge:

„Öko-autoritäre Strategien, denen zufolge die Bevölkerung sich nicht mäßigen wird und nur durch harte politische Vorgaben zu einem Verzicht gebracht werden kann. Diese von der Enquete-Kommission nicht gewünschten Reaktionen werden wahrscheinlicher, wenn es nicht zu notwendigen Reformen kommt und der Handlungsdruck massiv steigt.“ (SB P3:481)¹¹⁶

„Der einzelne Nationalstaat kann eine solche Entwicklung nicht erzwingen, er kann sich allerdings aktiv für die Schaffung solcher supranationalen Institutionen einsetzen und durch geeignete Maßnahmen und Verhaltensweisen dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit ihres Zustandekommens zu erhöhen.“ (SB P4:546)

Diese terminologische Verwirrung ist durchaus relevant, da der Terminus Wahrscheinlichkeit eine mathematische Berechenbarkeit und damit Sicherheit suggeriert – inwieweit von politischer Seite beabsichtigt, sei dahingestellt –, die bei soziologischen und politischen Zusammenhängen noch weitaus weniger gegeben ist als in anderen Bereichen.

Eine ähnliche Sicherheit könnte durch die Verwendung der technisch-methodischen Begriffe Szenario, Prognose und Trend bzw. Megatrend erzeugt werden. Diese tauchen häufig auf, werden allerdings sehr unterschiedlich verwendet.

In der Szenariotechnik der Zukunftsforschung spielen Aussagen zu Wahrscheinlichkeiten nur bedingt eine Rolle (vgl. 2.4). Im Schlussbericht dagegen werden Szenarien mehrmals in Zusammen-

zur Einordnung des Themas ein längeres Zitat notwendig.

116 In diesem Kapitel ordne ich Zitate aus dem Schlussbericht (SB) ggf. den Kapiteln der einzelnen Projektgruppen (P1 bis P5) zu. Alle Hervorhebungen in Zitaten in Kapitel 5 stammen von mir.

hang mit Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten gebracht:

„Größere Epidemien oder Kriege sind nicht vorhersehbar, werden jedoch in manchen Szenarien für große ökologische und soziale Krisen als möglich angesehen.“ (SB P3:368)

„Erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, das 2°C-Ziel zu verfehlen, ist es für die öffentliche Debatte, gerade auch in Deutschland, von erheblicher Bedeutung, auch die zwar unerwünschten, allerdings als sehr wahrscheinlich anzusehenden Szenarien in Betracht zu ziehen, die [...] von einer weiteren Erhöhung der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre und den damit verbundenen Klimafolgen ausgehen.“ (SB P3:460)

„Zukünftige Preisentwicklungen hängen vor allem von der für jeden Rohstoff sehr spezifischen Dynamik der Entwicklung von Nachfrage [...] und Angebot [...] ab. Vorhersagen für den Preisverlauf in der Zukunft sind daher schwierig, gearbeitet wird stattdessen mit Szenarien. [Es folgen Beispiele von EIA- und IEA-Preisszenarien.] Allerdings sind auch abweichende Preisverläufe in der Zukunft möglich.“ (SB P3:374)

Gerade im letzten Zitat wird deutlich, dass ein Szenario hier als (ungenügender) Ersatz für eine Prognose gesehen wird und nicht als „Denken auf Vorrat“ (Popp 2012:24) innerhalb bewusst erkannter Grenzen.

Es gibt einige Aussagen, aus denen sich schließen lässt, dass Prognosen erwartet und – zumindest in manchen Bereichen – möglich sind:

„Das Interessante ist, [...] dass wir bei all diesen Trends ab Mitte der letzten Dekade eigentlich ein Ende – zum Teil sogar einen Trendbruch – erkennen. Wir wissen noch nicht, ob es wirklich ein Trendbruch ist, aber wenn wir in die Zukunft sehen und eine vernünftige Aussage darüber treffen wollen, müssen wir im Grunde Prognosen machen über die wesentlichen Determinanten in der Zukunft.“ (Karl-Heinz Paqué in 22. Sitzung 2012:26)

„Als Warnlampe wäre ein Indikator oder eine Indikatorengruppe denkbar, die auf bevorstehende Blasenbildung auf den Finanz- oder Immobilienmärkten hinweisen.“ (Beate Jochimsen 2012:22)

„Dieser Auftrag wird zumal dann schwierig zu bewältigen sein, wenn unsere Prognosen zu den globalen Megatrends des 21. Jahrhunderts eintreffen.“ (SB Einleitung:20)

„Angesichts der Tatsache, dass im Jahre 2050 die Erde voraussichtlich von 9 Milliarden Menschen bevölkert sein werde, dürfe insbesondere der internationale Aspekt des Themas nicht aus dem Blick verloren werden.“ (Kerstin Andreae (Grüne) in 1. Sitzung 11)

Dabei wird nicht darüber reflektiert, dass oftmals nicht das Eintreffen einer Prognose das Entscheidende ist, sondern ihre Leistungsfähigkeit in dem Sinn, dass sie zu vernünftigem Handeln motiviert – auch oder gerade wenn dadurch ihr Eintreffen verhindert wird:

„Als den überraschendsten Erkenntnisgewinn bezeichnet Abg. Dr. Heider, dass die Analysen des Club of Rome aus den 1970er Jahren nach heutigem Kenntnisstand derart unzutreffende Vorhersagen enthielten. Auch aktuell wachse die Erkenntnis, dass beispielsweise die Vorräte an Erdöl noch einige Jahrzehnte länger reichten, als noch bis vor Kurzem angenommen.“ (Matthias Heider (CDU/CSU) in 18. Sitzung 2012:12)

Prognosen werden zwar als politisch instrumentalisierbar gesehen, allerdings wird das oben genannte, jeder Prognose innewohnende normative Potenzial (vgl. Popp 2012:7) dabei nicht erwähnt:

„Mit der Prognose und Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung wird mitunter Politik gemacht: Bilder von überalternden Gesellschaften, von zu vielen Menschen in der „Dritten Welt“ und möglicherweise zu vielen Migranten und Migrantinnen, von zu vielen Kindern bei den vermeintlich Ungebildeten und von der Übernutzung natürlicher Ressourcen können beispielsweise Renten- und Sozialpolitik in unterschiedlichen Richtungen anleiten.“ (SB P3:368)

Manche Aussagen zeigen, dass an die Prognostizierbarkeit zukünftiger Ereignisse sowie ihren Verlauf in eine bestimmte Richtung geglaubt wird, gleichzeitig aber eine Beeinflussbarkeit von Zukunft angenommen wird (ein Widerspruch der Annahmen 3, 5 und 6, vgl. 2.1):

„Ihm seien die Prognosen insgesamt zu pessimistisch, was natürlich an der Arbeitsteilung liege, wonach Prof. Meadows für die Prognosen und für die Beschreibungen zuständig sei und der Kommission gehe es insbesondere um die Frage, wie man das eine oder andere in eine andere Richtung bewegen könne.“ (Georg Nüßlein (CDU/CSU) in 11.Sitzung 35)

Der Wille, Zukunft auf der Grundlage von Werten zu beeinflussen, wird betont. Fraglich ist, wie dabei mit dem Konflikt zwischen subjektiven Festlegungen und Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen umgegangen wird:

„Politik habe den Anspruch, Zukunft zu gestalten. Es gehe nicht zuletzt darum, klare Analysen, neue Denkansätze und innovative Empfehlungen zu erarbeiten. Wirtschaftliches Wachstum sowie Innovationen seien aus Sicht ihrer Fraktion unverzichtbar. [...] Ebenso wichtig sei es, nicht zu Lasten nachfolgender Generationen zu wirtschaften.“ (Claudia Bögel (FDP), 1. Sitzung: 11)

Mit den Absätzen, die auf ein besser reflektiertes Zukunftsverständnis schließen lassen, beschäftigt sich das folgende Kapitel.

5.3.3 Reflexion von Zukunftsannahmen

In Absätzen wie dem folgenden zeigen Mitglieder der Enquete, dass sie über die Natur der Zukunft nachdenken und Grenzen der Gestaltung anerkennen:

„Zur Definitionsbildung rege er an, den Fortschrittsbegriff [...] zu modifizieren [u.a. durch] [...] die Erkenntnis, dass Geschichte nicht planbar sei, sondern ein organischer Vorgang.“ (Matthias Zimmer (CDU), 5. Sitzung: 16)

Andererseits wird im Schlussbericht auch deutlich, dass die Gestaltungsmacht politischer Maßnahmen für die Zukunft nicht unterschätzt wird – denn sie kann mit darüber bestimmen, was für Menschen überhaupt vorstellbar ist¹¹⁷:

„Dies lenkt den Blick darauf, dass politische Entscheidungen tagtäglich nicht nur unseren

117 Das im Schlussbericht genannte Beispiel ist das Denken in Nationalstaaten, das noch gar nicht so alt ist und trotzdem natürlich scheint (SB P5:667, FN 2358).

Übermorgen ohne Wachstum?

Lebensstil beeinflussen, sondern auch unsere Lebensweise bestimmen und auf lange Sicht, über Generationen hinweg, Einfluss nehmen auf unsere unhinterfragte Lebenswelt.“ (SB P5:667)

Absätze wie der folgende zeigen, dass man um die Beschränktheit zeitgebundener Blickwinkel weiß. Daraus entstandene Prognosen werden daher nicht danach beurteilt, ob sie sich erfüllt haben, sondern ob sie zum richtigen Handeln geführt haben:

„Mit dem Report des Club of Rome seien Prozesse ausgelöst worden, die für die damalige Zeit wegweisend gewesen sind und einen gänzlich neuen Blick auf die globalen Zusammenhänge eröffnet hätten. [Viele Dinge] könne man [erst heute] einschätzen. [...] Es sei leichtfertig, darauf zu warten, dass sich Ressourcen erschöpfen. Vorher sei politisches Handeln gefordert.“ (Hermann E. Ott (Grüne), in 18. Sitzung 2012 13f.)

Es gibt weitere Absätze, in denen relevante theoretische Termini der Zukunftsforschung auf sehr reflektierte Weise verwendet werden. So der Hinweis auf verschiedene, nebeneinander existierende Zukünfte:

„Aus dieser Tabelle geht also hervor, welche enorme Spannweite mögliche Entwicklungen haben, ganz abgesehen von den erheblichen Unsicherheiten, die mit solchen Beschreibungen von Zukunftsszenarien verbunden sind. Vor diesem Hintergrund muss sich nationale Politik – den Wahrscheinlichkeiten gemäß – auch auf diese möglichen ‚Zukünfte‘ einstellen.“ (SB P3:461)

In diesem Zitat wird auch der Sinn von Szenarien als Bündelung offener Entwicklungen (Steinmüller 1997:22) verstanden und gleichzeitig die von Popp (s.o.) geforderte Stärkung der „flexiblen Reaktion auf überraschende Herausforderungen“ thematisiert. Darüber hinaus wird auf die große Unsicherheit der Zukunft hingewiesen. Letzteres erfolgt häufig und beschränkt sich nicht auf sozialwissenschaftliche Themen:

„Bei aller Bestimmung von Grenzen [der Umweltnutzung] sind immer die immensen Unsicherheiten zu berücksichtigen. [...] Entsprechend erscheint es bei vielen Umweltgrenzen sinnvoll, einen ausreichenden ‚Sicherheitsabstand‘ einzuhalten.“ (Mark Bettzüge/Uwe Schneidewind 2012:25).

„Dies zeigte sich daran, dass die mit der Bewertung beauftragten Ratingagenturen aus heutiger Sicht unzutreffende Noten vergaben. Zwar sind Bewertungsfehler nicht grundsätzlich zu monieren, denn die Zukunft ist nun einmal unsicher.“ (SB P4:561)

„Exakte wissenschaftliche Prognosen sind außerordentlich schwierig, da Faktoren wie Lebenserwartung und Kinderzahl pro Frau sowie Alphabetisierung genauso unsicher sind wie – für einzelne Länder – die Zahl der Zu- oder Abwanderung.“ (SB P3:368)

„Ökosysteme und ihre Verflechtungen sind von einer hohen Komplexität geprägt, welche nur zu Teilen erforscht und schwer zu modellieren ist. Daraus folgt eine hohe Unsicherheit naturwissenschaftlicher Prognosen besonders über die ‚tipping points‘, an denen sich Systeme massiv und unwiederbringlich verändern.“ (SB P3:407)

„Trotz großer Fortschritte bestehen allerdings immer noch große Ungenauigkeiten, zudem sind die Ergebnisse abhängig von teils heftig umstrittenen Annahmen. Besonders der Um-

gang mit Unsicherheiten und plötzlich auftretenden katastrophalen Ereignissen ist in den gängigen ökonomischen Modellen kaum möglich.“ (SB P3:408)

Außer diesen Aussagen spricht auch die folgende vom Zweifel an der Möglichkeit von Prognosen::

„Die zukünftige gesellschaftliche Dynamik lässt sich – wie das Abschmelzen der traditionellen Milieus zeigt – nicht festschreiben oder prognostizieren.“ (SB P5:654)

Die in der Zukunftsforschung anerkannte Unsicherheitsaussage, dass man nicht direkt von vergangenen Entwicklungen auf zukünftige schließen kann, spiegelt sich im Bericht wieder:

„Nur zwei Beispiele aus der Verhaltensökonomik sind der Effekt des ‚Framing‘, bei dem die Realität durch emotionale Filter gesehen wird, oder die Nutzung von Faustregeln. Beide orientieren sich an bisherigen Erfahrungen. Sie erschweren so einerseits Anpassungsprozesse und führen andererseits häufig zu fehlerhaften Einschätzungen möglicher zukünftiger Entwicklungen.“ (SB P3:438f)

Einige Aussagen zeigen, dass relevante Thesen der Zukunftsforschung rezipiert worden sind:

„Er fragt, was könne Deutschland, was könne diese Kommission konkret tun? Eines seiner Lieblingsbücher sei „Der Schwarze Schwan“ von Nassim Nicholas Taleb. Dort heiße es u. a.: Man könne die Zukunft nicht vorhersehen. Alle großen Ereignisse der Menschheitsgeschichte hätten stattgefunden, ohne dass irgendjemand sie vorhergesehen hätte. Das Einzige, was man deshalb tun könne, sei, sich vorzubereiten auf das Unvorhersehbare. Er fragt, ob Prof. Meadows wisse, wie die Zukunft aussehe? Beziehungsweise, ob er sich in Opposition zu dem von ihm soeben benannten Autor sehe.“ (Hermann E. Ott (Grüne) in I I. Sitzung:43f.)

Auch andere Absätze zeugen von einem hohen Grad an theoretischer Reflexion, z. B. im Bereich der Nebenfolgen:

„Politische Gestaltung muss angesichts der komplexen Probleme und der nicht-intendierten Folgen von Politik fehlerfreundlich und zukunfts offen agieren [...]“. (SB P5:648)

„Prof. Dr. André Habisch weist darauf hin, dass man [...] im Blick behalten sollte, dass eine Gesellschaft nicht als Ganzes, sondern durch ihre Individuen handle und Folgewirkungen menschlichen Handelns häufig nicht intendiert seien.“ (5. Sitzung:13)

Sehr stark thematisiert und in seiner Bedeutung nicht unterschätzt wird der Aspekt der wünschbaren Zukünfte und wertebasierten Urteile, v.a. im Zusammenhang mit Zeithorizonten, so z. B. im Folgenden:

„[I]ch habe den Eindruck, dass unsere Diskussion [...] doch eine arg deutsche Diskussion ist. Wir wollten reden über die Zukunft der Arbeit im Kontext der Arbeit dieser Enquete-Kommission [...]. Und wir haben uns bei früheren Diskussionen in der Regel Zeithorizonte von 20, 30 und 40 Jahren vor Augen gestellt. Wird es in 20 Jahren einen deutschen Arbeitsmarkt überhaupt noch geben mit all dem, was wir jetzt hier diskutiert haben? Werden unsere Überlegungen, die wir für den deutschen Arbeitsmarkt anstellen, noch irgendeine Relevanz im Jahre 2030 haben?“ (Meinhard Miegel in 22. Sitzung 2012:40)

„Eine nachhaltige Politik zielt darauf ab, die Entwicklungs- und Zukunftschancen folgender Generationen zu wahren: Weder Schuldenberge noch ein Kollaps des Rentensystems, we-

der fehlende Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg noch eine zerstörte Umwelt dürfen die Chancen zukünftiger Generationen verringern.“ (SB P1:43)

„Entscheidend sind die erwarteten zukünftigen Wirkungen des Ressourcenabbaus. So werden etwa die allermeisten negativen Folgen der Treibhausgasemissionen nicht für die Gegenwart und die kommenden Jahre erwartet, sondern für die weiter entfernte Zukunft. In der Regel geht es in der Diskussion um mindestens einige Jahrzehnte, wenn nicht gar um Jahrhunderte. Will man also die Bilanz präzisieren, ist eine Gewichtung zwischen Gegenwart und Zukunft unumgänglich.“ (SB P1:50)

„Der Umfang der globalen Naturnutzung überschreitet die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit. Ein weiteres Wirtschaftswachstum in den herkömmlichen Bahnen wird es auf Dauer nicht geben können und mit Blick auf die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen nicht geben dürfen.“ (SB Sondervotum:295)

„Auch die gegebenenfalls [sic] höhere Einschätzung des eigenen Nutzens gegenüber dem zukünftigen Generationen ist meist nicht als irrational anzusehen, allerdings ethisch fragwürdig.“ (SB P3:439)

Dass es auch bei Szenarien um Wünschbares, Anzustrebendes gehen kann, klingt im folgenden Zitat an:

„Der Stern-Review konstatiert beispielsweise, dass die Weltwirtschaft – selbst mit den heute bekannten Technologien – grundsätzlich in der Lage wäre, auch bei einer Begrenzung der Treibhausgasemissionen auf das für die Einhaltung des 2°-C-Ziels erforderliche Niveau ohne substantielle Wohlstandseinbuße weiter zu wachsen. Damit dieses Szenario gelingt, müssten in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern statt Steinkohlekraftwerke andere CO₂-ärmere Kraftwerkstypen installiert [...] werden.“ (SB P3:434)

Diese Zitate zeigen beispielhaft, wie unterschiedlich intensiv die Grundannahmen zur Natur der Zukunft von den Kommissionsmitgliedern reflektiert werden. Interessant wäre es, ob sich ein reflektiertes oder ein widersprüchliches Zukunftsverständnis einzelnen Gruppen zuordnen lässt, also beispielsweise Sachverständigen vs. Abgeordneten oder Regierungskoalition vs. Opposition. Soweit ich eine solche Analyse durchführen konnte – also v.a. anhand der oben von mir zitierten Absätze –, hat sich keine eindeutige Zuordnung ergeben. Auffällig an den oben von mir untersuchten Zitaten ist, dass zukunftsforstisch relevante Schlagwörter sehr häufig im Kapitel der Projektgruppe 3 auftauchen. Was ihre Beurteilung aus Sicht der Zukunftsforstung angeht, sind sie jedoch zu ähnlichen Teilen reflektiert und unreflektiert. Im Kapitel der Projektgruppe 2 und auch in den meisten Sondervoten sind dagegen nur wenige Schlagwörter zu finden (vgl. jedoch 5.4). Ein aus Sicht der Zukunftsforstung unreflektierter Umgang mit Prognosen findet sich über weite Teile des Berichts und auch über Abgeordnete und Sachverständige verteilt. Die Verwendung des zukunftsforstisch relevanten Terminus „Unsicherheit“ taucht allerdings auch bei mehreren Projektgruppen (P3, P4, P5) sowie bei Sachverständigen auf. Das Gleiche gilt für Aussagen zu wünschbaren Zukünften, dies ist jedoch bei einem politischen Gremium zu erwarten.

Die Kommission als Gremium verfügt damit über ein sehr heterogenes Zukunftsverständnis. Besondere Reflektiertheit lässt sich weder einer Personengruppe (also Sachverständige oder Abgeordneten), noch einer Fraktion oder Projektgruppe zuordnen, sondern allenfalls Einzelper-

sonen.¹¹⁸

5.4 Die Arbeit der Wohlstandsenquête

In diesem Kapitel soll die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ analysiert und nach den Maßstäben eines Projekts der Zukunftsforschung beurteilt werden. Nach diesen Maßstäben zählt für ein Projekt die wissenschaftliche Wissensproduktion und –veröffentlichung. Die in Kapitel 5.2 zitierten Urteile über die Wohlstandsenquête sind hier also nicht alle relevant, da sie sich oft darauf beziehen, welche Aussagen es durch Abstimmung in den Schlussbericht „geschafft“ haben (vgl. Fran Fischer 2013).

Der Fokus dieses Kapitels liegt weniger auf einer exakt der Zukunftsforschung entsprechenden Methodik, sondern mehr auf der „Versuchsanordnung“ (5.4.1), Ansätzen und Austauschprozessen (5.4.2) sowie einem wissenschaftsangemessenen intellektuellen Niveau (5.4.3), die tangible und intangible Produkte des Arbeitsprozesses (vgl. 2.2.2) ermöglichen. Die Schlussfolgerungen sind daher auch struktur- statt zitatorientiert.¹¹⁹ Ein abschließendes Urteil über die Wohlstandsenquête als Zukunftsforschungsprojekt wird, um Wiederholungen zu vermeiden und einigen Spekulationen Raum zu geben, erst im Fazit (Kapitel 6) vorgenommen.

5.4.1 Rahmenbedingungen und Erkenntnisziele

Die umfassende und langfristorientierte Thematik der Wohlstandsenquête ist im Vergleich zu anderen parlamentarischen Institutionen bemerkenswert.¹²⁰ Mit ihrer Einsetzung erkennt der Bundestag zudem produktiv an, dass er die Aufgabe der „Gesetzesfolgenabschätzung“¹²¹ selbst nicht leisten kann.

Die Rahmenbedingungen der Wohlstandsenquête, was Einsetzung, Arbeitszeitraum, Zusammensetzung, Arbeitsweise und Herkunft der Mittel angeht, waren in §56 GOBT klar festgelegt (vgl. 4.3) und wurden im Einsetzungsbeschluss konkretisiert. Dort wurden auch die Ziele der Arbeit

118 So haben sich insbesondere Matthias Zimmer (CDU), Hermann E. Ott (Grüne) und Meinhard Miegel (von der CDU eingesetzter Sachverständiger) durch Äußerungen hervorgetan, die von einem durchdachten Zukunftsverständnis zeugen (beispielsweise zu den Grenzen der Planbarkeit, dem Sinn von Prognosen oder der Relevanz von Zeithorizonten). Dass die Präsenz dieser Personen in unterschiedlichen Projektgruppen möglicherweise zur zukunftsforcherischen Qualität ihrer Arbeit beigetragen hat, kann angenommen, aber nur schwer belegt werden (vgl. 5.4).

119 Ich halte eine solche Orientierung an den Grundstrukturen der Wohlstandsenquête, ergänzt durch Stichproben aus dem Text, anhand der großen Textmengen für belastbarer, als aus wenigen Zitaten allgemeingültige Schlüsse zu ziehen.

120 So schreibt Göll (2004:73) unter Verweis auf das Beispiel TA(B), dass es sich als sehr schwer erwiesen habe, in Parlamenten Langfristfragen zu institutionalisieren.

121 Dies wird z. B. von Edgar Göll insbesondere im Interesse von Nachhaltigkeitspolitik gefordert: „Vor der Verabschiedung von Gesetzen einer bestimmten Bedeutung sollten deren Folgen untersucht und bedacht werden. Diese „Gesetzesfolgenabschätzung“ wäre konkret auf die Prinzipien und Erfordernisse einer Nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Aufgrund der Komplexität eines solchen Vorgehens und des damit verbundenen Aufwands wäre hier eine entsprechende Auswahl [z. B. ein Mindestquorum von MdBs, die eine Gesetzesfolgenabschätzung wünschen] zu treffen.“ (Göll 2004:77f., der Begriff geht auf Carl Böhrer zurück).

Übermorgen ohne Wachstum?

definiert, so sollte die Enquete beispielsweise

- einen Beitrag leisten zur öffentlichen Diskussion über den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft sowie über die Wechselwirkung von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften;
- die Frage untersuchen, ob und ggf. wie das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demografischen und fiskalischen Herausforderungen auch mit geringen Wachstumsraten bewältigen kann bzw. welche Wachstumszwänge dem entgegenstehen (Einsetzung 2)
- einen neuen Indikator entwickeln, der nicht auf objektive Messbarkeit und Vergleichbarkeit verzichtet und das BIP ergänzt [...]
- die wichtigsten empirischen Daten und Szenarien zu Verfügbarkeit und Verbrauch von Ressourcen und zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im globalen Maßstab zusammenstellen und für parlamentarische Entscheidungen aufbereiten (Einsetzung 3) [...]

Es lässt sich allerdings fragen, inwiefern die Ergebnisoffenheit des Arbeitsprozesses bereits von vornherein dadurch beeinträchtigt wurde, dass sich die Enquete auf die „Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ als Forschungsgegenstand beschränkte (vgl. Enquetewatch 2012b). Diese Festlegung wurde in der Bundestagsdebatte zur Einsetzung deutlich als Einschränkung gesehen und von einem Abgeordneten der CDU/CSU positiv hervorgehoben:

„[D]er erste Erfolg der Enquete-Kommission [ist] eigentlich schon erzielt [...], weil CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne sich gemeinsam auf die Formulierung im Titel „Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ einigen konnten [und] damit ein klarer Rahmen abgesteckt ist; denn es geht darum, diese Wege innerhalb eines Systems der sozialen Marktwirtschaft zu suchen.“ (Nüßlein, in BT 2010c:8414)

Dies ist aus der Sicht der Zukunftsforschung mit ihrer inhärenten „Nähe zur Normativität“ (Schüll 2009:228) zwar nicht überraschend, aber dennoch problematisch: exploratives Arbeiten wird so erschwert. Zur Beurteilung darf hier jedoch nicht vergessen werden, dass Planungserfordernisse auch in Forschungsprojekten im vorhinein Ziele festlegen und so eventuell zukunftsforcherisches Arbeiten einschränken (Besio 2009:404, vgl. 2.2.2). Hinderlich hinsichtlich der Ergebnisoffenheit kann in der Enquete allerdings die von Hanns Michael Hölz (31. Sitzung 27) erwähnte ökonomische Schwerpunktsetzung gelten, die schon darin deutlich wird, dass zu den benannten Sachverständigen überwiegend Ökonomen gehören (Tabelle 2).

Wenn man in den Handlungsempfehlungen der Enquete ein Potential für Gesetzesfolgenabschätzung sieht (vgl. Schlussbericht 500ff.), passt Kuosas Beschreibung von Zukunftsforschung auch auf die Enquete:

„It takes its stance on different alternatives and describes its own desired futures images, instead of aiming to value neutralism. It attempts to explicate the possible prospects and consequences of different decisions in order to question or promote certain values or procedures.“ (Kuosa 2011:331)

Gibt es denn Aussagen, die die Enquete neben ihrer politischen Funktion als erkenntnissuchend

beurteilen? Beurteilt man die Enquete vom Standpunkt der Wissensproduktion aus, so haben alle Beteiligten theoretisch die Möglichkeit, sich mit Hilfe eines Sondervotums Gehör zu verschaffen, d. h. im Schlussbericht zu Wort zu kommen (vgl. SB 832ff.). Es ist nicht immer leicht, beide Perspektiven auseinanderzuhalten. So ist das Urteil von Martin Jänicke (31. Sitzung 26), „die Wissenschaftler [sic] [seien] von der Politik teilweise dominiert worden“ schwer einzuordnen – geht es darum, dass aus seiner Sicht relevantes Wissen nicht im Schlussbericht, sondern nur ggf. im Sondervotum erscheint? Das Wissen ist schließlich nichtsdestoweniger veröffentlicht. Falls er oder andere Sachverständige sich jedoch von Abgeordneten grundsätzlich daran gehindert sahen, Aussagen im Bericht zu publizieren, ist dies nach Forschungsmaßstäben problematisch (vgl. jedoch 5.5). In jedem Fall kann aus der Aussage geschlossen werden, dass die Enquete aus Jänickes Sicht möglichst unabhängiges Wissen hätte produzieren sollen.

Insgesamt urteilt jedoch auch Jänicke (31. Sitzung 26), dass „der Bericht [...] sehr wichtige Informationen vermitteln“. Der Abgeordnete Matthias Zimmer (CDU) attestiert der Enquete eine „Eigendynamik des Erkenntnisinteresses [...] über Fraktionsgrenzen hinaus“:

„Diese Eigendynamik sei in der Regel jedoch auch immer wieder unterbunden worden. Für zukünftige Enquete-Kommissionen wünsche er sich, ihr mehr Platz einzuräumen und dem Deutschen Bundestag schließlich die gemeinsam gesammelten Erkenntnisse ihrer Mitglieder zuzumuten und diese nicht der Fraktions- oder Parteidisziplin unterzuordnen.“ (Zimmer in 31. Sitzung 29f.)

Diese Beispiele sprechen dafür, dass nach dem Urteil der Mitglieder in der die Enquete ein Interesse daran bestand, relevantes und möglichst unabhängiges Wissen zu produzieren (vgl. jedoch 5.5).

5.4.2 Ansatz und Methodik

Welche Rollen haben die Kommissionsmitglieder, wenn man sie nach den Maßstäben eines hypothetischen Forschungsprojekt beurteilt? Vertritt man die Ansicht, dass Wissenschaft ausschließlich von Menschen betrieben werden kann, die über einen entsprechenden Titel und die Zugehörigkeit zu einer Forschungsinstitution verfügen, lässt sich die Beteiligung der Politiker/innen schwerlich damit unter einen Hut bringen.

Auf der anderen Seite ließe sich begründet vertreten, dass Politiker/innen in die Enquete relevantes Wissen mitbringen (Metzger 1995:113f., vgl. Hustedt et al. 2010:18). So sind die beteiligten Abgeordneten Spezialist/innen für die Funktionsweise des Bundestags und von Fraktionen.¹²²

Kann die Arbeit der Enquete damit als multi- oder gar interdisziplinär betrachtet werden?

Laut Besio (2009:361f.) spricht man von Multidisziplinarität, wenn ein Forschungsproblem anhand der im Projekt vertretenen Disziplinen in unterschiedliche Aspekte unterteilt wird, die dann die Disziplinen unter sich aufteilen. Die anspruchsvollere Interdisziplinarität setzt dagegen voraus, dass ein Austausch, ein Hineindenken in die Herangehensweise der anderen Disziplin

122 Zudem bringen sie alle Fachwissen mit, ihre Hochschulabschlüsse umfassen z. B. Psychologie, Jura, Pädagogik, Physik und Betriebswirtschaft (BT 2013a).

stattfindet und die jeweiligen Disziplinen so u. a. begrifflich erweitert (Besio 2009:363 und 403). Enquete-Kommissionen haben das Potential, sowohl Sachverständigen als auch Abgeordneten einen Lernprozess hinsichtlich der Handlungslogiken der anderen Sphäre zu ermöglichen. Dass so ein Lernprozess in der Wohlstands-enquete stattgefunden hat, belegen z. B. die Sondervoten von Abgeordneten, die unabhängig von der Fraktionsdisziplin den Bericht inhaltlich voranzubringen versuchen:

„Der Bericht der Koalitionsfraktionen stellt eine erste Grundlage dafür dar, die Möglichkeiten und Grenzen des Wachstums sowie seinen Stellenwert für Wirtschaft und Gesellschaft verstehen und beurteilen zu können sowie Handlungsempfehlungen darauf aufzubauen. Er greift in vielen Fällen aber zu kurz und vernachlässigt wichtige Themenstellungen und Zugänge, die zu einer vollständigen und umfassenden Beurteilung des Wachstumsbegriffs unabdingbar gewesen wären. [...] Der ökologischen Dimension kommt ein existenzielles Apriori zu, weil sich alles Wirtschaften in den Grenzen unseres Umweltraumes bewegen muss. [...] Ein höheres Wachstum kann mitunter auch zu einer Einbuße an Wohlstand und Lebensqualität führen.“ (Sondervotum von Matthias Zimmer (CDU) in SB:PI 106)

Auf der anderen Seite scheinen auch Wissenschaftler/innen politische Handlungslogik z. T. verinnerlicht zu haben.¹²³ Das folgende Zitat eines Sachverständigen zeigt eine geradezu binäre Logik auf der Grundlage von Einstellungen:

„Wie ist nun unser Wachstum in Deutschland, quantitativ oder qualitativ? Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Die Vertreter der These des quantitativen Wachstums (‘Quantitätstheoretiker’) verweisen auf den ewigen kapitalistisch-wettbewerblichen Kampf um größeren Absatz und immer mehr Gewinn als Beleg für ihre Deutung; die ‘Qualitätstheoretiker’ (der Verfasser eingeschlossen) sehen dagegen in dem immerwährenden Strom von neuen Produkten und Verfahren die Bestätigung ihrer Sicht. Welcher Position man zuneigt, hat große Konsequenz für das, was man die Grundeinstellung zum Wachstum nennen könnte.“ (Paqué 2012:16)

Da die beteiligten Politiker/innen allerdings keine Politikwissenschaftler/innen mit Spezialgebiet Parlamentarismus sind, sondern Akteure, die die Arbeit der Enquete mit angefordert haben und danach handeln und entscheiden werden, sollte noch die mögliche Transdisziplinarität des Gremiums beleuchtet werden. Transdisziplinarität wird laut Besio (2009:364) unterschiedlich definiert. Nach ihrer Definition versteht man unter transdisziplinärer Forschung:

„[...] in der Regel eine Forschung, die sich an Problemen orientiert, wie sie sich durch oder in Zusammenarbeit mit wissenschaftsexternen Instanzen [...] stellen. Das nötige Wissen muss ausgehend von diesen Problemen nach und nach aktiviert und integriert werden. Die transdisziplinäre Forschung orientiert sich an der Lösung von Problemen, wobei die Definition von Problemen nicht, wie in der traditionellen angewandten Forschung, von disziplinärem Wissen ihren Ausgang nimmt, sondern sich der Partizipation von Laien an der Forschung verdankt.“ (Besio 2009:364f.).

Dieser Sichtweise kommt z. B. die Problemdefinition durch Politiker/innen im Einsetzungsbe-

123 Dieser Lerneffekt ist natürlich schwer zu belegen, zumal einige Sachverständige in der Vergangenheit in der Politik aktiv waren (vgl. Tabelle 2). Die Zitate dienen jedoch nur als beispielhafte Verdeutlichung.

schluss der Enquete entgegen.

Wenn hier Praktiker/innen beteiligt sind, welche Gemeinsamkeiten hat dann die Wohlstandsenquete mit partizipativer (Zukunfts-)Forschung? Laut Popp (2009:132) besteht die Aufgabe „eines [partizipativ orientierten] Forschungsprojekts in der wissenschaftlichen Analyse von komplexen, multifaktoriellen und dynamisch-flexibel sich verändernden sozialen Handlungs- bzw. Praxiszusammenhängen“. Als ein Beispiel für die Berücksichtigung komplexer Verknüpfungen in der Enquete seien hier das Kapitel D der Projektgruppe 3 genannt, das zu den Möglichkeiten der Entkopplung (SB 353-522) Bezug auf den Umweltdiskurs, Ressourcenverbrauch, Bevölkerungsentwicklung, Globalisierung, Digitalisierung, „Veränderungen von Politik und Governance“ (SB 377f.), Klimawandel, Biodiversität, „soziale Auswirkungen des ökologischen Umbaus“, psychologische Begrenzungen sowie die Rolle von Unternehmen und Schulen nimmt. Es wird zudem durch mehrere Sondervoten um fehlende Aspekte ergänzt (vgl. Schlussbericht 393ff., 478ff., 483ff.).

Praxisbezogene Zukunftsforschung hat laut Popp (2009:133f.) die Funktion, „wissenschaftlich fundierte[s] Wissen über mögliche bzw. wahrscheinliche zukünftige Entwicklungen („Zukünfte“)¹²⁴ bereitzustellen sowie „handlungstheoretisch begründet[e] innovativ[e] Umsetzungsstrategien“ zu entwerfen. All dies geschehe bei der partizipativen Zukunftsforschung in Form der „diskursiven Beteiligung des Forschers bzw. der Forscherin an den Prozessen der vorausschauenden Planung von Aktionen“. Zwischen Zukunftsforscher/innen und Praktiker/innen müsse dabei ein „zukunfts- und innovationsorientierter Dialog“ hergestellt und aufrechterhalten werden. Wenn man diese Forderungen, auf die Wohlstandsenquete angewendet, kann konstatiert werden: ein Dialog zwischen Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen findet, wie oben gezeigt, statt; zumindest einige Handlungsempfehlungen stehen ebenfalls im Bericht (SB 285f., 608f.), und Zitate aus der überblicksartigen Einleitung des Schlussberichts zeigen, wie er sich thematisch auf die Zukunft richtet:

„[Die Enquete diene dazu] den Stand der nationalen und internationalen Diskussionen zum Thema `Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität` zusammenzutragen und politisch aufzubereiten, um dem Gesetzgeber künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen zu können.“ (SB 23)

„Leitgedanke der Abgeordneten und Sachverständigen war [...] die Frage, was Menschen – auch die folgenden Generationen – für die Verwirklichung eines individuell guten, gelingenden Lebens benötigen.“ (SB 24f.)

„Zielkonflikte werden [durch die neuen Indikatoren] in Zukunft *deutlicher sichtbar* und die gesellschaftliche Debatte wird dadurch beflügelt. Auch der Vergleich mit anderen Ländern wird sich qualitativ ändern [Hervorhebungen von der Autorin].“ (SB 25)

Lassen sich Methoden, die auch die Zukunftsforschung verwendet werden, oder ihre Grundprinzipien in der Wohlstandsenquete finden (vgl. 2.4)? Dies wird in den folgenden Absätzen untersucht.¹²⁴

124 Dabei ist anzumerken, dass ich mir durchaus über das wissenschaftlich anspruchsvolle Design der

Sitzungsprotokolle und Schlussbericht zeigen, wie Anhörungen und Gutachten diskutiert werden, genannten Fakten und Thesen eine Relevanz zugeordnet und diese dann verarbeitet werden.¹²⁵ Zu den von der Enquete solchermaßen verarbeiteten Gutachten zählen auch explizit zukunftsgerichtete, allerdings von unterschiedlicher Qualität (vgl. Markus Kalbhenn/Andreas Schneider 2012:4f., SB 821f.). Die Enquete-Kommission nutzt so unzweifelhaft in großem Umfang Expertenwissen (vgl. 5.2), insbesondere um den aktuellen Forschungsstand aufzuarbeiten. Die Diskussionen, die sich in den Sitzungen an Anhörungen anschließen, können u. U. als zukunftsforcherische Expertenrunde zu den Umsetzungschancen des präsentierten Wissens gewertet werden (vgl. 5.5.3). Schließlich erfolgen mehrere Diskussionen über bereits erstellte Projektberichte (vgl. 11. Sitzung 8ff., 22. Sitzung 77ff.). Mit dieser Arbeitsweise nähern sich das Gremium der Definition eines Delphis an, bei der Expert/innen (z. T. in sehr weitem Sinne, Cuhls 2009:140, FN 1) in mehreren Runden jeweils Ergebnisse aus den letzten Runden beurteilen und dabei voneinander beeinflusst werden (Häder in Cuhls 2012:140). Allerdings fehlt hier ein wichtiges Merkmal der meisten Delphis, die Anonymität. Sie entfällt in Gruppendelphis, die der Konsensfindung dienen (Cuhls 2012:143) – letztere ist auch ein Ziel in der Wohlstandsenquete (SB 21, vgl. Fischer 2013, vgl. 5.5.1).

Als ein Beispiel für die Präsentation alternativer Wege in die Zukunft (oder: Szenarien) kann das Kapitel F.3.3 „Zukunftsfähige Arbeit“ (SB 684ff.) der Projektgruppe 5 gelten. Hier werden drei unterschiedliche Modelle für zukunftsfähige Arbeit aufgezeigt und anschließend mit Gestaltungsmöglichkeiten zu Typisierungen verknüpft (SB 693). Eine ähnliche Unterteilung in zukunftsrelevante Entwicklungsmöglichkeiten findet sich im Abschnitt zu den unterschiedlichen Perspektiven auf Konsument/innen (SB 708f.). Allerdings bleibt die Ausgestaltung der unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten sehr abstrakt. Dies zieht sich durch das gesamte Kapitel der Projektgruppe 5, deren Thema „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“ eigentlich das Potential für eine sehr konkrete und bildhafte Ausgestaltung bietet. Dass diese Möglichkeit nicht aufgegriffen wurde, zeigt sich beim Vergleich der folgenden Beschreibung der Suffizienz mit Abschnitten anderer Werke (z. B. BUND/Brot für die Welt 2008:585.):

„Eine Perspektive des Suffizienz in der Politik ist eine soziale und kulturelle Herausforderung, die von Prinzipien ausgeht, die sich aus der Nachhaltigkeit ergeben und in Bildung, Beratung und Information ebenso umgesetzt werden muss, wie durch Reformen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Dazu gehören in der Infrastruktur Strukturen, die eine Mehrfach- und Gemeinsamnutzung von Gütern und Dienstleistungen verbessern, stärker auf regionale Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet sind oder der Nähe den Vorrang vor der Entfernung geben. Suffizienz ist also kein fertiges Konzept, sondern in erster Linie ein

Methoden bewusst bin. Keinesfalls soll hier ihr Konzept oder ihre Leistungsfähigkeit „verwässert“ werden, indem die Arbeit in der Enquete mit ihrer Anwendung gleichgesetzt wird. Die festgestellten Ähnlichkeiten sollen lediglich die Qualität der Arbeit in der Enquete messbar machen und ggf. Beratungspotenzial für die Zukunftsforschung aufzeigen.

125 Man betrachte beispielsweise, wie die Verarbeitung der Aussagen von Jörg Althammer (Gutachten 2012, Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle) und Adelheid Biesecker (Anhörung, in Sitzung 22:14 und 31f.) zum Grundeinkommen zusammen mit vielen anderen Quellen in den Schlussbericht eingeflossen ist (SB 700f.).

permanenter Lernprozess, der alle mitnehmen muss – Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen, Kultur, Wissenschaft und Politik – und der dafür auch Pionierrollen und Vorbilder in der Gesellschaft braucht.“ (SB P5:715)

An dieser Stelle hätten Beispiele suffizienter Lebensweisen, wie sie z. B. Paech (2011) und Habermann (2009) bieten, mehr Farbe, mehr Konkretheit und damit auch mehr Anknüpfungspunkte für politische Arbeit geboten.

Insgesamt sind Visionen und konkrete Zukunftsbilder im Schlussbericht schwer zu finden. Eine Analyse von eigenen und fremden Zukunftsbildern (im Sinne von ausformulierten gegenwärtigen Zukünften als Ergebnis des Nachdenkens über wahrscheinliche, mögliche, plausible, wünschenswerte gegenwärtige Zukünfte, vgl. Grunwald 2007b, 2009:33) kommt eher implizit vor. D. h. es werden kaum explizite, ausgearbeitete Visionen untersucht (vgl. Abschnitt 5.4.3). Die Analysen und v.a. die Handlungsempfehlungen geben jedoch implizit Auskunft zu den – je nach Berichtsteil unterschiedlichen – Zukunftsbildern der Kommissionsmitglieder. So werden neben der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin Arbeitsplätze in ihrer heutigen Form (SB 100) vorausgesetzt, ebenso wie gegenwärtige Regelungen der Finanzpolitik (SB 94). Auch wird angenommen, dass das westliche Wohlstandsmodell auch in anderen Weltregionen erstrebenswert ist (SB 101). Hervorstechend ist jedoch vor allem der diesen Zukunftsbildern zugrundeliegende Aspekt, dass die gegenwärtige Aufteilung in produktive, bezahlte und reproduktive, unbezahlte Arbeit erhalten bleibt (vgl. 5.5.2).

Zu beachten bleibt, dass die Zukunftsbilder der Wohlstandsenquete größtenteils durch eine zukunftsforcherische Analyse aus ihrem Bericht herausgearbeitet werden müssen¹²⁶, sie diese Arbeit also kaum selbst tut.

Die Frage nach dem normativen Umgang mit wünschbaren Zukünften in der Enquete kann so weniger anhand von konkreten Zitaten, sondern mehr anhand der Struktur von Arbeit und Bericht behandelt werden. Die Beeinflussung der Kommissionsmitglieder durch Parteipolitik (vgl. 5.5.1) ist ein Beispiel für die Bedeutung der von den Parteien gemeinsam erwünschten Zukünfte: sie bestimmen das Handeln im Diskurs, in dem über konkurrierende Zukünfte verhandelt wird (Flechtheim 1980:17, Grunwald 2007b:57, vgl. 5.5).

Zur Beurteilung der Arbeit eines Gremiums ist auch seine Einbindung in die jeweilige Forschungsgemeinde von Bedeutung (Popp 2012:13). Dafür gibt es bei der Wohlstandsenquete Anhaltspunkte: Die 18. Sitzung fand als „wissenschaftlich ausgerichtetes Symposium“ mit über 300 Gästen statt und diente dazu, „Aspekte der Kommissionsarbeit in einer breiten fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit zu erörtern“ (SB 39). Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass die Arbeitsweise der Enquete-Kommission durch ihre veröffentlichten Berichte und Videodokumente annähernd transparent ist und die Enquete sich so für die Einschätzungen anderer Wissenschaftler/innen öffnet – sie ermöglicht so beispielsweise die Beurteilungen des Projekts Enquetewatch¹²⁷.

126 Die Analyse von Zukunftsbildern in dieser oder anderen Enquete-Kommissionen, die aufgrund der größeren thematischen Breite in dieser Arbeit nur kurz sein kann, wäre damit ein gutes Thema für künftige wissenschaftliche Arbeiten in der Zukunftsforschung.

127 Vgl. dazu Kerlach 2012, Kersting 2013a-b, Kirschenmann 2012, Kuhnhehn 2013a-c, Lange 2013a-

Zudem ist damit die Grundlage für einen Dialog mit der Öffentlichkeit gelegt. Ein Beleg dafür ist die Bezugnahme auf Medienberichterstattung zur Enquete-Kommission im Schlussbericht (SB Replik 755). Beides ist z. B. bei Zukunftsforschung in Unternehmen nur selten gegeben (Popp 2012:9, Schüll 2006:97). Die Ergebnisse der Enquete-Arbeit waren so Thema einer „transparente[n] demokratische[n] Debatte“ (Grunwald 2013:31) in der Zivilgesellschaft und im Parlament.

5.4.3 Themen und Komplexität

Einer der wichtigsten Maßstäbe, an dem sich m. E. die Wohlstandsenquete aus Zukunftsforschungssicht messen lassen müsste, ist das Niveau ihrer Diskurse. Um hier einen Eindruck zu gewinnen, habe ich einige Kapitel des Schlussberichts sowie ein Sitzungsprotokoll¹²⁸ daraufhin analysiert, inwieweit sie Gegenstände, Themen und Thesen aufgreifen, die auch in der Zukunftsforschung relevant sind.

Dass es auch für die Zukunft wichtig ist, den Wurzeln von Ideen nachzuspüren, ist in der Enquete-Kommission sehr präsent, auch wenn die Vergangenheit unterschiedlich analysiert wird. So interpretieren manche Versuche, den Wurzeln von Denkweisen nachzuspüren, doch zu ahistorisch:

„Wenn auch nicht ausdrücklich oder konzeptionell, so sei [bereits] mittelalterliche Politik doch implizit wachstumsorientiert gewesen.“ (Karl-Heinz Paqué in 5. Sitzung:8)

Andere aber argumentieren in ihren Beiträgen differenzierter und zeigen Sachkenntnis zu Annahmen über Fortschritt und Zeit:

„Wachstum sei eine historische Konstante, nicht aber das erörterte Fortschrittsdenken, das sich in der konzeptionellen Übertragung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Wirtschaft und in einer geschichtsphilosophischen, moralischen Gesamtkonzeption äußere.“ (Matthias Zimmer (CDU) in 5. Sitzung:12)

„Die Vorstellung eines fortwährenden zivilisatorischen Fortschritts sei in der zyklischen Denkweise des Mittelalters nicht angelegt.“ (Hermann E. Ott (Grüne) in 5. Sitzung:13)

Auch Aussagen aus Kapitel D.5.4.4 und 5.4.5 zu den Herausforderungen der Entkopplung durch psychologische und kulturelle Begrenzungen (SB 438-441) überschneiden sich mit Themen und Thesen aus der Zukunftsforschung. Die Autor/innen erwähnen das (Un-)Vermögen von Menschen, zukünftige Entwicklungen oder mögliche Risiken einzuschätzen (SB 438f.), die Überschätzung von kurzfristig zu erwartendem Nutzen, Ergebnisse zu Status-Quo-Präferenzen aus der Transitionsforschung und Pfadabhängigkeiten sowie soziale Innovationen und Resilienz im Wandel (SB 440f.).

Der Umfang der Analyse zeigt sich besonders im Namensbeitrag des Sachverständigen Michael Müller und des Abgeordneten Matthias Zimmer (CDU) „Ideengeschichte des Fortschritts“ (SB 190-206). Die Autoren nehmen als Ausgangspunkt die Gleichsetzung von Wachstum und Fortschritt und ordnen diese Idee in den Kontext der europäischen Moderne ein. Dabei weisen

d, Schneeweiß 2012, Enquetewatch 2013a-b.

128 Die Auswahl der Texte erfolgte größtenteils anhand ihrer Überschriften, die zukunftsforcherisch relevante Themen vermuten ließen.

sie auf einschränkenden Eurozentrismus¹²⁹ und Ungleichheiten der Geschlechter (als unzureichend erreichte Ziele selbst nach europäischen Maßstäben) hin. Die Fortschrittsidee sei auf Wirtschaftswachstum verengt worden, dessen Nebenfolgen auf globaler Ebene der Emanzipation des Menschen zuwiderlaufen. Vor diesem Hintergrund sprechen sich die Verfasser für neue Maßstäbe des Wohlstands aus. Im Folgenden wird die Ambivalenz des Fortschritts¹³⁰ reflektiert und seine Nutzung zur Legitimation beschrieben. Dann folgt ein Abriss über frühe wachstumskritische Diskurse und es wird gezeigt, wie „Wachstum als Rest der Fortschrittsideologie“ (SB 203) übrig blieb. Fortschritt könne nun nicht mehr die Erklärung des 18. und 19. Jh als „Generallegitimation“ von Wachstum nutzen (SB 205). Diese Analyse, die sich mit „Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart (Kreibich 2008:9)“ befasst, kann als Versuch gelten, inhaltlich das nachzuholen, was in Projektgruppe I versäumt wurde. Auf ähnliche Weise wird im Sondervotum mehrerer Sachverständiger zu dem Bericht der Projektgruppe 5 (SB 740ff.) die Diskussion um Reformen vertieft. Dabei wird beispielsweise auf Eric Hobsbawms Zustand der „permanenten Gegenwart“ Bezug genommen, in dem die Verknüpfung mit historischen Erfahrungen gekappt und so längerfristige Betrachtungsweisen erschwert werden (SB 742). Diese Ausschnitte vermitteln einen Eindruck vom Niveau der Diskussionen in der Enquete: Themen mit Relevanz für die Zukunftsforschung werden immer wieder aufgegriffen, insbesondere gilt dies für Reflexionen zur Moderne. Ähnlich wie in Kapitel 5.3 muss jedoch festgehalten werden, dass eine zukunftsforcherisch qualitätvolle Analysefähigkeit nicht in allen Abschnitten zu finden ist, aber auch nicht leicht einer Gruppe zugeordnet werden kann.¹³¹

5.5 Transparenter Dissens statt Objektivität?

In diesem Kapitel möchte ich die Frage, wie objektiv die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ als implizite Institution der Zukunftsforschung denn sein könnte, aus drei Perspektiven behandeln: Subjektivität, Repräsentativität und Transdisziplinarität. Alle drei Perspektiven geben kein abschließendes Bild von der Wissenschaftlichkeit des Gremiums, bilden jedoch wichtige Ansatzpunkte für Kritik an wissenschaftlichen Arbeitsweisen und für den zukunfts-

129 Dies wird auch in einem Sondervotum zu dem Bericht von Projektgruppe 3 noch einmal aufgegriffen (SB 485ff.), das auf den Eurozentrismus „der Moderne“ hinweist und den Begriff einer „verwobenen Moderne“ einführt. Die Autor/innen äußern, dass es in globaler Perspektive z. B. deutlich andere Wohlstandsmodelle geben könnte als es die von ihnen zitierte pauschale Aussage „Indien und China wollen halt wachsen“ (SB 486) vermuten lässt.

130 V.a. die Nichteinbeziehung der Natur als Mit-Welt statt Um-Welt sowie die „Entbettung“ der Wirtschaft aus der Gesellschaft nach Karl Polanyi (vgl. SB 487f.).

131 Unter Berücksichtigung von Literatur der Zukunftsforschung, den in Kapitel 5.2 vorgestellten Urteilen zur Wohlstandsenquete und meinen Analysen zum Zukunftsverständnis lässt sich die These aufstellen, dass die Gruppendynamik in der Wohlstandsenquete durchaus auch bei ihren Qualitäten als hypothetische Zukunftsforschungsinstitution eine Rolle spielte. So finden sich beispielsweise in Projektgruppe 3 nicht nur viele Schlagwörter aus der Zukunftsforschung (vgl. 5.3), sondern auch inhaltlich tiefgehende Analysen. Gleichzeitig waren in ihr besonders viele Mitglieder vertreten, denen sich auf Basis der Kapitel 5.3 und 5.4 ein hoher Grad an Zukunftsreflektiertheit bescheinigen lässt. Das Ausmaß der Gruppendynamik in der Wohlstandsenquete und die spekulative These von „Treibern“ und „Bremsen“ des Zukunftsverständnis kann hier allerdings nicht tiefer analysiert werden.

forscherischen Wert des Gremiums.

5.5.1 Der Aspekt der Subjektivität

Ein Standpunkt, der sich auf Forschung generell anwenden lässt, ist der der Subjektivität. Wie in Kapitel 2.3 dargestellt, wird vollkommene Objektivität in der Wissenschaft von vielen Autor/innen als unmöglich angesehen, da Arbeitsweise und Ergebnisse immer von subjektiven Ansichten sowie Positionen und Gruppenzugehörigkeiten der Forschenden beeinflusst werden.

Für eine solche Beeinflussung der Wissenschaft lassen sich auch in der Enquete-Kommission Indizien finden. So waren z. B. mehrere der Sachverständigen – abgesehen davon, dass sie von den Fraktionen berufen wurden – zuvor Parteipolitiker oder gegenwärtig noch Parteimitglieder (BT 2013b). Ein Hinweis auf Gruppenbildung ist auch, dass sich für Sondervoten die Sachverständigen und die Abgeordneten überwiegend entlang der Linien von Koalition und Opposition gruppieren (SB 832ff., Tabelle 2).¹³²

Kapitel 5.2 hat zudem gezeigt, dass das zunächst offene Erkenntnisinteresse der Enquete im Laufe ihrer Arbeit von Parteipolitik überlagert wurde (vgl. Eva Mahnke 2013). Die Positionen von Koalition und Opposition waren laut Fischer (2013) in der Wohlstandsenquete sogar weitaus deutlicher unversöhnlicher als in anderen Enquete-Kommissionen. Ismayr (1996:39) urteilt, dass das Potenzial von Enquete-Kommissionen, zu neuen Erkenntnissen zu gelangen und mehrere alternative Wege aufzuzeigen, nur bei einer ergebnisoffenen Ausgangslage ausgeschöpft werden kann (vgl. 4.4). Nach diesem Maßstab müsste der Erkenntnisgewinn durch die Wohlstandsenquete gering sein.

Allerdings darf die Transparenz der Enquete-Dokumente und insbesondere des Abschlussberichts nicht unterschätzt werden: durch die Sondervoten sind alternative Aussagen und Handlungsvorschläge präsent und kommunizierbar. Viele Beispiele zeigen, wie ein klarer Dissens formuliert wird – ein Anspruch, den auch Ansätze der Zukunftsforschung wie z. B. die Delphi-Methode haben und den Grunwald (2013) für die Ergebnisse von Zukunftsforschung generell fordert. So folgt dem Namensbeitrag des von der SPD berufenen Sachverständigen Michael Müller und des Abgeordneten Matthias Zimmer (CDU) zur „Ideengeschichte des Fortschritts“ (SB 190-206) eine Replik des von der FDP benannten Sachverständigen Karl-Heinz Paqué (SB 206-209) und daraufhin eine erneute Replik des Abgeordneten Matthias Zimmer (CDU) (209-212). Dieser Argumentationsaustausch in z. T. scharfen Worten ist nicht trivial, wie man bei einem politischen Gremium auf den ersten Blick urteilen möchte, sondern enthält viele Informationen: er verläuft quer zu Koalitionslinien und benennt im Detail die unterschiedlichen Ansätze, explizit als Grundlage für weitere fruchtbare Diskussionen (SB 755).

Ähnliches lässt sich über die Sondervoten der Opposition zum Gesamtbericht sagen: beide sind polemisch scharf formuliert, enthalten aber klarer Aussagen zu den unterschiedlichen gewünschten Zukunftsentwicklungen. So heißt es im Sondervotum der Linken (SB 775-786), „Fragen alternativer Entwicklungswege [müssen] mit einer Kritik von Macht- und Herrschafts-

132 Die Beeinflussung der Arbeit durch das soziale Geschlecht der Kommissionsmitglieder ist Gegenstand von Abschnitt 5.5.2 zur Repräsentativität.

verhältnissen [...] einhergehen". Die Regierungskoalition und ihre Sachverständigen hätten Fragen nach weitergehender Regulierung und Reformen blockiert (775f., Hervorhebungen von mir). Konsense, z. B. mit der Arbeit von Projektgruppe 3 und 5, werden ebenso benannt wie Konsense über Dissense (SB 777). Das Sondervotum der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen (SB 786-791) enthält neben einer Auflistung gemeinsam erreichter Positionen Kritik am „Wachstums-Fetisch“ (SB 487), den Hinweis auf Handeln innerhalb ökologischer Grenzen unabhängig vom BIP und die Forderung nach einer sozial-ökologische Transformation (787).

Meines Erachtens lässt sich aus diesen Feststellungen der Schluss ziehen, dass die Arbeit aller Beteiligten an der Enquete-Kommission einerseits von Erkenntnisinteresse bestimmt, andererseits subjektiv geprägt ist. Die Grenzen zwischen Sachverständigen und Abgeordneten verschwimmen insoweit, als einige Politiker/innen selbst hauptsächlich auf ein Erkenntnisinteresse zuarbeiten, selbst wenn dies ihrer Parteiposition widerspricht (vgl. Zimmer in SB:PI 106), während einige Sachverständige auf Basis von Grundpositionen dem Bericht z. T. wissenschaftliche Fehltritte hinzufügen (vgl. Paqué 2012, Knauß 2013). Damit soll nicht gesagt werden, dass aufgrund der Subjektivität jeder Einzelperson die Arbeit der Wohlfahrtsenquete pauschal als Wissenschaft klassifiziert werden kann.¹³³ Aber die Enquete beleuchtet die scheinbare Objektivität von Wissenschaftler/innen und setzt damit Wissen in einen Kontext zu Macht. Sonst als objektiv wahrgenommene Wissenschaftler/innen werden so im Kontext der Enquete von den Medien einer Parteiposition zugeordnet (vgl. Lange 2012d). Dies ist insofern emanzipatorisch, als Informationen über politische Präferenzen konkreter Wissenschaftler/innen normalerweise extra recherchiert werden müssen. Wenn es an wissenschaftlichen Studien z. B. ausgeblendete Perspektiven zu bemängeln gibt, muss dies in einer zusätzlichen Veröffentlichung erfolgen, vor der nicht alle Leser/innen erfahren (vgl. Linz 1998:7).¹³⁴ In den Enquete-Texten dagegen erhalten durchschnittliche Rezipient/innen diese Information am gleichen Ort und zur gleichen Zeit. Sie bekommen so Unterstützung bei der Einordnung der Arbeitsergebnisse. Im Unterschied zu üblichen wissenschaftlichen Forschungsberichten werden also in den Texten der Wohlfahrtsenquete die Differenzen relativ klar offengelegt und vor allem größtenteils kommuniziert. Damit sind sie annähernd transparent und ermöglichen es mündigen Leser/innen, sich eine Meinung zu bilden.¹³⁵ Dies kann trotz aller Warnungen vor Beliebigkeit und politischer Instrumentalisierung auch als „Demokratisierung der Expertise“ (Weingart in Hustedt et al. 2010:18) bewertet werden. Für die Zukunftsforschung ist dies nicht nur aus Gründen der Wissenschaftsethik bedeutsam, sondern auch wegen

133 Insbesondere sind die unterschiedlichen Funktionen und Rollen der Abgeordneten bzw. Sachverständigen bei der Wissenserarbeitung nicht immer klar, was laut Popp (2009:134, 2012:8, vgl. Moser 1995:98) in Forschung mit Beteiligung von Praktiker/innen gegeben sein muss.

134 Ein gutes Beispiel ist hier die bekannte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, zu dem nachträglich ein Band mit gesammelten Kritikpunkten erschien. Darin tauchte auch wesentliche Kritik an den Grundaussagen der Studie aus feministischer Perspektive auf (Linz 1998:29ff.).

135 Transparenz hat allerdings ihre Grenzen: so ist an keiner Stelle in Bericht oder Dokumenten der Enquete-Kommission eine Zusammenstellung dazu zu finden, welche SV von welcher Partei benannt wurden. Ich musste daher diese Informationen aus einer Reihe von Quellen „zusammenrecherchieren“ (vgl. Tabelle 2).

ihres Auftrags, alternative Zukünfte und Handlungsspielräume aufzuzeigen (Tiberius 2011:108). Die Berichte der Wohlstandsenquête mit ihren Sondervoten zeigen klar, wo für welche Gruppe Handlungsspielräume, aber auch Grenzen des Handelns sind. Mit dem Wert dieser Informationen für die Zukunftsforschung beschäftigt sich Kapitel 5.5.3.

5.5.2 Der Aspekt der Repräsentativität

Nicht zu unterschätzen ist im Hinblick auf Subjektivität die zweite Perspektive, die ich mit Repräsentativität benennen möchte. Hier geht es darum, dass in der Wohlstandsenquête die Zugehörigkeit der Mitglieder zu einer gesellschaftlichen Gruppe öffentlich problematisiert wurde.¹³⁶ Es ging dabei hauptsächlich um die Geschlechtszugehörigkeit der Mitglieder: Denn unter den 17 Sachverständigen befand sich zu Beginn der Arbeit keine einzige Frau (SB 810, vgl. 5.2). Dies wurde in einem Offenen Brief (Alexandra Scheele et al. 2011) und mehreren Artikeln in den Medien (z. B. Berth 2011) als Verzicht auf Genderkompetenz¹³⁷ und Ausblenden von weiblichem Sachverstand kritisiert. Selbst wenn unter den 17 Abgeordneten zeitweise 10 Frauen waren, hätten doch die Ergebnisse der Enquête darunter zu leiden, dass alle Parteien¹³⁸ Sachverstand gerade auf dem Gebiet des Wohlstands und der Lebensqualität offenbar nur Männern zutrauten (vgl. 2.3). Die ausscheidenden Sachverständigen wurden in Folge stets durch Frauen ersetzt, sodass die Sachverständigengruppe sich 2013 aus 15 Männern und zwei Frauen zusammensetzte, wobei über die gesamte Zeit drei Frauen in der Gruppe mitarbeiteten: Prof. Dr. Beate Jochimsen (ab Mai 2011), Prof. Dr. Brigitte Unger (Juli bis November 2012) und Prof. Dr. Anke Hassel (ab November 2012) (SB 2013:810, BT 2013a). Dies kommt jedoch den Forderungen aus der Wissenschaft in einem Offenen Brief (Scheele et al. 2011:2) und aus der Politik (in einem Antrag von über 100 weiblichen Abgeordneten, die Zahl der Sachverständigen um 8 Frauen zu erweitern, BT 2011:1), nicht einmal nahe.

In Kapitel 2.3 habe ich gezeigt, wie die Position der Wissenschaftler/innen in der Gesellschaft ihre Arbeit und ihre Ergebnisse beeinflusst. Lässt sich dies auch für die Wohlstandsenquête konstatieren?

Eine Suche nach den Schlagwörtern „Frauen“, „weiblich“ und „feministisch“ im Schlussbericht verstärkt die Annahme, dass Themen mit Genderrelevanz in den Kapiteln der ersten vier Pro-

136 Darunter verstehe ich hier beispielsweise die (ggf. konstruierte) Zugehörigkeit zu einem (sozialen) Geschlecht, einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder einer sozialen Schicht. Diese Gruppenzugehörigkeiten werden häufig danach zusammengestellt, dass sie zum Anlass für Diskriminierung genommen werden (vgl. Universität Bielefeld 2011). Hier kann nicht jede dieser Gruppen berücksichtigt werden, es sei aber darauf hingewiesen, dass die Lebensbedingungen von Menschen mit mehreren Gruppenzugehörigkeiten (z. B. Schwarzen Frauen) oft von komplexer Mehrfachdiskriminierung geprägt sind (vgl. Portal Intersektionalität 2013).

137 Genderkompetenz wird gerade vor dem Hintergrund der Wohlstandsthematik, die z. B. eng mit dem Arbeitsbegriff verbunden ist, als unerlässlich erachtet (Scheele et al. 2011:1). Adelheid Biesecker vertrat in der Enquête – entgegen der Meinung einiger Mitglieder – die Ansicht, dass feministische Perspektiven die Beteiligung von Frauen verlangten, da sie von Männern nur selten automatisch berücksichtigt würden (Biesecker in 22. Sitzung:31).

138 Sogar die Parteien des linken Spektrums, denen mehr Frauen angehören (Edinger 2009:182), hatten nur Männer berufen (vgl. Grüne 2011).

jektgruppen tatsächlich nur punktuell auftauchen. Erst Projektgruppe 5 beschäftigt sich mit dem „Gender Pay Gap“ und weiblichen Teilzeitverhältnissen (SB 680f.), einem neuen Arbeitsverständnis (SB 688) und weist mit einem Zitat von Adelheid Biesecker et al. (2012)¹³⁹ u. a. auf das Ausmaß der reproduktiven Arbeit hin:

„[Zu] Entwicklungen, die ein solches nachhaltiges Wirtschaften verwirklichen „gehören die vielen Tätigkeiten des Sorgens, der Subsistenz, der Eigenarbeit und des Engagements, die immer noch 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten ausmachen.“ (SB 689).

Mit den Anhörungen von Jutta Allmendinger (10. Sitzung, „Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnis“) und Adelheid Biesecker („Zukunft der Arbeit“, 22. Sitzung) wurden zwei Sitzungen u. a. genderspezifischen Themen gewidmet (SB 823 und 829). In mehreren Sondervoten der Opposition werden weibliche Themen ergänzt, so wird z. B. eine Frauenquote gefordert (SB 161). Insbesondere ein Sondervotum zum Gesamtbericht¹⁴⁰ (SB 796-799) kritisiert neben der Zusammensetzung der Enquete die mangelnde Aufmerksamkeit für „geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität“. Zwar tauchten diese Themen im Schlussbericht auf, jedoch sei die Enquete-Kommission nie offen für eine systematische Rezeption und Einbeziehung geschlechterpolitischer Perspektiven gewesen (SB 796). Für das Thema der Enquete-Kommission weisen sie insbesondere auf die Trennung von „produktiver“ und „unproduktiver/reproduktiver“ Arbeit (meist Frauen oder Migrant/innen zugewiesen) hin und darauf, dass erstere auf letztere prinzipiell angewiesen sei. Für kommende Enquete-Kommissionen fordern sie die Berücksichtigung von Frauen als Sachverständigen sowie geschlechterpolitischer Expertise, bevorzugt in einer eigenen Projektgruppe (SB 799).

Migrantische Perspektiven werden in der Arbeit der Enquete noch mehr vernachlässigt als geschlechterspezifische, ihr Fehlen rief auch in den Medien keine so starke Kritik hervor (vgl. jedoch Offener Brief, Gender Diversity 2011). Die Fußnote zum letzten Sondervotum erkennt allerdings weitere „Achsen der Ungleichheit“ an (SB 797, FN 2969)¹⁴¹. Dennoch ist damit die Arbeit der Enquete nicht interkulturell, wie Göll (2009:345) es für die Zukunftsforschung fordert. Aber auch die Sondervoten selbst können wieder Gegenstand von Kritik sein: so bemängelt eine Replik auf das Sondervotum zur gesellschaftlichen Modernisierung die Ausblendung von feministischen (und migrantischen) Perspektiven:

„Richtigerweise wurde aus frauenpolitischer und feministischer Sicht kritisiert, dass diese Enquete-Kommission von Männern dominiert ist und dass geschlechterunsensibles Wissen vorherrscht. Michael Müller reproduziert das nochmals. Nicht nur, dass er ausschließlich Männer [...] zitiert; der Text ist weitgehend frei von Argumenten aus der feministischen Diskussion und Kritik an Modernisierung; die Frauenbewegung als zentrale Kraft gesellschaftlicher Modernisierung im Lichte der Emanzipation [...] findet keine Erwähnung. Damit wird unkenntlich gemacht, dass historisch Freiheit und Autonomie oft jene von

139 Es handelt sich dabei um ein Hintergrundpapier, das als Kritik an der überwiegend männlichen Sachverständigengruppe eingebracht wurde (Kirschenmann 2012).

140 Unterstützt von mehreren Sachverständigen sowie den Fraktionen Die Linke und Bündnis90/ Die Grünen.

141 Die Autor/innen stellen dort fest: „Gleichwohl impliziert die Analyse hierarchischer Geschlechterverhältnisse nicht automatisch jene der ethniesbasierten Ungleichheit“ (SB 797, FN 2969).

Männern waren – und bis heute sind.“ (SB 756)

Das Urteil von Kommissionsmitgliedern selbst zeigt, dass sie diese Ausrichtung der Enquete kritisieren, jedoch die teilweise erfolgte Korrektur begrüßen:

„Um einer Verengung der Perspektive entgegenzuwirken, seien weibliche Sachverständige nachgerückt, sei ein Posten zur Bearbeitung des Genderthemas im Kommissionssekretariat geschaffen worden, haben zwei Plenarsitzungen zu geschlechterpolitischen Aspekten stattgefunden und habe es eine Expertise zu feministischen Perspektiven auf Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gegeben. In den Bericht der Enquete-Kommission sei zudem eine Hinweislampe zu nicht marktvermittelter Arbeit, insbesondere im Indikatoren-satz und in den Berichtsteil der Projektgruppe 5 zum Thema Arbeit eingebracht worden.“ (SV Ulrich Brand in 31. Sitzung: 22)

Auch wenn die obige Einschätzung recht optimistisch scheint, wenn man bedenkt, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands im Großteil des Berichts nicht berücksichtigt wird, lässt sich doch als Fazit dieses Abschnitts festhalten: Die Arbeit der Enquete-Kommission zeigt zwar durch ihre mangelnde Repräsentativität eine stark subjektive Färbung. Darauf wird allerdings in Diskussionen der Enquete und im Schlussbericht mehrfach hingewiesen, ihre Mängel sind also ansatzweise transparent. Zudem zeigte die Enquete Ansätze der Selbstkorrektur. Noch wichtiger ist zudem, dass die Forderung nach Repräsentativität bei diesem Gremium – als einem politischen Gremium – öffentlich erhoben wurde.¹⁴² In wissenschaftlichen Forschungsprojekten, Forschungsinstitutionen und Forschungsberichten wird das Fehlen weiblicher oder sonstiger Perspektiven dagegen nicht automatisch thematisiert, geschweige denn korrigiert (vgl. Linz 1998:7, vgl. 2.3). Für die Zukunftsforschung ist die Öffnung der Perspektiven deshalb so wichtig, weil sie ein Denken „outside the box“ (Kirschenmann 2012) und damit neue Wege wahrscheinlicher macht (vgl. Hideg 2002:291). Eine mögliche, wenngleich radikale, Ansicht wäre damit, dass wissenschaftliche Arbeiten oder Gremien, die Perspektiven ausschließen, per se schlechtere Ergebnisse für die Zukunftsforschung liefern als solche, die sich mehreren Blickwinkeln öffnen.

5.5.3 Der Aspekt der Transdisziplinarität

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, ob sich vielleicht gerade in der oben demonstrierten Subjektivität der Kommissionsmitglieder ein Wert für die Zukunftsforschung finden lässt. Ich beziehe mich hier auf die von mir in Kapitel 4.4 entwickelte These, dass in den Texten einer Enquete Aussagen über die Chancen von Wissen gemacht werden.

Wie in Kapitel 5.5.1 dargelegt, lassen sich den Texten der Wohlstandsenquete Informationen darüber entnehmen, welche Gruppen oder Personen bestimmte (wissenschaftliche) Aussagen für wahr und relevant halten. Besonders klar werden solche Dissense in den Sondervoten. Nimmt man an, dass die Parlamentarier/innen in der Wohlstandsenquete die Position ihrer Partei oder

142 Gremien des Parlaments als einer Institution der Volksvertretung sehen sich mit dieser Forderung konfrontiert – selbst wenn Parlamente von ihrer sozialen Zusammensetzung her nicht repräsentativ sind (Edinger 2009:185 und 211).

Bundesstagsfraktion¹⁴³ vertreten, kann man ihre in den Texten dargelegten Positionen als „Vorschau“ auf eine eventuelle Umsetzung von Aussagen sehen. Denn sie werden tatsächlich in Zukunft an der nationalen Gesetzgebung beteiligt sein. Im Sinne von Bell (1997a:151) haben sie dadurch mehr Möglichkeiten, die Zukunft zu beeinflussen, als andere Menschen.¹⁴⁴

Anders betrachtet: Wenn man die Wohlstandsenquete als hypothetisches transdisziplinäres Forschungsprojekt sieht, so bringen die Sachverständigen insbesondere Faktenwissen ein, die Abgeordneten dagegen Prozesswissen und Wissen zu den Positionen ihrer Parteien/Bundestagsfraktionen (und deren Verhandelbarkeit). Während der Arbeit der Wohlstandsenquete werden diese beiden Arten von Wissen in Relation zueinander gesetzt. Die Texte der Enquete und insbesondere der Schlussbericht enthalten dadurch Informationen über die Verbindung von wissenschaftlichen Aussagen, Forschungsergebnissen, Handlungsempfehlungen etc. mit Parteipositionen und Umsetzungsplausibilitäten. Für die Zukunftsforschung ist dies deshalb interessant, weil gerade das Handeln und Entscheiden von Personen sehr schwer zu modellieren oder vorauszusehen ist. Detaillierte Informationen aus einem solchen Schlussbericht lassen dagegen darauf hoffen, dass die Zukunftsforschung Aussagen treffen könnte wie „Vertreter der Bundestagsfraktion A haben sich für ein bestimmtes, in der Enquete neu erarbeitetes alternatives Arbeitszeitmodell ausgesprochen. Jetzt hat Fraktion A in der Regierung eine Mehrheit. Regelungen, die ein solches Arbeitszeitmodell befördern, werden damit plausibler¹⁴⁵.“

Lassen sich durch eine Analyse der Enquete-Texte Argumente für oder gegen diese These finden? Zunächst ist zu überprüfen, in welchem Zusammenhang die Berichte und die Abstimmungen der Fraktionsvertreter mit den Ansichten ihrer jeweiligen Fraktion oder Partei stehen. Ein Indiz hierfür ist das von allen Beobachtern konstatierte und hier bereits behandelte Überhandnehmen von Parteipolitik im Laufe der Kommissionsarbeit (vgl. 5.2). Eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit quer zu Koalitionslinien, beispielsweise mit einem gemeinsamen Thesenpapier der Vorsitzenden Kolbe (SPD) und Zimmer (CDU) wurde laut Kritiker/innen zum Auslöser von Aufregung und Zimmer „zurückgepiffen“ (Schneeweiss 2012, Mahnke 2012). Offen bleibt, ob dies nur aus „machtpolitische[m] Interesse“ (Pinzler 2013) oder tatsächlich aus thematischen Gründen erfolgte. Letzteres lässt sich wohl im Falle der FDP feststellen, die laut Kritiker/innen anfangs etwas offener gewesen, dann aber von Parteichef Rösler auf Wachstum als Programm eingeschworen worden sei (Schneeweiss 2012, Pinzler 2013). Aus diesen Beispielen für Einflussnahme, die der politischen Kritik als ärgerlich gelten (vgl. Pinzler 2013, Kuhnhehn 2013c), schließe ich ein Interesse der Bundestagsfraktionen, ihre Vertreter in der Enquete in ihrem Sinne arbeiten und abstimmen zu lassen.

Im Schlussbericht finden sich zahlreiche zukunftsgerichtete Handlungsempfehlungen, z. T. gekop-

143 Diese sind nicht gleichzusetzen. In den Texten der Enquete werden z. B. Sondervoten allerdings immer mit „Fraktion X“ unterzeichnet, womit die Vertreter der Fraktion im Bundestag gemeint sind. In meinem Text spreche ich daher auch von „Fraktionsvertreter/innen“.

144 Gleichzeitig lässt sich argumentieren, dass durch die Beteiligung gewählter Volksvertreter die Wissensproduktion in der Enquete ein demokratisches Moment erhält (vgl. Thunert 2004:398).

145 Hier ist die Verwendung des Begriffes „plausibel“ (nicht: „wahrscheinlich“!) von Bedeutung, da es um argumentativ gestützte Kausalitäten geht.

pelt an einzelne Fraktionen. Hier werden, wie Hideg (2002:284) von der wissenschaftlichen Zukunftsforschung fordert, „possible futures together with their value content“ präsentiert. Ein gutes Beispiel sind die unterschiedlichen Wohlstandsindikatoren: so enthält sowohl das Sondervotum der Grünen (SB 277ff.) als auch das Sondervotum der Linken (288ff.) eine Alternative zu dem von Projektgruppe 2 vorgeschlagenen Wohlstandsindikatorensatz (SB 234ff.).

Eine existierende Analyse zu Wachstum in Wahlprogrammen und zu den Auswirkungen der Wohlstandsenquête auf die Wahlprogramme der deutschen Parteien 2013 (Gerrit von Jorck 2013a-e) zeigt, dass Wahlprogramme weitaus allgemeiner bleiben und auch die Wahlprogramme der Opposition weniger wachstumskritisch sind als ihre Stimmen im Schlussbericht. Die Enquete-Texte zeigen also möglicherweise die interne Verhandelbarkeit einzelner Details an und erhöhen damit eventuell im Vergleich zu Wahlprogrammen Kontingenz (vgl. Grunwald 2007a:954).

Darüber hinaus gehend ist es in dieser Arbeit nicht möglich, signifikante Kausalverbindungen zwischen den Positionen der Fraktionsvertreter in einer Enquete und den später umgesetzten Gesetzen zu belegen. Will man jedoch an Zukunftswissen zur Verabschiedung von Gesetzen gelangen, das über Wahlprogramme und Koalitionsverträge hinausgeht, sind die Schlussberichte von Enquete-Kommissionen dafür zumindest eine Möglichkeit.¹⁴⁶

146 Hier wäre eine Vergleichsarbeit mit politikwissenschaftlicher Ausrichtung (und am besten auf der Basis mehrerer Enquete-Kommissionen) wünschenswert, um meine bisher spekulative These zu erhärten. Eine andere Möglichkeit wäre beispielsweise eine Diskursanalyse. Zu der Aussagekraft einer Diskursanalyse für zukünftige Gesetzgebung ist am Institut Futur 2013 eine Masterarbeit verfasst worden (Mira Schirrmeister zum Thema Fracking).

6. Die Arbeit der Wohlstandsenquete aus Sicht der modernen Zukunftsforschung

„Wir stimmen überein, dass wir nicht übereinstimmen.“ Dieser Satz findet sich mehrmals¹⁴⁷ im Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Er beschreibt ein Ergebnis ihrer Arbeit: eine Einigung auf innovative Handlungsempfehlungen, die mehrheitsgestützt eine Chance auf politische Umsetzung haben, blieb größtenteils aus. Aus Sicht vieler Wachstumskritiker/innen hat die Enquete damit politisch versagt (vgl. 5.2).

In dieser Arbeit ging es jedoch um etwas anderes. Die provokante Frage, inwiefern die Wohlstandsenquete Zukunftsforschung betreibt, erforderte ein langes und produktives Ausholen zu Grundannahmen, Erkenntniszielen, Arbeitsweisen, Wissenschaftlichkeit und Objektivität der Zukunftsforschung. Dieser Prozess des Sich-Hinterfragens positioniert die Zukunftsforschung im Kontext einer reflexiven Moderne, in der die Menschen sich selbst Möglichkeiten geschaffen haben, die sie mit den Herangehensweisen der Vergangenheit nicht überblicken können (5.1). Insbesondere trifft dies auf die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu: Um in nachhaltigen Grenzen zu bleiben, scheinen sich technologische Lösungen aufzudrängen. An diesen techniko-optimistischen Ansätzen ist die Zukunftsforschung historisch nicht unbeteiligt. Die Aufgabe der modernen, selbstreflexiven Zukunftsforschung ist es daher, sich nochmals Fragen zu stellen wie: Was können wir über die Zukunft wissen und was glauben wir zu wissen? Welche Entwicklungen sind möglich, wahrscheinlich oder plausibel? Was wünschen wir uns für die Zukunft (vgl. 2.2)? Und nicht zuletzt – wer ist: wir (vgl. 2.3)? Meine These zu Beginn der Arbeit lautete, dass sich die Wohlstandsenquete all diese Fragen in ähnlicher Weise stellte. Die Arbeit lief somit auf einen Vergleich zwischen den Ansprüchen, die in der Forschungsgemeinde an Zukunftsforschung gestellt werden, und den Eigenschaften, die die Wohlstandsenquete zu einem hypothetischen Forschungsprojekt machen, hinaus. Meines Erachtens liegt der Wert der Arbeit dabei auf dem Licht, das die Analyse der Enquete auf Zukunftsforschung wirft. Die eingangs gestellte Frage, inwieweit die Enquete-Kommission gute Zukunftsforschung betreibt, lässt sich daher auf zweierlei Weise beantworten:

Nein – die Wohlstandsenquete betreibt keine Zukunftsforschung. Dafür sind sie und die in ihr vorhandenen Denkweisen nicht klar genug strukturiert und dadurch nicht wissenschaftlich. Ein möglicher Ausgleich durch kreatives, visionäres Denken findet nicht statt.

Eine Analyse der Grundannahmen zur Natur der Zukunft, die in den von der Enquete produzierten Texten sprachlich greifbar sind (vgl. 5.3.1), lässt darauf schließen, dass viele ihrer Mitglieder auf der Grundlage widersprüchlicher Grundannahmen zur Zukunft arbeiten (vgl. 5.3.2). Obwohl dies nicht auf alle zutrifft (vgl. 5.3.3), lässt es die Arbeit dadurch an „Zukunftsadäquatheit“ (wie gefordert von Gerhold et al. 2012:206) vermissen. Auch das Niveau ihrer Diskussionen ist heterogen: einige zeugen von beachtlicher Tiefe und Breite, in anderen wird einseitig argumentiert, wenig hinterfragt und z. B. unreflektiert von vergangenen Veränderungen auf gegenwärtig ablaufende

147 Mehrmals in der englischen Version „we agree that we disagree“ (SB 37, 645, 777).

geschlossen (vgl. 5.4.3). Damit ist die Qualität der Ergebnisse wechselnd.

Von einer Enquete-Kommission, die als politisches Gremium innerhalb institutioneller Zwänge agiert, kann nicht die Anwendung spezifischer Zukunftsforschungsmethoden erwartet werden (vgl. 2.4). Die Arbeitsweise der Enquete besteht größtenteils darin, Expertise zu diskutieren und für den Schlussbericht aufzubereiten (vgl. 5.4.2). Die Rollenaufteilung zwischen Abgeordneten und Sachverständigen bleibt unklar, beide Gruppen scheinen Parteipolitik letztlich über Erkenntnisgewinn zu stellen (5.5.1), was der wissenschaftlichen Offenheit des Gremiums widerspricht (2.2.2). Der Abschlussbericht enthält wenig konkrete Handlungsanforderungen oder ausformulierte Visionen bzw. Zukunftsbilder und seine Länge macht ihn schwer kommunizierbar (vgl. 3, 5.2, 5.4.2). Da sich die Beteiligten nur stellenweise einigen konnten, erscheint eine Umsetzung der aufgezeigten Handlungsperspektiven und damit ein „möglichst optimale[r] Ergebnistransfer“ (gefordert von Gerhold et al. 2012:207) unwahrscheinlich.

Soweit eine kurze Beurteilung nach strengen Ausprägungen von Kriterien wie Theoriebasiertheit (oder, mangels einer Theorie der Zukunftsforschung, Basiertheit auf Grundannahmen, 2.1), Zukunftsadäquatheit (2.1, 2.2), Wissenschaftlichkeit (2.2.2), Methodik (2.4), Objektivität (2.3.2) und Effektivität (2.2.2). Meine Überlegungen zu diesen Aspekten der Zukunftsforschung dienen dazu, sich noch einmal klarzumachen, unter welchen Bedingungen Wissenschaft entsteht.

Wenn ein Schluss aus diesen Überlegungen jedoch ist, dass auch Wissenschaft und insbesondere Zukunftsforschung ein Verbesserungspotenzial hat, dann flößt wissenschaftliche Arbeit eher Respekt als falsche Ehrfurcht ein und man schätzt demgegenüber den Beitrag der Wohlstandsenquete nicht zu gering. Dies gilt insbesondere dann, wenn man aus Wachstumskritik die Zeitgebundenheit von Wissenschaft herausliest. Letztere muss sich in der reflexiven Moderne selbst hinterfragen – etwas, was das Parlament als politischer Akteur mit der Einsetzung der Wohlstandsenquete bereits tut (5.1). Auf diesem Schluss beruht meine zweite Antwort, die ich für differenzierter halte und die den Sinn meiner Arbeit besser verdeutlicht:

Nein – die Wohlstandsenquete insgesamt kann nach den bisher in der Zukunftsforschung anerkannten Kriterien nicht als Zukunftsforschungsprojekt gewertet werden. Sie ist jedoch ein Gremium, das zukunftsrelevantes Wissen in ein besonderes Verhältnis zu Politik setzt und damit zu den Akteuren, die Zukunft besonders wirkungsmächtig gestalten. Gleichzeitig bietet ihre Arbeitsweise an mehreren Punkten Anregungen für die Wissenschaft und insbesondere für die Zukunftsforschung.

Die Texte, die die Wohlstandsenquete produziert hat, enthalten viele Stellen, an denen ein tiefgehendes und reflektiertes Zukunftsverständnis zu Tage tritt (5.3.3). Dazu gehört z. B. die Überlegung, dass die Grenzen, innerhalb derer Menschen sich die Zukunft vorstellen können, von politischen Entscheidungen geprägt werden. Der Aspekt der Wünschbarkeit und Gestaltbarkeit tritt im Großteil des Berichts als der entscheidende hervor: denn hier versuchen Politiker/innen und Wissenschaftler/innen, von denen einige sich bereits lange und intensiv mit der Thematik „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ befasst haben, die Grenzen unseres Vorstellungsvermögens und die daraus folgenden Möglichkeiten zu handeln aufzuzeigen (5.2, 5.4.1). Dieses Vorhaben an sich ist der Zukunftsforschung durchaus würdig, es entspricht ihren Ansprüchen und

Zielen (2.2, 4.4). Die Unsicherheit der Zukunft wird in vielen Teilen des Berichts anerkannt, der Schluss daraus passt ebenfalls zur Zukunftsforschung: da Sicherheit nicht erlangt werden kann, muss sich Politik in ihrem Handeln präventiv, flexibel und fehlertolerant auf mehrere mögliche Zukünfte einstellen (5.3.3). Dabei werden psychologisch und kulturell bedingte Grenzen des Zukunftsdenkens thematisiert (5.4.3). Durch die Beleuchtung unterschiedlichster Bereiche wird versucht, der Komplexität einer vernetzten Realität Rechnung zu tragen, z. B. indem auf nicht intendierte Nebenfolgen Bezug genommen wird (5.3.3). Auch wenn das Urteil über die heterogene zukunftsforcherische Qualität der Enquete bestehen bleiben muss, so lässt sich doch festhalten, dass einige Mitglieder hinsichtlich ihres überlegten Zukunftsdenkens hervorstechen und möglicherweise ihre Projektgruppen positiv beeinflusst haben (5.3.3, 5.4.3). Zudem darf nicht vergessen werden, dass – aus wissenschaftlicher, nicht aus politischer Perspektive – im Schlussbericht niemand großflächig überstimmt wurde. Nimmt man Hauptteil und Sondervoten zusammen, so ist im Bericht sehr viel Durchdachtes zu Zukunft zu finden – vor allem liest man jedoch den Willen heraus, ungeachtet alles manchmal naiven Vertrauens auf Prognosen die Zukunft zu gestalten. Einer Wertung als explorativer Zukunftsstudie steht vor allem die mangelnde Ergebnisoffenheit entgegen – schon der Einsetzungsbeschluss legte z. B. fest, bestimmte Themen nicht zu hinterfragen (2.3.2, 5.2, 5.4.1). Dass diese Kritik mangelnder Ergebnisoffenheit und Subjektivität auch an wissenschaftliche Forschungsprojekte gerichtet werden kann, macht sie nicht unberechtigt (2.2.2, 2.3.1). Damit war es der Enquete allerdings unbenommen, im Stile normativer Zukunftsforschungsprojekte Visionen bzw. Zukunftsbilder zu analysieren und zu erschaffen (2.2.1, 2.4). Solche klar greifbare visionäre Arbeit gelingt ihr kaum, bei all ihrer kritischen und lösungsorientierten Arbeit bleibt eine „Utopiephase“ aus. Dies mag aber auch ein Problem der Wachstumskritik sein, deren Visionen und Bilder im gegenwärtigen Zeitgeist noch nicht gegen die Übermacht der konsumbewerbenden Bilder einer wachstumsgetriebenen Gesellschaft ankommen.

Dafür schafft es die Enquete, einige Grenzen der Vorstellbarkeit im politischen Raum zu sprengen, gerade indem sie zukünftige Begrenzungen anerkennt: sie fordert beispielsweise eine absolute Reduktion statt einer Entkopplung und verzichtet nicht auf Appelle für Suffizienz bzw. Maßhalten (5.1, 5.4.2). Wertet man letztere Ergebnisse als tangible Produkte eines Forschungsprozesses, so sind auch die intangiblen erwähnenswert: Die Arbeit an der Enquete war – wie viele Zukunftsforschungsprozesse – für die Teilnehmer/innen wichtiger als die Ergebnisse selbst (2.2.2). Wie bei interdisziplinärer Arbeit hinterließen die Denkweisen und Logiken der jeweils anderen „Welt“, Wissenschaft oder Politik, bei den Teilnehmer/innen ihre Spuren (5.4.2).

Klar wird den Leser/innen des Schlussberichts jedoch vor allem eines: welche Positionen für die verschiedenen politischen Fraktionen verhandelbar und welche nicht verhandelbar sind (5.5.3). Zwar lässt sich aus der Beeinflussung der Arbeit durch Parteipolitik mangelnde Objektivität des Gesamtgremiums herauslesen (5.5.1), aber gerade diese Kopplung von Wissen mit Gestaltungsmacht kann der Zukunftsforschung unter Umständen wichtige Informationen über zukünftig mögliche oder plausible Gesetzgebung liefern (5.5.3). Selbst wenn man dem nicht zustimmt, so bietet doch die Enquete eine Erkenntnis, die auch in Zukunftsstudien angestrebt wird: sie liefert detaillierte und ausdiskutierte Informationen über einen Dissens (5.5.1) als „Spiegelbild der ge-

sellschaftlichen Konflikte" (Grunwald 2007b:57). Diese Transparenz hinsichtlich der im Arbeitsprozess vertretenen Positionen wäre auch in wissenschaftlichen (Zukunfts-)Studien wünschenswert (2.3.2). Denn sie sagt mehr aus als ein „Schleier von nichttragfähigen Konsensfiktionen" (Strohschneider 2012:70f.) und erlaubt mündigen Leser/innen ein ausgewogeneres Urteil (5.5.1). Da Objektivität ohnehin auch in der Wissenschaft unerreichbar ist, sollte sie nach Intersubjektivität und einem umfassenden Gesamtbild durch die Einbindung Vieler streben (2.3.1). Da ist die Enquete-Kommission der Wissenschaft einen Schritt voraus: Als politisches Gremium muss sie mangelnde Repräsentativität rechtfertigen, zudem beweist sie den Willen, sich dahingehend selbst zu korrigieren (5.5.2).

Zusammengefasst liegt also einer der größten Werte der Enquete-Produkte im transparenten Konsens über einen Dissens. Aber auch die Transparenz der Arbeit insgesamt (was z. B. beteiligte Personen und Positionen, Arbeitsweise, verwendete Literatur und Ergebnisse betrifft) bietet einen Vorteil von Enquete-Kommissionen im Vergleich zu z. B. unternehmensinterner Forschung (vgl. 2.2.2). Zudem stand die Wohlstands-enquete im Dialog mit der Forschungsgemeinde und der Öffentlichkeit und geht z. T. im Bericht auf Medienkritik ein (5.4.2).

Was bedeutet all das für die Zukunftsforschung?

Sie kann es sich zugute halten, bereits seit langem und auf systematische, aber auch visionäre Art und Weise über unsere Vorstellungen von Zukunft und das, was wir wissen können, reflektiert zu haben (2.2). Zukünftige Enquete-Kommissionen könnten daher von ihrer Expertise profitieren, indem sie einerseits realistische Vorstellungen von Plan- und Prognostizierbarkeit in ihre Arbeit integrieren, andererseits aber den Wert des Utopischen nicht unterschätzen (2.2, 2.4).

Gleichzeitig muss sich die Zukunftsforschung fragen, was sie daran hindert, die Arbeitsergebnisse der Wohlstands-enquete als Zukunftsforschung zu akzeptieren. Jenseits akribischer Kriterienüberprüfung könnten diese Überlegungen dazu führen, ein neues Forschungsdesign zu etablieren: eine Forschung, die insofern transdisziplinär ist, als sie Prozesswissen von Akteuren integriert – gleichzeitig aber auch partizipativ, indem sie demokratisch gewählte Volksvertreter einschließt. Partizipativ hieße hier ebenfalls, bisher vernachlässigte Perspektiven (z. B. weibliche und migrantische) einzublenden und Fehler innerhalb eines laufenden Projekts zu korrigieren (5.5.2). Das Ergebnis einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik¹⁴⁸ dürfte hier ausdrücklich ein transparenter Dissens sein (2.3, 5.5.1). Die Hoheit über ein solches Forschungsdesign hätten dabei nicht wie in der Wohlstands-enquete die Politiker/innen (4.3), sondern beide Seiten gleichberechtigt. Die anwendernahe Arbeit böte eine Chance, wenn auch keine Garantie, für die sinnvolle Nutzung der Forschungsergebnisse in der Politik (4.3). Dass Politiker/innen willens und in der Lage wären, in einem solchen explorativen und normativen Forschungsdesign zu neuen Ideen und Lösungen beizutragen, beweist die der Wohlstands-enquete bescheinigte „Eigendynamik des Erkenntnisinteresses" (Zimmer in 31. Sitzung 29f.).¹⁴⁹

148 Anders also als z. B. im TAB, wo sich die Zusammenarbeit nur auf bestimmte Phasen bezieht (vgl. 4.2.2).

149 Gleichzeitig könnte ein solches Forschungsdesign möglicherweise ein Gegengewicht zur unternehmensnahen Forschung darstellen. Dies war jedoch nicht das Thema dieser Arbeit und wird daher

Die Motivation für meinen Vorschlag liegt in dem Gedanken, wissenschaftliche Qualität hochzuhalten, dabei aber die produktiven Spezifika der Wohlstandsenquete weiterzudenken – die Idee eines komplett neuen Design ist dabei nur eine unter vielen Möglichkeiten.

Wären die Ergebnisse einer solchermaßen aufgebauten Forschung dann aber nicht lediglich „competing types of knowledge“¹⁵⁰ (nach Weimer, in Bell 1997a:203) und damit beliebig? Dies möchte man denken, wenn das technokratische und das dezisionistische Modell der Politikberatung getrennte Sphären und eine objektive Wissenschaft suggerieren (4.1). Löst man sich jedoch von diesen Modellen und erkennt an, dass Macht in der Wissensproduktion immer ein Faktor ist, ist der (zu entwickelnde) Ansatz einer engen Zusammenarbeit interessant, in der Grenzen verhandelt werden und Positionen, aber auch Abhängigkeiten klar zu Tage treten. Ohne naiv zu glauben, dass politisch beeinflusstes Wissen nicht auch gefährlich verzerrend sein kann¹⁵¹, glaube ich doch an ein von der Wohlstandsenquete inspiriertes Verbesserungspotenzial für die Zukunftsforschung. Die Ergebnisse müssen sich dann an dem Anspruch messen, „knowledge that empowers“ zu sein: das Ideal vom Wissen, das alle Menschen freier und stärker macht, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

hier nicht berücksichtigt.

150 Ich wähle hier und im folgenden Absatz englische Begriffe, da sie knapper und weniger missverständlich als ähnliche deutsche Begriffe verdeutlichen, was ich meine.

151 Vgl. Bell (1997a:216ff.): „distortions of the truth matter“.

7. Anhang (Tabellen)

Tabelle I: Zusammensetzung der Abgeordneten*

| Fraktion | Person | Funktion |
|-----------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| CDU | Bilger, Steffen | |
| | Heider, Dr. Matthias | |
| | Middelberg, Dr. Mathias | |
| | Nüßlein, Dr. Georg | Obmann |
| | Vogelsang, Stefanie | |
| | Zimmer, Dr. Matthias | Stellvertretender Vorsitzender |
| SPD | Arndt-Brauer, Ingrid | |
| | Bulmahn, Edelgard | Obfrau ab 7/2011 |
| | Friedrich, Peter | Obmann bis 4/2011 |
| | Kaczmarek, Oliver (bis 1/2011) | |
| | Kolbe, Daniela | Vorsitzende |
| | Wolff, Waltraud (ab 2/2011) | |
| FDP | Bernschneider, Florian | Obmann ab 4/2012 |
| | Bögel, Claudia (bis 6/2012) | Obfrau bis 3/2012 |
| | Meierhofer, Horst (ab 7/2012) | |
| | Skudelny, Judith | |
| DIE LINKE | Leidig, Sabine | |
| | Lötzer, Ulla | |
| BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Andreae, Kerstin (bis 2/2012) | Obfrau bis 2/2012 |
| | Gambke, Dr. Thomas (ab 3/2012) | |
| | Ott, Dr. Hermann E. | Obmann ab 3/2012 |
| | Wilms, Dr. Valerie | |

* Diese Tabelle wurde aus der Übersicht im Schlussbericht (SB:809f.) zusammengestellt. Sie enthält keine stellvertretenden Mitglieder.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Sachverständigen**

| berufen von | Sachverständige Mitglieder | Ersetzt durch | Ersetzt durch |
|--------------------|---|--|--------------------------------------|
| CDU | Betzüge, Prof. Dr. Marc Oliver | | |
| FDP | Bracht, Georg van | | |
| Linke | Brand, Prof. Dr. Ulrich | | |
| CDU | Buchner, Prof. em. Dr. Herbert (bis 4/2011) | CDU Jochimsen, Prof. Dr. Beate (ab 5/2011) | |
| CDU | Carstensen, Prof. Dr. Kai | | |
| SPD | Enderlein, Prof. Dr. Henrik (bis 6/2012) | Unger, Prof. Dr. Brigitte (ab 7/ 2012 bis 11/2012) | Hassel, Prof. Dr. Anke (ab 11/ 2012) |
| CDU | Habisch, Prof. Dr. André | | |
| SPD | Hexel, Dietmar | | |
| CDU | Hölz, Prof. Hanns Michael | | |
| Grüne | Jänicke, Prof. Dr. Martin | | |
| CDU | Miegel, Prof. Dr. Meinhard | | |
| SPD | Müller, Michael | | |
| FDP | Paqué, Prof. Dr. Karl-Heinz | | |
| Linke | Reuter, PD Dr. Norbert | | |
| FDP | Schmidt, Prof. Dr. Christoph | | |
| Grüne | Schneidewind, Prof. Dr. Uwe | | |
| SPD | Wagner, Prof. Dr. Gert | | |
| | | | |

** Tabelle zusammengestellt aus (siehe Literaturverzeichnis und Fußnote 135): 21.Sitzung, 25. Sitzung, BT 2013a, CDU/CSU 2011, FDP 2011, Grüne 2012, Kolbe 2010, Mahnke 2012, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2011, Sattler 2013a, SB 809f.

8. Literaturverzeichnis

Um im Text Platz zu sparen, sind dort abgekürzte Literaturangaben (z. B. „BT 2010a“) zu finden. Unter diesen Abkürzungen findet man die jeweilige Quelle auch im Literaturverzeichnis, v.a. bei den Onlinemedien.

8.1 Printmedien

Altenhof, Ralf (2002): Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Amara, Roy (1991): Views on futures research methodology. *Futures* 23/6 (1991), S.645–649.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bell, Wendell (1997a): Foundations of Futures Studies. Human Science for a New Era. Band 1: History, Purposes, and Knowledge. New Brunswick: Transaction Publishers.

Bell, Wendell (1997b): Foundations of Futures Studies. Human Science for a New Era. Band 2: Values, Objectivity, and the Good Society. New Brunswick: Transaction Publishers.

Besio, Cristina (2009): Forschungsprojekte. Zum Organisationswandel in der Wissenschaft (Dissertation). Bielefeld: transcript.

Betzüge, Mark Oliver und Schneidewind, Uwe (2012): Wohlstand und Umweltverbrauch entkoppeln. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27/28 (2012), S. 23-27.

Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; von Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier. Kommissionsdrucksache M-17(26)23 vom 18.09.2012.

Bourdieu, Pierre (1992a): Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen. In: Steinrück, Margareta (Hrsg.): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1. Hamburg: VSA-Verlag. S. 81-86. (Dt. Übersetzung und Veröffentlichung des Originaltexts von 1982).

Bourdieu, Pierre (1992b): Die Könige sind nackt. In: Steinrück, Margareta (Hrsg.): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1. Hamburg: VSA-Verlag. S. 87-102. (Dt. Übersetzung und Veröffentlichung des Originaltexts von 1984).

Braß, Heiko (1990): Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. In: Petermann, Thomas (Hrsg.): Das wohlberatene Parlament. Orte und Prozesse der Politikberatung beim Deutschen Bundestag. Berlin: Ed. Sigma Bohn. S. 65–95.

BUND und Brot für die Welt (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Cuhls, Kerstin (2009): Delphi-Befragungen in der Zukunftsforschung. In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 207-221.

Cuhls, Kerstin (2012): Zu den Unterschieden zwischen Delphi-Befragungen und "einfachen" Zukunftsbefragungen. In: Popp, Reinhold (Hrsg.) (2012): Zukunft und Wissenschaft. Berlin/Heidelberg: Springer, S.139-157.

- Edinger, Michael (2009): Profil eines Berufsstands: Professionalisierung und Karriereologien von Abgeordneten im vereinten Deutschland. In: Schöne, Helmar & Julia von Blumenthal (Hg.) (2009): *Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag. Studien zum Parlamentarismus 13.* Baden-Baden: Nomos. S. 177-215.
- Flechtheim, Ossip K. (1980): *Der Kampf um die Zukunft. Grundlagen der Futurologie.* (Neuaufgabe der Originalausgabe „Futurologie – Der Kampf um die Zukunft“ von 1970). Bonn/Berlin: Verlag J. H. W. Dietz.
- Flick, Uwe (2007): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Georghiou, Luke und Keenan, Michael (2006): Evaluation of national foresight activities: Assessing rationale, process and impact. *Technological Forecasting and Social Change 73*, S.761-777.
- Gerhold, Lars (2012): Methodenkombination in der sozialwissenschaftlichen Zukunftsforschung. In: Popp, Reinhold (Hrsg.): *Zukunft und Wissenschaft.* Berlin/Heidelberg: Springer. S. 159-183.
- Gerhold, Lars/Holtmannspötter, Dirk/Neuhaus, Christian/Schüll, Elmar/Schulz-Montag, Beate/Steinmüller, Karlheinz/Zweck, Axel (2012): Qualitätskriterien für die Zukunftsforschung. In: Popp, Reinhold (Hrsg.) (2012): *Zukunft und Wissenschaft.* Berlin/Heidelberg: Springer, S.203-209.
- Glenn Jerome C. and The Futures Group International (2003): Scenarios. In: *The Futures Group International: Futures Research Methodology V3.0 (The Millennium Project).*
- Göll, Edgar (2004): Nachhaltigkeit als Herausforderung für Parlamente. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 1, 2004, S. 18-30. [zitiert nach: Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (Hrsg.): *Jahresinhaltsverzeichnis*, 35. Jahrgang 2004, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.68-80].
- Göll, Edgar (2009): Zukunftsforschung und –gestaltung. Anmerkungen aus interkultureller Perspektive. In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung.* Berlin/Heidelberg: Springer, S.343-355.
- Göll, Edgar und Thio, Sie Liang (2013): Parlamente auf dem Weg zur Nachhaltigkeitspolitik. In: Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd; Simonis, Udo E.; Sommer, Jörg und Weizsäcker, Ernst U. (Hrsg.): *Mut zu Visionen. Brücken in die Zukunft. Jahrbuch Ökologie 2014.* Stuttgart: S. Hirzel Verlag, S. 179-184.
- Grunwald, Armin (2007a), Orientierungsbedarf, Zukunftswissen und Naturalismus. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 55/6 (2007), S. 949–965.
- Grunwald, Armin (2007b): Umstrittene Zukünfte und rationale Abwägung. Prospektives Folgenwissen in der Technikfolgenabschätzung. In: *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 16/1 (2007), S. 54-63.
- Grunwald, Armin (2009): Wovon ist die Zukunftsforschung eine Wissenschaft? In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung.* Berlin/Heidelberg: Springer, S. 25-35.
- Haan, Gerhard de (2000): Vom Konstruktivismus zum Kulturalismus. In: Bolscho, Dietmar und Haan, Gerhard de (Hrsg.): *Konstruktivismus und Umweltbildung.* Opladen: Leske + Budrich, S. 153-183.
- Haan, Gerhard de et al. (2008): *Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Grundlagen und schulpraktische Konsequenzen.* – Berlin, Heidelberg: Springer.
- Haan, Gerhard de; Huck, Jana und Schröder, Tobias (2009): Delphi-Studie zur Zukunft der Flächennutzung. *Planerin* 5/09, S. 50-51.
- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag.* Ulrike Helmer Verlag. Konzepte/Materialien herausgegeben von der Stiftung Fraueninitiative. Band 6.

- Habermas, Jürgen (1969a): Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In: Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 120–145.
- Habermas, Jürgen (1969b): Erkenntnis und Interesse. In: Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 146-168.
- Habermas, Jürgen (2008): Erkenntnis und Interesse. (Neuaufgabe des Originals von 1968). Hamburg: Felix Meiner.
- Häder, Michael (2009): Delphi-Befragungen. Ein Arbeitsbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Harding, Sandra (1990): Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg: Argument-Verlag.
- Heuser, Uwe Jean (2011): Technokraten an der Macht. DIE ZEIT Nr. 48 vom 24.11.2011, S. 35.
- Heyer, Christian und Liening, Stephan (2004): Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages: Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- Hideg, Eva (2002). Implications of two new paradigms for futures studies. Futures 34 (2002), S.283-294.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang (1988): Schleichwege zur Nicht-Entscheidung. Fallanalyse zum Scheitern der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. Politische Vierteljahresschrift 29/1 (1988), S.58-84.
- Holland-Cunz, Barbara (2005): Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissensgesellschaft“. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Hölscher, Lucian (1999): Die Entdeckung der Zukunft. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hustedt, Thuriid; Veit, Sylvia und Fleischer, Julia (2010): Wissen ist Macht? Wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung. Aus Politik und Zeitgeschichte 19/2010, S. 15-21.
- Inayatullah, Sohail (2008): Six pillars: Futures thinking for transforming. Foresight 10/1 (2008), S.4-12.
- Ismayr, Wolfgang (1996): Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Aus Politik und Zeitgeschichte B 27 (1996), S. 29-41.
- Ismayr, Wolfgang (2009): Der Deutsche Bundestag seit 1990. Aus Politik und Zeitgeschichte 28 (2009), S. 34-40.
- Ismayr, Wolfgang (2012): Der Deutsche Bundestag. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet. London: Earthscan.
- Jäger, Jill (2007): Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Jochimsen, Beate (2012): Wohlstand messen. Aus Politik und Zeitgeschichte 27/28 (2012), S. 19-23.
- Jouvenel, Bertrand de (1967): Die Kunst der Vorausschau. Neuwied/Berlin: Luchterhand.
- Kahneman, Daniel (2012): Thinking, Fast and Slow. London: Penguin 2012.
- Khella, Karam (1999): Eurozentrismus. Grundsätzliche Überlegungen zur Eurozentrismuskritik. Die „Universalistische Erkenntnistheorie“ als Antithese. In: Basu, Sanchita; Höhme-Serke, Evelyne; Macher, Maria (Hrsg.): Eurozentrismus: Was gut ist, setzt sich durch? Beiträge zur Kritik einer die Welt beherrschenden Denk- und Handlungsweise. Studienreformprojekt „Eurozentrismus in der Lehre“. Kritische und Selbstkritische Forschungsberichte zur „Dritten Welt“ 13. Frankfurt: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S.71-97.

- Kohlenberg, Kerstin und Musharbash, Yassin (2013): Die gekaufte Wissenschaft. Dossier. DIE ZEIT Nr. 32 vom 01.08.2013, S. 13-15.
- Kosow, Hannah und Gaßner, Robert (2008): Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse. Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien. IZT Werkstattbericht Nr. 103. Berlin: Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.
- Kreibich, Rolf (1991): Zukunftsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kreibich, Rolf et al. Zukunftsforschung Politik in Deutschland, Frankreich, Schweden und der Schweiz. Weinheim/Basel: Beltz, S.41-154.
- Kreibich, Rolf (2006): Zukunftsforschung. Arbeitsbericht Nr. 23/2006. Berlin: Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT).
- Kreibich, Rolf (2008): Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis. Arbeitsbericht Nr. 29/2008. Berlin: Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT).
- Kretschmer, Gerald (1983): Enquete-Kommissionen – ein Mittel politischer Problemlösung? In: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.): Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW, 4.-7. Oktober 1982 in der Freien Universität Berlin. Tagungsbericht. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 261-274.
- Kroll, Christian (2012): Wir brauchen neue Indikatoren – und ein Glücks-Audit für die Politik! *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27/28 (2012), S. 27-32.
- Kuosa, Tuomo (2009): Towards the dynamic paradigm of futures research (PhD Thesis). Turku School of Economics.
- Kuosa, Tuomo (2011): Evolution of Futures Studies. *Futures*, Volume 43, Issue 3, April 2011, Pages 327-336.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.
- Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd; Simonis, Udo E.; Sommer, Jörg und Weizsäcker, Ernst U. (Hrsg., 2013): Mut zu Visionen. Brücken in die Zukunft. Jahrbuch Ökologie 2014. Stuttgart: S. Hirzel Verlag.
- Linz, Manfred (1998): Spannungsbogen. „Zukunftsfähiges Deutschland“ in der Kritik. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Linz, Manfred (2012): Suffizienz – unentbehrlich für Nachhaltigkeit. In: Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd; Simonis, Udo E.; Sommer, Jörg und Weizsäcker, Ernst U. (Hrsg.): Mut zu Visionen. Brücken in die Zukunft. Jahrbuch Ökologie 2014. Stuttgart: S. Hirzel Verlag, S. 44-54.
- Linz, Manfred und Kristof, Kora (2007): In: Rudolph, Sven (Hrsg.): Wachstum, Wachstum über alles? Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit. Marburg: Metropolis, S.177-191.
- Loske, Reinhard (2009): Ist ohne Wachstum wirklich alles nichts? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 266 vom 16.11.2009, S. 10.
- Loske, Reinhard (2012): Wie weiter mit der Wachstumsfrage? Hauptsachen und Einblicke 2. Rangsdorf: Basilisken-Press.
- Luhmann, Niklas (1992): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Martenstein, Harald (2013): Schlecht, schlechter, Geschlecht. *Zeit Magazin* Nr. 24 vom 06.06.2013, S.12-19.
- Meadows, Donella et al. (1973): The Limits to Growth. A Report of the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind. 12. Auflage. New York: Universe Books.
- Metzger, Christian (1995): Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Rechtliche Grundlagen, Aufgaben und Arbeitsweise. (Dissertation) Frankfurt am Main u. a.: Lang.

- Miegel, Meinhard (2010): *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH (bpb).
- Minois, Georges (1998): *Geschichte der Zukunft. Orakel, Prophezeihungen, Utopien, Prognosen*. Düsseldorf/Zürich: Artemis & Winkler Verlag.
- Moser, Heinz (1995): *Grundlagen der Praxisforschung*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Müllert, Norbert R. (2009). *Zukunftswerkstätten. Über Chancen demokratischer Zukunftsgestaltung*. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll (Hrsg.). *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung*. Berlin / Heidelberg. Springer. S. 269-276.
- Nussbaum, Martha C. (2007): *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge (USA)/London: Harvard University Press.
- Ott, Hermann E. (2013): Was hat die Enquete für die Ökologie gebracht? In: Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd; Simonis, Udo E.; Sommer, Jörg und Weizsäcker, Ernst U. (Hrsg.): *Mut zu Visionen. Brücken in die Zukunft. Jahrbuch Ökologie 2014*. Stuttgart: S. Hirzel Verlag, S. 243-248.
- Paech, Niko (2011): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom-Verlag.
- Paqué, Karl-Heinz (2012): Wert des Wachstums – Kompass für eine Kontroverse. *Aus Politik und Zeitgeschichte 27/28 (2012)*, S. 15-19.
- Petermann, Thomas (2012): „The use of research is not the highest good“ – Bestimmungsfaktoren und Spannungsfelder wissenschaftlicher Politikberatung. In: Grunwald et al.: *Wissen für das Parlament. 20 Jahre Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag*. Berlin: edition sigma. S. 17-37.
- Petermann, Thomas (Hrsg.) (1990): *Das wohlberatene Parlament. Orte und Prozesse der Politikberatung beim Deutschen Bundestag*. Berlin: Ed. Sigma Bohn.
- Piirainen, Kalle; Gonzales, Rafael und Bragge, Johanna (2012): A systemic evaluation framework for futures research. *Futures 44/5*, S. 464–474.
- Popp, Reinhold (2009): Partizipative Zukunftsforschung in der Praxisfalle? Zukünfte wissenschaftlich erforschen – Zukunft partizipativ gestalten. In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): *Zukunftsforschung Zukunftsgestaltung*. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 131-143.
- Popp, Reinhold (2012): *Zukunftsforschung auf dem Prüfstand*. In: Popp, Reinhold (Hrsg.): *Zukunft und Wissenschaft*. Berlin/Heidelberg: Springer. S. 1-24.
- Prittowitz, Volker von (2007): *Vergleichende Politikanalyse*. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft.
- Reichenbach, Hans (1951): *The Rise of Scientific Philosophy*. Berkeley/Los Angeles: California University Press.
- Rescher, Nicholas (1998): *Predicting the Future. An introduction to the theory of forecasting*. Albany: State University of New York Press.
- Said, Edward (1978): *Orientalism*. London: Routledge & Kegan Paul Ltd.
- Schiebinger, Londa (2000): *Frauen forschen anders. Wie weiblich ist die Wissenschaft?* München: C.H. Beck.
- Schmidt, Manfred G. (2004a): Artikel „Enquetekommission“. In: Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S.192.
- Schmidt, Manfred G. (2004b): Artikel „Politikberatung“. In: Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 539-540.
- Schmidt, Manfred G. (2004c): Artikel „Wissenschaft“. In: Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 803-804.
- Schmitt, Stefan (2013): Was kommt da auf uns zu? (Interview mit dem Klimaforscher Hans von Storch und Überblick über die Arbeit des IPCC). *DIE ZEIT* Nr. 40 vom 26.09.2013, S. 43.

- Schneider, Carsten (2012, im Interview mit Jochen Bittner: „Gute Zeiten für Lobbyisten. Wie schaffen es Politiker, sich in Themen zu vertiefen, wenn die Ruhe fehlt?“. *DIE ZEIT* vom 06.12.2012, S. 59.
- Schüll, Elmar (2006): Zur Wissenschaftlichkeit von Zukunftsforschung. Tönning/Lübeck/Marburg: Der Andere Verlag.
- Schüll, Elmar (2009): Zur Forschungslogik explorativer und normativer Zukunftsforschung. In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): *Zukunftsforschung Zukunftsgestaltung*. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 223-234.
- Schüll, Elmar und Berner, Heiko (2012): Zukunftsforschung, kritischer Rationalismus und das Hempel-Oppenheim-Schema. In: Popp, Reinhold (Hrsg.): *Zukunft und Wissenschaft*. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 185-202.
- Schurz, Gerhard (2008): *Einführung in die Wissenschaftstheorie*. 2. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Seidl, Irmi und Zahrnt, Angelika (2010): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Seidl, Irmi und Zahrnt, Angelika (Hrsg.): *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis Verlag, S.23-36.
- Spitznagel, Eugen (2007): Wirtschaftswachstum als Beschäftigungsgarant? Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Rudolph, Sven (Hrsg.): *Wachstum, Wachstum über alles? Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit*. Marburg: Metropolis, S. 53-73.
- Steinmüller, Karlheinz, Hrsg. (1997): *Grundlagen und Methoden der Zukunftsforschung. Szenarien, Delphi, Technikvorausschau*. Werkstattbericht 21. Gelsenkirchen: Sekretariat für Zukunftsforschung.
- Stengel, Oliver (2011): *Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise*. Wuppertaler Schriften zu Forschung für eine nachhaltige Entwicklung. Band 1. München: oekom.
- Stöcker, Ralf (2001): Wer weiß, was die Zukunft bringen wird? Prognosen als erkenntnistheoretische Herausforderung. *Conceptus* 34, Nr. 84. S.1-22.
- Strohschneider, Peter (2012): Verwissenschaftlichte Politik und politisierte Wissenschaft. Anmerkungen zu einer komplexen Konstellation. In: Grunwald et al.: *Wissen für das Parlament. 20 Jahre Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag*. Berlin: edition sigma. S. 61-76.
- Ströker, Elisabeth (1992): *Einführung in die Wissenschaftstheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. [4. Auflage, unverändert gegenüber der 2. Auflage von 1977]
- Thaler, Richard H. und Sunstein, Cass R. (2008): *Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt*. Berlin: Econ.
- Thunert, Martin (2004): Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungslinien, Leistungsfähigkeit und Legitimation. In: Kaiser, André und Zittel, Thomas (Hrsg.): *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung*. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 391-421.
- Tiberius, Victor (2011): *Hochschuldidaktik der Zukunftsforschung (Dissertation)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volkman, Ute (2007): Das schwierige Leben in der Zweiten Moderne – Ulrich Becks „Risikogesellschaft“. In: Schimank, Uwe und Volkman, Ute (Hrsg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.23-40.
- Weber, Max (1999): *Politik als Beruf*. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg. [Originalvortrag von 1919]

Wersig, Gernot (2009): Zukunftsentwicklung aus postmoderner Perspektive. In: Popp, R. und Schüll, E. (2009): Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 51-75.

Wilkinson, Richard und Pickett, Kate (2009): The Spirit Level. Why more equal societies almost always do better. London: Penguin.

Zöpel, Christoph (1991): Einleitung: Zukunftsforschung und Politik. In: Kreibich, Rolf et al. Zukunftsforschung Politik in Deutschland, Frankreich, Schweden und der Schweiz. Weinheim/Basel: Beltz, S.9-37.

Zweck, Axel (2012): Gedanken zur Zukunft der Zukunftsforschung. In: Popp, Reinhold (Hrsg.): Zukunft und Wissenschaft. Berlin/Heidelberg: Springer, S.59-80.

8.2 Websites und online abrufbare Medien

[1. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 1. Sitzung vom 17.01.2011. Protokoll Nr. 17/1. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[2. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 2. Sitzung vom 17.01.2011. Protokoll Nr. 17/2. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[5. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 5. Sitzung vom 04.04.2011. Protokoll Nr. 17/5. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[11. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 11. Sitzung vom 24.10.2011. Protokoll Nr. 17/11. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[18. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2012): Tagungsbericht 18. Sitzung vom 21.03.2012. Protokoll Nr. 17/18. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[22. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 22. Sitzung vom 15.10.2012. Protokoll Nr. 17/22. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

[31. Sitzung] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Kurzprotokoll 31. Sitzung vom 15.04.2013. Protokoll Nr. 17/31. Online abrufbar unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Protokolle/index.html.

Berth, Felix (2011): Man bleibt Mann. Bundestag beruft reine Männer-Kommission. Süddeutsche Zeitung Online vom 01.02.2011. www.sueddeutsche.de/karriere/bundestag-beruft-reine-maenner-kommission-man-bleibt-mann-1.1053585 (Letzter Zugriff am 8.10.2013).

Brönstrup, Carsten (2013): Bundestags-Kommission kommt auf keinen grünen Zweig. *Tagesspiegel Online* vom 14.04.2013. www.tagesspiegel.de/wirtschaft/streit-ums-wachstum-bundestags-kommission-kommt-auf-keinen-gruenen-zweig/8064452.html (Letzter Zugriff am 02.10.2013).

[BT 2010a] Deutscher Bundestag (2010a): Antrag der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“. Bundestagsdrucksache 17/2950 vom 14.09.2010. Online abrufbar unter: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/029/1702950.pdf

[BT 2010b] Deutscher Bundestag (2010b): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Bundestagsdrucksache 17/3853 vom 23.11.2010. Online abrufbar unter: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf

[BT 2010c] Deutscher Bundestag (2010c): Plenarprotokoll 17/77. Stenographischer Bericht der 77. Sitzung vom 01.12.2010. Online abrufbar unter: dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17077.pdf

[BT 2011]: Deutscher Bundestag (2011): Antrag der Abgeordneten Elke Ferner et al.. Erweiterung der Anzahl der Sachverständigen in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Bundestagsdrucksache 17/5885 vom 23.05.2011. Online abrufbar unter: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/058/1705885.pdf

[BT 2012] Deutscher Bundestag (2012): Geschäftsordnung. In der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1980 (BGBl. I S.1237), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 7. Mai 2012 (BGBl. I S. 1119). www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/index.html (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

[BT 2013a] Deutscher Bundestag (2013a): Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Ohne Datum. www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/mitglieder.html. (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

[BT 2013b] Deutscher Bundestag (2013b). Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ – Biographien der Sachverständigen. Ohne Datum. www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/biografien/index.html (Letzter Zugriff am 14.10.2013).

[BT 2013c] Deutscher Bundestag (2013c): Plenarprotokoll 17/243. Stenographischer Bericht der 243. Sitzung vom 06.06.2013. Online abrufbar unter: dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17243.pdf

CDU/CSU (2011): Beate Jochimsen ist eine sehr gute Wahl für die Enquete-Kommission. Pressemitteilung vom 01.06.2011. www.cducusu.de/Title__pressemittteilung_beate_jochimsen_ist_eine_sehr_gute_wahl_fuer_die_enquete_kommission/TabID__6/SubTabID__7/InhaltTypID__1/InhaltID__18947/Inhalte.aspx (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Edenhofer, Ottmar (2013) (Interview mit Cornelis Menke): Die Kartografie gangbarer Zukunftspfade - Modelle wissenschaftlicher Politikberatung. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): „Die Akademie am Gendarmenmarkt 2013/14“, S.58-65. Online abrufbar unter www.bbaw.de/publikationen/jahresmagazin.

[EJFR 2013] Springer (2013a): European Journal of Futures Research. Editorial Board. www.springer.com/philosophy/history+of+science/journal/40309?detail-sPage=editorialBoard (Letzter Zugriff am 14.10.2013).

[Enquetewatch 2013a] Konzeptwerk neue Ökonomie (2013a): Enquetewatch? Blog „Enquetewatch“. www.enquetewatch.de/uber-enquetewatch/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

[Enquetewatch 2013b] Konzeptwerk neue Ökonomie (2013b): Einberufung der Enquetekommission. www.enquetewatch.de/einberufung-der-enquetekommission/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

[FDP 2011] FDP-Bundestagsfraktion (2011): Soziale Marktwirtschaft. Die Zukunft unseres Landes positiv gestalten. 17.01.2011. www.fdp-fraktion.de/content/die-zukunft-unseres-landes-positiv-gestalten (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Fischer, Fran (2013): Abschluss der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Blog „Postwachstum“ vom 19.05.2013. www.blog.postwachstum.de/abschluss-der-enquete-kommission-wachstum-wohlstand-lebensqualität-20130519/ (Letzter Zugriff am 08.10.2013).

Gender Diversity (2011): Offener Brief. Enquete-Kommission ohne den Sachverstand von Migranten? *Migazin* vom 09.02.2011. www.migazin.de/2011/02/09/enquete-kommission-ohne-den-sachverstand-von-migranten/ (Letzter Zugriff am 13.10.2013.)

[Grüne 2012] Grüne Bundestagsfraktion (2012): Enquete Wachstum. Das grüne Team. 20.04.2012. www.gruene-bundestag.de/themen/enquete-wachstum/das-gruene-team_ID_4386180.html (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Grunwald, Armin (2013): Wissenschaftliche Validität als Qualitätsmerkmal der Zukunftsforschung. *Zeitschrift für Zukunftsforschung* 2 (2013), S.22-33. (urn:nbn:de:0009-32-36941). Online abrufbar unter: www.zeitschrift-zukunftsforschung.de/ausgaben/jahrgang-2013/ausgabe-2

Holzinger, Hans (2010): Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Zukunftsdossier. Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen im Auftrag des Österreichischen Lebensministeriums. Online abrufbar unter www.jungk-bibliothek.at.

Institut Futur (2013): Über uns. www.institutfutur.de/ueberuns/1_ (Letzter Zugriff am 12.09.2013).

[IZT 2013] Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (2013): Profil. www.izt.de/izt-im-ueberblick/profil (Letzter Zugriff am 12.09.2013).

Jorck, Gerrit von (2013a): Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft – vom Wachstum im Wahlprogramm der LINKE. Blog „Postwachstum“ vom 04.09.2013. www.blog.postwachstum.de/sozial-oekologischer-umbau-der-gesellschaft-vom-wachstum-im-wahlprogramm-der-linke-20130904/ (Letzter Zugriff am 10.10.2013).

Jorck, Gerrit von (2013b): Wachstum, Wachstum, Wachstum – vom Wachstum im Wahlprogramm der FDP. Blog „Postwachstum“ vom 08.09.2013. www.blog.postwachstum.de/postwachstum-im-wahlkampf-die-fdp-20130908/ (Letzter Zugriff am 10.10.2013).

Jorck, Gerrit von (2013c): Der grüne Wandel – vom Wachstum im Wahlprogramm von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Blog „Postwachstum“ vom 11.09.2013. www.blog.postwachstum.de/der-gruene-wandel-vom-wachstum-im-wahlprogramm-von-buendnis-90die-gruenen-20130911/ (Letzter Zugriff am 10.10.2013).

Jorck, Gerrit von (2013d): Der nachhaltige Wachstumsmotor – vom Wachstum im Wahlprogramm von CDU/CSU. Blog „Postwachstum“ vom 15.09.2013. www.blog.postwachstum.de/postwachstum-im-wahlkampf-cducsu-20130915/ (Letzter Zugriff am 10.10.2013).

Jorck, Gerrit von (2013e): Fortschritt im 21. Jahrhundert – vom Wachstum im Wahlprogramm der SPD. Blog „Postwachstum“ vom 18.09.2013. www.blog.postwachstum.de/fortschritt-im-21-jahrhundert-vom-wachstum-im-wahlprogramm-der-spd-20130918/ (Letzter Zugriff am 10.10.2013).

Kalbhenn, Markus und Schneider, Andreas (2012): Anhang zum Kurzgutachten. Nachhaltigkeitsorientierte Konsument/Innenkommunikation im deutschsprachigen Raum – Status Quo Analyse und Perspektive ihrer Weiterentwicklung. BT-Kommisionsmaterialie PG 5/11 vom 10.12.2012. Online abrufbar unter: www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/gutachten/materialie_PG_5_11.pdf.

Kerlach, Sebastian (2012): Parteipolitik vs. Sachverstand? Blog Enquetewatch vom 03.10.2012. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/parteipolitik-vs-sachverstand/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

- Kersting, Felix (2013a): Wachstum bleibt das Mittel, zumindest der Regierung! Blog Enquetewatch vom 23.01.2013. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/wachstum-bleibt-das-mittel-zumindest-der-regierung/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Kersting, Felix (2013b): Entkoppelung nicht in Sicht. Blog Enquetewatch vom 07.03.2013. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/entkoppelung-nicht-in-sicht/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Kirschenmann, Lena (2012): Der schwere Perspektivwechsel. Blog Enquetewatch vom 04.10.2012. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/der-schwierige-perspektivwechsel/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Knauß, Ferdinand (2013): Enquete-Kommission: Der Bundestag dokumentiert sein Scheitern. *Wirtschaftswoche Online* vom 05.02.2013. www.wiwo.de/politik/deutschland/enquete-kommission-der-bundestag-dokumentiert-sein-scheitern-seite-all/7736856-all.html (Letzter Zugriff am 02.10.2013).
- Kolbe, Daniela (2010): Bundestag setzt Enquête-Kommission ein - Daniela Kolbe designierte Vorsitzende. 01.12.2010. www.daniela-kolbe.de/berlin/enquetekommission/bundestag-setzt-enquete-kommission-ein-daniela-kolbe-designierte-vorsitzend (Letzter Zugriff am 13.10.2013).
- Kuhnhenh, Kai (2013a): Die Enquete ist vorbei, die Diskussion noch lange nicht. Blog Enquetewatch vom 23.04.2013. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/die-enquete-ist-vorbei-die-diskussion-noch-lange-nicht/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Kuhnhenh, Kai (2013b): Bundestagsdebatte zum Enquete-Bericht. Blog Enquetewatch vom 11.06.2013. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. www.enquetewatch.de/bundestagsdebatte-zum-enquete-bericht/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Kuhnhenh, Kai (2013c): Wachstum, Wohlstand & Rock'n'Roll. Fortschrittsforum, 24.06.2013. [www.fortschrittsforum.de/nc/debattieren/arbeit-leben/artikel/article/wachstum-wohlstand-rock-n-roll.html?cHash=fcbe424db448e89a4256e9640badf0e6&sword_list\[0\]=kuhnhenh](http://www.fortschrittsforum.de/nc/debattieren/arbeit-leben/artikel/article/wachstum-wohlstand-rock-n-roll.html?cHash=fcbe424db448e89a4256e9640badf0e6&sword_list[0]=kuhnhenh) (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Lange, Steffen (2012a): Am Anfang war die Frage: Was ist die Frage? Blog Enquetewatch vom 28.03.2012. www.enquetewatch.de/am-anfang-war-die-frage-was-ist-die-frage-2/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Lange, Steffen (2012b): Niemand versteht, warum es Wachstum gibt. Was tun? Blog Enquetewatch vom 31.03.2012. www.enquetewatch.de/niemand-versteht-warum-es-wachstum-gibt-und-ob-man-ohne-auskommen-konnte-was-tun/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Lange, Steffen (2012c): Ist Wachstum das Ziel? Blog Enquetewatch vom 02.04.2012. www.enquetewatch.de/ist-wachstum-das-ziel/ (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Lange, Steffen (2012d): Das Diktat der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Blog Enquetewatch vom 09.05.2012. www.enquetewatch.de/das-diktat-der-internationalen-wettbewerbsfaehigkeit/. (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- [LdN 2013] Lexikon der Nachhaltigkeit (2013): Artikel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (Aachener Stiftung Kathy Beys). Zuletzt geändert am 19.09.2013. http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/17_bt_ek_wachstum_wohlstand_lebensqualitaet_1445.htm (Letzter Zugriff am 01.10.2013).
- Loske, Reinhard (2013): FDP-Intellektueller Karl-Heinz Paqué. Wahrlich ein Denker unserer Zeit. *FAZ Online* vom 06.06.2013. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fdp-intellektueller-karl-heinz-paque-wahrlich-ein-denker-unserer-zeit-12210987.html> (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

Mahnke, Eva (2012): Retten, was zu retten ist. Klimaretter-Info vom 09.03.2012. <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/10752-retten-was-zu-retten-ist> (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Meek Lange, Margaret: „Progress“. The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Spring 2011 Edition), Edward N. Zalta (ed.) <http://plato.stanford.edu/archives/spr2011/entries/progress/> (Letzter Zugriff am 24.11.2011).

Merkel, Angela (2013). Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum in Davos am 24. Januar 2013. <http://www.bundestagskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html> (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Muraca, Barbara (2012): Gutes Leben jenseits von Wachstum: eine ethische Perspektive. Ethik und Gesellschaft 1/2012: Postwachstumsgesellschaft, S.1-46. Online abrufbar unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Muraca.pdf

N-TV.DE (2011): Wahrsagen war gestern. Was machen Zukunftsforscher? (Interview mit Prof. Gerhard de Haan). n-tv.de, 06.07.2011. <http://www.n-tv.de/wissen/Was-machen-Zukunftsforscher-article3731461.html> (Letzter Zugriff am 08.07.2011).

Norbert Reuter (2012), Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete?, in: Gegenblende. Das Gewerkschaftliche Debattenmagazin. Vom 08.05.2012, Nr. 15 (2012). Online abrufbar unter: <http://www.gegenblende.de/++co++98fbdbae-98e2-11e1-4061-52540066f352>

Pinzler, Petra (2013): Enquete-Kommission: Keine Alternative zum Wachstum. Handelsblatt vom 02.03.2013. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/enquete-kommission-keine-alternative-zum-wachstum-seite-all/7860974-all.html> (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Portal Intersektionalität (2013): Konzept Internetportal Intersektionalität. Ohne Datum. <http://portal-intersektionalitaet.de/konzept/>. Letzter Zugriff am 13.10.2013.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2011): Gerecht und mit System. Vorschläge der Linken für einen sozial-ökologischen Umbau jenseits des Wachstumszwangs. Standpunkte 18/2011. Online abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_18-2011.pdf

Sattler, Karl Otto (2013a): Abbauen ohne Einschränken. Das Parlament Nr. 09 vom 25.02.2013. <http://www.das-parlament.de/2013/09/WirtschaftFinanzen/43094424.html> (Letzter Zugriff am 13.10.2013).

Sattler, Karl Otto (2013b): Erst Einigkeit, dann Zoff. Das Parlament Nr. 24 vom 10.06.2013, Ausgabe 23/2013. Online abrufbar unter <http://www.das-parlament.de/2013/24/WirtschaftFinanzen/45274298.html> (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

[SB] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Bundestagsdrucksache 17/13300 vom 03.05.2013. Online abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Schlussbericht/index.html>

Scheele, Alexandra et al. (2011): Offener Brief: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ – eine Enquete-Kommission ohne den Sachverstand von Frauen? GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht an der Philipps-Universität Marburg vom 03.02.2011. Online abrufbar unter: <http://www.uni-marburg.de/fb03/genda/aktuelles/news/initiativeenquetekommission/offenerbriefneu.pdf> (Letzter Zugriff am 30.09.2013).

Schneeweiss, Johannes (2012): Enquete im (Sommer)Loch. Blog Enquetewatch vom 17.08.2012. Ein Projekt des Konzeptwerks Neue Ökonomie. <http://www.enquetewatch.de/enquete-im-sommer-loch/> (Letzter Zugriff am 01.10.2013).

- Schulz, Sandra (2009): „Eine durchaus problematische Redeweise“. Wolfgang Thierse und Herfried Münkler im Gespräch mit Sandra Schulz über den Begriff „alternativlos“ in der Politik. Deutschlandfunk vom 26.02.2009. http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/925703/ (Letzter Zugriff am 13.10.2013).
- Seidl, Irmi und Zahrnt, Angelika (2012): Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller wachstumskritischer Diskussionen. Ethik und Gesellschaft 1/2012: Postwachstumsgesellschaft, S.1-22. Online abrufbar unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Seidl_Zahrnt.pdf.
- SPD (2012): SPD-Positionspapier für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Wer sparen will, braucht Wachstum! 15.05.2012. http://www.spd.de/aktuelles/72312/20120515_troika_pk_wachstumspakt.html (Letzter Zugriff am 13.10.2013).
- [StabG 1967] Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Ausfertigungsdatum: 08.06.1967. Zuletzt geändert am 31.10.2006. Online abrufbar unter www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stabg/gesamt.pdf
- Steinmüller, Karlheinz (2012): Zukunftsforschung in Deutschland. Versuch eines historischen Abrisses (Teil 1). Zeitschrift für Zukunftsforschung 1 (2012), S.6-19. (urn:nbn:de:0009-32-34116). Online abrufbar unter: <http://www.zeitschrift-zukunftsforschung.de/ausgaben/2012/1>
- TAB (2013a): Aufgaben & Ziele. Ohne Datum. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/aufgaben-und-ziele.html> (Letzter Zugriff am 21.09.2013).
- TAB (2013b): TA beim Deutschen Bundestag. Eine kleine Geschichte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). Ohne Datum. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/geschichte.html> (Letzter Zugriff am 21.09.2013).
- Torsten Kahlert (2011): Rezension zu: Besio, Cristina: Forschungsprojekte. Zum Organisationswandel in der Wissenschaft. Bielefeld 2009. In: H-Soz-u-Kult, 27.05.2011, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-2-163> (Letzter Zugriff am 08.10.2013).
- Turner, Graham (2008): A Comparison of the Limits to Growth with Thirty Years of Reality. CSIRO. Online abrufbar unter www.csiro.au/files/files/plje.pdf.
- Universität Bielefeld (2011): Entwicklung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2002□2009. Institut für interdisziplinäre Konflikt□ und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/EntwicklungGMF.html> (Letzter Zugriff am 01.08.2011).
- [VÖW/KNÖ 2013] Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung und Konzeptwerk Neue Ökonomie (2013): Enquete – und jetzt? Neue Aufgabenfelder in der Wachstumsdebatte. Diskussionsbeitrag vom 13.05.2013. Online abrufbar unter: http://www.enquetewatch.de/wp-content/uploads/2013/05/Beitrag-Wachstumsdebatte-Konzeptwerk_V%C3%96W-1305131.pdf
- [Wuppertal-Institut 2013] Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (2013): Profil. Ohne Datum. <http://wupperinst.org/das-wuppertal-institut/profil/> (Letzter Zugriff am 12.09.2013).
- [ZfZ 2013] Zeitschrift für Zukunftsforschung (2013): Impressum und Kontakt. <http://www.zeitschrift-zukunftsforschung.de/impressum/> (Letzter Zugriff am 14.10.2013).